Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106. | Dresden, Dienstag den 11. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Der Tabakwertzoll.

Von fachmännischer Seite wird uns geschrieben:

„Unsinn, du siegst!", kann man sagen, wenn man den Vorschlag der Subkommission, bei Einführung von ausländischem Rohtabak eine Zuschlagsteuer von 80 Prozent zu dem bisherigen Zoll, nach dem Werte des Tabaks berechnet, zu erheben, einmal unter die fachmännische Lupe nimmt.

Kein Fachmann hat es bisher auch nur für möglich gehalten, daß ein Tabakwertzoll jemals ernstlich in Frage kommen könnte, und noch heute ist in fachmännischen Kreisen die Meinung vorherrschend, daß der neue Vorschlag gar nicht ernst gemeint sei. Bei dem Bestreben der bürgerlichen Parteien, sich einander in die Suppe zu spucken und bei der nicht ganz einwandfreien Art, wie die Vertreter des Tabakvereins die Finanzkommission in ihrem Sinne zu bearbeiten bestrebt sind, ist es allerdings erklärlich, daß der Tabakwertzoll-Unsinn greifbare Gestalt annehmen konnte.

Der Tabak soll und muß bluten — das scheint nach der Abstimmung der Subkommission bei sämtlichen bürgerlichen Parteien jetzt endgültig festzustehen; auch die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Vertreter noch bis vor kurzem öffentlich erklärt haben, unter keinen Umständen einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen, scheint, genau wie vor drei Jahren bei der Zigarettensteuer, ihren Umfall bereits vollzogen zu haben. Die Wertbesteuerung des Tabaks ist eine alte Lieblingsidee des Zentrums, das bei der Bewilligung neuer indirekter Steuern doch immer noch „sozial" erscheinen möchte. Wir verteuern nicht die „Pfeife des armen Mannes", wird das Zentrum wiederum seinen Wählern erzählen; die Wertsteuer wird hauptsächlich die Raucher der teuern Zigarrensorten treffen, die billigen Sorten werden nur ganz gering belastet.

Das Interesse der Raucher aus den minderbegüterten Kreisen wie auch das der Arbeiter der Zigarrenindustrie gebietet uns, durch Anführung von Tatsachenmaterial diesen Wahn zu zerstören.

Um die Wirkung des 80prozentigen Wertzuschlages festzustellen, haben wir die Kalkulationen von 66 verschiedenen Zigarrensorten geprüft. Das Endresultat zeigt uns folgende Mehrbelastung:

5-Pfennig-Zigarre	von	M.	2,20	bis	M.	3,05	pro	Mille
6	„	„	1,85	„	„	3,65	„	„
7	„	„	2,65	„	„	5,40	„	„
8	„	„	2,90	„	„	4,80	„	„
10	„	„	3,30	„	„	6,70	„	„

Wer von der Kalkulation des Preises für ein Mille Zigarren keine Ahnung hat, wird diese Feststellung einfach für unglaublich erklären. Wir müssen deshalb schon eine Erläuterung geben; zunächst erinnern wir an unsere früher gemachte Feststellung, nach welcher bei der Tabakarbeitergenossenschaft im Durchschnitt von acht Jahren von dem Fakturenwert der Zigarren 40 Prozent auf Lohn, 15 Prozent auf Tabakzoll, 10 Prozent auf allgemeine Unkosten entfielen. Wenn dieses Verhältnis auch nicht in allen Zigarrenfabriken dasselbe sein wird, so gibt es uns doch ein annähernd es Bild für die bei einer Preisberechnung von Zigarren zu berücksichtigenden Tatsachen. Für das Rohmaterial verbleiben also nach obiger Feststellung nur 35 Prozent des Fakturenwertes der Zigarren. Diese 35 Prozent entfallen aber nicht allein auf Rohtabak, dazu gehören auch die Ausgaben für Zigarrenkisten, für Etiketten, Papier, Streifen, Band zum Bündeln der Zigarren.

Je nach den hierbei verwandten Qualitäten, je nach der Verpackungsart sind diese Ausgaben aber sehr verschieden. Ebenso differieren die Arbeitslöhne je nach der Art der Packung, ob ein Zehntel lose, gebündelt, ein Zwanzigstel- oder ein Vierzigstel-Packung. Bei einer und derselben Sorte Zigarren haben wir zum Beispiel folgende Unterschiede festgestellt: an Sortier-, Bekleber- und Fertigmacherlohn, für Zedernkisten, Streifen, Papier, Etiketten wurden verausgabt pro Mille bei ein Zehntel loser Packung 6,56 M., bei ein Zwanzigstel-Packung 10,64 M., bei ein Vierzigstel-Packung 19,74 M.

Daß der Arbeitslohn der Zigarrenarbeiter je nach der Fassion und danach, ob Form- oder Handarbeit verlangt wird, erheblich differiert, dürfte bekannt sein. Berücksichtigt man alle diese variablen Größen und den weiteren Umstand, daß zu einer kleineren Zigarre an Rohtabak eine 10 Pfund, zu einer großen Zigarre 18 Pfund und darüber verwandt werden, so dürfte auch dem Nichtfachmann einleuchten, daß mit dem Wertzoll der zahlungsfähige Raucher nur sehr minimal belastet wird.

Wenn nicht sonst schwerwiegende Bedenken gegen eine nach jeder Preislage festgesetzte, progressiv steigende Banderolesteuer sprächen, die wir an dieser Stelle nicht nochmals betonen wollen, so dürfte diese doch der einzige Weg sein, den bemittelten Raucher mehr zu belasten als den unbemittelten. Bei dem Wertzoll brauchen nur einige der in Betracht kommenden Ausgaben bei einer besseren Verpackungsart herabgemindert zu werden, um die Mehrbelastung für den Raucher feinerer Sorten vollständig auszuschalten.

Das wird todsicher geschehen.

Die Qualität der Zigarre leidet doch nicht darunter, ob statt ein Vierzigstel- oder ein Zwanzigstel-Packung ein Zehntel-Packung, ob statt Seidenband Shop-Seide oder Bastband, ob statt eines teuren, geschmackvollen, künstlerischen Etiketts ein gewöhnliches, billigeres genommen wird; der bemittelte Raucher kann seine gewohnte Qualitätszigarre weiter dampfen, ohne den Wertzoll zu bezahlen, sofern er nur seine Ansprüche an die Verpackungsart etwas vermindert.

Bei dem unbemittelten Raucher ist dies fast ganz ausgeschlossen, weil bei seinen Sorten schon jetzt keine besonders hohen Ausgaben für die Verpackung gemacht werden. Bei einigen Sorten läßt sich auch hier natürlich noch sparen, und so würde die Wirkung des Wertzolles für die Hilfsindustrien der Zigarrenindustrie, für die Kisten-, Etiketten-, Papier- und Zigarrenbandfabrikation eine sehr schlimme werden.

Nach den sorgfältigen Feststellungen des Vereins der Hilfsindustrien des Tabakgewerbes sind in diesen 18 000 bis 14 000 Arbeiter und Angestellte allein für die Tabakindustrie beschäftigt, diese würden unter den Wirkungen des Wertzolles schwer zu leiden haben.

Dasselbe trifft selbstverständlich wiederum zu für die Tabakarbeiter; bei der in der Zigarrenindustrie obwaltenden Konkurrenz würden die Fabrikanten befreit sein, genau wie nach 1879, die Mehrkosten dem Konsumenten mehr und mehr wieder abzunehmen und dieselben den Arbeitern und voraussichtlich auch den Händlern aufzubürden.

Der Tabakwertzoll wird aber noch eine Folge zeitigen, die ihn, selbst wenn dieser Reichstag ihn annehmen sollte, in wenig Jahren wieder von der Bildfläche verschwinden lassen wird; der Tabakwertzoll wird eine ungeheuerliche Defraudation bewirken, und zwar eine Defraudation, die nach dem deutschen Strafgesetz nicht einmal geahndet werden kann. An der Grenze bei der Einfuhr den Weg des Tabaks zu bestimmen, ist einfach verrückt; jeder Fachmann amüsiert sich über die naiven Leute, die das für möglich halten; nach den ausländischen Fakturen die Wertsteuer erheben, ist ebensowenig angängig. Wenn der Großfabrikant in Amsterdam oder Rotterdam eine Partie Tabak zu einem Durchschnittspreis kauft und nach diesem bei der Einfuhr für die feinsten Sortierungen der Partie den Wertzoll bezahlt, so handelt er vollständig nach dem Buchstaben des Gesetzes. Wer hindert ihn aber, die minderwertigen Sortierungen in Holland später wieder zu veräußern? Das kann ihm doch kein Gesetz der Welt verbieten — das Geschäft aber ist gemacht, der Wertzoll für die Fancy-Sortierungen ist gespart. Der Möglichkeiten, im Ausland dem deutschen Fiskus ein Schnippchen zu schlagen, sind so viele, daß der Handel mit Sumatra- und Javatabak in Hamburg, Bremen und Mannheim bald auf ein Minimum beschränkt werden würde; den Tabakwertzoll einführen bedeutet buchstäblich die Geschäfte des Auslandes besorgen. Wenn die Regierung den Tabakwertzoll akzeptieren sollte, dann sicher nur unter der Voraussetzung, daß er in wenig Jahren wegen seiner Undurchführbarkeit der Banderolesteuer Platz machen würde.

Wir wollen nur noch erinnern an die Worte, die am 9. Januar 1906 der Abgeordnete Büsing namens der nationalliberalen Fraktion im Reichstage sprach:

„Meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß für Deutschland der richtige Augenblick für eine eingreifende Besteuerung des Tabaks verpaßt ist und daß sich dieses Versäumnis jetzt nicht wieder einholen läßt."

Der große Widerstand, dem jeder Vorschlag auf eine Mehrbelastung des Tabaks begegnet, nicht nur in den Kreisen der Industrie, sondern auch bei zahlreichen Gemeindebehörden sowie bei der gesamten Bevölkerung großer ländlicher Distrikte und — last not least — im Reichstage selbst, sollte die Abgeordneten doch darüber belehren, daß der großen Protestbewegung gegen jede Art höherer Tabakbesteuerung die auf Tatsachen beruhende Ueberzeugung zugrunde liegt, daß das „Mehrbluten des Tabaks" ohne Zweifel eine enorme Schädigung der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiter bedeutet.

Die bosnische Bauernbefreiung.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, am 9. Mai.

–th– Die Tage des Rausches sind vorüber, nun wird die Zeche präsentiert. Es ist während des serbischen Konflikts im großen ausgegeben worden, und man spitzt sich darauf, Heer und Marine zu vermehren. Aber das österreichische Budget hat alle Elastizität verloren und arbeitet seit langem mit versteckten Defizits. Da helfen nur neue Steuern, und man muß nicht erst sagen, daß es indirekte Steuern sind. Nur, daß diese schon bisher eine unerschwingliche Höhe erreicht hatten. Bier und Schnaps bekommen die Annexion zunächst zu spüren. Die Biersteuer wird so erhöht, daß sie trotz Auflassung der Landesumlage um 2 Kronen 13 Heller beim Hektoliter steigt. Sie wird künftig 7,45 Kronen für das Hektoliter betragen, und mit dem Zuschlag, den die Städte einheben, 9 Kronen 35. Bei der üblichen Aufrundung nach oben wird das Liter um 3 bis 4 Heller verteuert werden. Nicht anders steht es mit dem Schnaps. Beim Liter Alkohol wird die Abgabe um 50 Heller, somit beim Liter Trinkbranntwein um 13 Heller erhöht. Das Achtelliter wird einen Zuschlag von 2 Hellern erfahren. In beiden Fällen muß freilich die Regierung erst die Bewilligung des Parlaments erlangen. Freie Hand hat sie bei der Bestimmung der Personen- und Frachttarife auf den Bahnen. Und hier leistet sie sich auch das Unverschämteste. Die Fahrpreise für die elende 3. Klasse werden gleich um ein Viertel erhöht. Die Wohlhabenderen muß man freilich schonen. Das Preisverhältnis der 3. zur 2. und 1. Klasse, das früher 3 : 6 : 9 war, wird jetzt auf 3 : 5 : 8 verschoben. Zugleich werden die Frachtentarife gesteigert. Man rechnet mit 52 Millionen Kronen als Ertrag. Davon entfällt ein Achtel auf die Steigerung der Kohlenfrachten. Damit wird zugleich das Monopol der heimischen Kohlenwucherer befestigt.

Das ist der Segen der Annexion für Oesterreich. Der Segen für das annektierte Bosnien ist noch lieblicher. Bosnien und Herzegowina sind die einzigen von der Türkei losgetrennten, einstmals türkischen Länder, wo das alte Hörigkeitsverhältnis noch fortbesteht. Im Jahre 1885 waren neben 86 827 Freibauern 111 625 Kmeten (Zins- und Frohnbauern), die den 5833 Begs und Agas (mohammedanischen Grundbesitzern) zins- und leistungspflichtig sind. Das Mindeste, was man von der Annexion erwartete, war die Abschaffung des Kmetenverhältnisses. Die vorbildliche Form bot die österreichische Grundentlastung der 50er Jahre, wobei der Staat ein Fünftel vom Rest Land, Grundbesitzer und Bauern je ein Drittel der Ablösung übernahmen. Doch davon ist keine Spur. Die bisherige „freiwillige Ablösung" soll vielmehr fortgesetzt werden. Sie hat zwar die jämmerlichsten Resultate erzielt. Von 111 000 Kmeten haben sich bisher, d. h. in 27 Jahren, erst 22 000 befreit, und zwar um den Betrag von 15 Millionen Kronen. Dabei bekamen sie das Geld zum Teil zu wahren Wucherzinsen. Im Jahre 1905 hat die Hälfte der Abgelösten Hypotheken zu 7 bis 12 Prozent aufgenommen. Kein Wunder daher, daß ein stets wachsender Teil der neuen Freibauern dem Zwangsverkauf verfällt. In den Jahren 1900 bis 1905 kauften sich 4650 Bauern los, 2062 Liegenschaften wurden aber vergantet, dabei mit einem Drittel Wertverlust. Die ganze „Bauernbefreiung" ist sonach schamloser Bodenwucher.

Von jetzt aber soll es jedoch noch ärger werden. Der gemeinsame Finanzminister Burian hat mit der Pester Kommerzialbank einen Vertrag abgeschlossen, der in zivilisierten Staaten ohne Vergleich dasteht. Es wird eine „Ungarische Agrarbank" gegründet, die das Monopol der Ablösung erhält. Der gemeinsame Finanzminister, d. h. Oesterreich und Ungarn übernehmen die Bürgschaft, daß der Agrarbank aus der Kmetenablösung kein Verlust erwächst. Der Bank wird überdies ein privilegierter Gerichtsstand eingeräumt, ihre Forderungen werden ohne Klage und gerichtliche Erkenntnis wie öffentliche Steuern eingetrieben, sie genießen das Vorzugsrecht vor allen anderen Schuldforderungen. Die Landesverwaltung veröffentlicht die Zirkulare der Bank, treibt durch die Beamten, dort, wo keine Zahlstelle existiert, selbst die Forderungen ein und besorgt ihre Aufträge. Dazu volle Gebührenfreiheit und das Recht, daß die Auszüge aus den Büchern der Bank als voller Beweis gelten. Mit einem Wort: Bosnien ist den Pester Wucherern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wie soll man sich diesen Vertrag überhaupt erklären, wenn der gemeinsame Finanzminister, der oberste Verwalter der annektierten Gebiete, nicht seine persönlichen und besonderen Gründe dazu hatte? Nun aber die Zustimmung Oesterreichs, das doch die Garantie mit übernehmen wird? Das Parlament hat schon dem Ministerium den Auftrag gegeben, die Aufhebung des Vertrags zu bewirken. Jetzt wird es sich mit dem Versprechen begnügen, daß der Vertrag dem neuen bosnischen Landtag vorzulegen sei. Als ob die Bosnier über die österreichische Garantie zu bestimmen hätten. Als ob der Landtag, wo dank dem Wahlrecht die Grundbesitzer die Vorhand haben werden, die Gewähr einer richtigen Entscheidung böte. So leitet Oesterreich-Ungarn sein Regiment im annektierten Gebiete ein.

Aus Frankreich.

Aus Paris wird uns vom 9. Mai geschrieben:

pc. Der Kampf ist eröffnet, wenn auch der Streik noch nicht erklärt ist. Hüben und drüben wird gerüstet. Die Regierung ist geradezu fieberhaft an der Arbeit, um den Wirkungen eines Streiks zu begegnen. Der Ministerpräsident hat sich persönlich an den Vorsitzenden des Brieftaubenvereins gewandt, um sich dessen Hilfe und seine 160 000 Brieftauben zu sichern. Die Bürgermeister aller Landgemeinden, die an großen Straßen liegen, sind benachrichtigt worden, dafür zu sorgen, daß die Landstraßen für einen ausgedehnten Postautomobilverkehr im Notfalle frei sind. Die Handelskammern versammeln sich auf Veranlassung der Regierung tagtäglich, um Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Die Stadt Paris soll in „Handelsbezirke" eingeteilt und der Postdienst soll von den Institutionen des Handels dann selbst ausgeführt werden. Eine Kompagnie Sapeure ist schon hier angekommen zum eventuellen Ersatz der Telegraphisten des Zentralbureaus. Alle Gesuche um Urlaub seitens der Postbeamten werden zurückgewiesen.

Das Ministerium Clemenceau scheint zum äußersten Kampf bereit zu sein. Vor keiner Maßregel gegenüber den Beamten schreckt es zurück und durch den Mund seines Post- und Eisenbahnministers Barthou läßt es erklären, daß es das neugegründete Syndikat der Postbeamten niemals anerkennen werde. Der prinzipielle Standpunkt der Regierung geht aus dem Interview hervor, das Barthou dem Chefredakteur des Matin gewährte: Nichts könne den letzten Streik der Postbeamten entschuldigen, sagte er; die Pflichten eines Beamten hörten nicht zu der Stunde auf, wo er den Schalter verließe; keine Regierung könne es dulden, daß ein Beamter, wer er auch sei, die Versammlungs- und Preßfreiheit, wie sie den anderen Bürgern zukomme, mißbrauche; die Regierung könne nicht dulden, daß die Beamten gegen den Kapitalismus prinzipiell Stellung nehmen, daß sie die Internationale sängen; im Falle eines Streiks würde die Regierung die schärfste Anwendung des Dekrets vom 19. März 1909 anordnen, das ihr erlaubt, die Beamten zu maßregeln ohne Disziplinarverhandlung. Also sprach Herr Barthou im Namen seiner Regierung: und der Temps, die Débats sind entzückt. Endlich wird regiert, endlich fühlt man, daß Frankreich eine Regierung hat. Der Temps, der am Tage vorher die Postbeamten noch angefleht hatte, doch zu überlegen, ehe sie in den Kampf eintreten, fühlt sich auf einmal Herr der Situation und verhöhnt die Postbeamten und die Eisenbahnarbeiter um ihrer Streikankündigungen willen in der maßlosesten Weise: „Mögen sie nur drohen, wir haben keine Angst davor, es steckt ja doch nichts dahinter", lautet der Jubelruf. Die Débats sind etwas ängstlicher. Die radikale Presse, die Presse jener bürgerlichen Parteien, in deren Namen die Regierung Clemenceau herrscht, weiß nicht aus noch ein. Da steht ja der offene Konflikt vor

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ihnen, vor dem sie sich so fürchteten, den sie zu vermeiden hofften durch die ewige Verschleppung der Diskussion über die Rechte der Beamten. Auf einmal sehen sie sich gezwungen, Farbe zu bekennen: jetzt heißt es, hüben oder drüben stehen. Selbstverständlich kommen diese radikalen Parteien, die den Sinn der Entwicklung dadurch umzudeuten versuchen, daß sie als „Partei für Vermittlung der sozialen Gegensätze" die soziale Harmonie predigen, bei solchen Ausbrüchen der Interessengegensätze, der sozialen Disharmonie, in die schiefste Lage. Ohne weiteres gegen die Beamten Stellung zu nehmen verbieten die Wahlspekulationen und bei einigen auch die innere Ueberzeugung; gegen die Regierung in diesem Falle prinzipiell Stellung zu nehmen verbietet ihnen die Tatsache, daß es doch ihre eigene Regierung ist. Also flehen sie in ihren Blättern die Beamten an, wenigstens noch zu warten, bis das Parlament wieder eröffnet ist, die radikal-sozialistische Mehrheit werde dann dafür sorgen, daß die Postbeamten Genugtuung erhielten.

Die Postbeamten kümmern sich weder um die Bitten der Radikalen, noch um die Verhöhnungen der Großkapitalistenpresse, noch um die Provokationen der Regierung. Sie tun, was sie für notwendig halten und gehen schrittweise vor. Zu der Sitzung des Disziplinargerichts, vor dem am Sonnabend die „Sieben" erscheinen sollten, war kein einziger der Angeklagten auf Grund einer Verabredung erschienen. Die dem Disziplinargericht angehörenden Beamtenvertreter stellten zuerst den Antrag, daß das Gericht sich für inkompetent erklären sollte; natürlich wurde der Antrag abgewiesen, worauf die Beamtenvertreter die Sitzung verließen und dem Minister schriftlich ihre Demission als Mitglieder des Disziplinargerichts ankündigten. Niemand zweifelte daran, daß das Disziplinargericht „ein der Entlassung günstiges Urteil", wie es so liebenswürdig in der Amtssprache heißt, aussprechen würde. Abends waren denn auch die sieben Beamten, von denen jeder in der letzten und jetzigen Bewegung eine führende Stellung innehatte, vom Ministerium entlassen. Die Regierung hatte scheinbar infolge des Urteils größere Demonstrationen erwartet und in der Nähe des Zentralamtes Polizei und Truppen angesammelt. Diese Provokation blieb aber erfolglos.

Die Föderation der Postbeamten hat Plakate anschlagen lassen, in denen sie den Wortbruch der Regierung feststellt. Im Laufe des Sonnabend ging den Beamten ein Manifest zu, in dem festgestellt wird, daß sie angesichts der offiziellen Provokationen die Ruhe bewahrten. Wörtlich heißt es darin: „Die Regierung ist durch diese Haltung, die alle ihre Pläne zerstört, verblüfft. Sie wollte den unverzüglichen Streik. Wir werden ihn aber erst erklären, wenn wir bereit sind. Wenn wir die Stunde für gekommen erachten, werden wir beginnen. . . . Die Stunde ist nah, wo wir in Paris wie in der Provinz mit dem einzigen Wort antworten müssen: Hier." Mit welchen Mitteln ein Teil der Pariser Presse gegen das neue Syndikat arbeitet, geht daraus hervor, daß am Sonnabend mittag die Nachricht verbreitet wurde, das föderative Komitee hätte aus dem Ausland 300 000 Frank erhalten. Daran ist natürlich kein wahres Wort.

•

Vom Kongreß der Eisenbahner.

Die Entscheidung des Eisenbahnerkongresses, der am Freitag abend zu Ende war, ist durch den offiziellen Telegraphen schon übermittelt worden. Nach einer mehrstündigen geheimen Sitzung wurde der Presse mitgeteilt, **daß der Streik im Prinzip beschlossen wurde, daß aber vorher noch ein Referendum veranstaltet werden soll.** Die Pariser Presse vom Sonnabend hallte wider von diesem Beschluß, besonders da in der Morgensitzung der gemaßregelte Sekretär der Telegraphenarbeiter, Pouron, unter großem Enthusiasmus die **Solidarität der Postbeamten und der Eisenbahnarbeiter** aussprach. In der Schlußsitzung kam es noch einmal zu einem Zusammenstoß der „Revolutionäre" und der „Reformisten", das heißt zwischen den Anhängern der direkten Aktion und den Freunden einer systematischen ruhigen Organisationsarbeit. Der Wortführer der „direkten Aktion" ist Le Guennic, der Fürsprecher der Organisationsarbeit der Generalsekretär des Verbandes, Guérard. Dieser wies noch einmal darauf hin, daß von 11 Millionen Arbeitern erst eine Million organisiert sei, von 300 000 Eisenbahnarbeitern erst 90 000: „Je schwächer ein Syndikat ist, desto revolutionärer scheinbar. In einem Syndikat sollen alle Elemente ihren Platz finden. Nur dann kann die revolutionäre Aktion wirkungsvoll sein." Le Guennic antwortete darauf, daß man sich angewöhnen müsse, nicht nur mit Worten und Resolutionen, sondern mit der Faust zu kämpfen; nur die Revolutionäre würden Reformen verlangen, und seien somit die wahren Reformisten. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der betont wird, daß, wenn auch nicht alle Mitglieder einer Meinung sind, ihnen doch die Pflicht obläge, alle Kräfte zu konzentrieren. Bei der Wahl des Verwaltungsrates wurde Le Guennic nicht mehr gewählt.

•

Die Absichten der Regierung.

Paris, 10. Mai. Der heutige Ministerrat beschloß, **morgen die Kammer zu ersuchen, alle Interpellationen bezüglich der Maßregelungen der Postbeamten sofort zu beraten.** Es handelt sich jetzt um zwei. Die Regierung will jeden Antrag ablehnen, der dahin zielt, eine Enquetekommission zu ernennen. Es bestätigt sich, daß sie hierbei die **Vertrauensfrage** stellen wird. Ueber die Gesetzlichkeit des von den Postbeamten gebildeten Syndikats werden die Gerichtsbehörden zu entscheiden haben, die eventuell gerichtliche Verfolgungen aufnehmen werden. Der Kabinettschef und der Justizminister teilen mit, daß sie sich in den Kammerausschuß begeben, der sich mit der Frage des Beamtenstatuts zu beschäftigen hat; sie werden die möglichst schnelle Beratung des Gesetzentwurfs beantragen.

Kampf bis aufs Messer.

Paris, 10. Mai. Die Postbeamten haben **die permanenten Komitees**, welche gelegentlich des jüngsten Ausstandes gebildet worden waren, wieder eingesetzt. Mehrere Beamte sind heute nach der Provinz abgereist, um sich mit den verschiedenen Arbeitersyndikaten, die bei der Arbeitsbörse eingetragen sind, zu verständigen.

Paris, 10. Mai. Der nationale Verband der Postbeamten wird heute nacht eine Erklärung anschlagen lassen, die **„Letzter Appell an die Mitglieder des Parlaments"** überschrieben ist und darauf hinweist, daß Ministerpräsident Clemenceau durch die unberechtigte Entlassung der sieben Postbeamten seine Versprechungen nicht gehalten habe. **Wenn diese Entscheidung nicht zurückgenommen werde, so sei dies der Kampf bis aufs Messer.**

•

Paris, 10. Mai. Auf gestern nachmittag hatte der Ausschuß eine Versammlung der Beamten, Unterbeamten und Arbeiter einberufen, um die Lage zu beraten. Sie war von etwa zweitausend Postleuten aller Gattungen besucht. Die Reden der Führer fanden stürmischen Beifall. Das Ausschußmitglied Pauron kennzeichnete die Lage wie folgt: „Der Ausstand ist noch nicht erklärt, **wir wissen auch noch nicht einmal, ob er erklärt werden wird.** Was wir aber wissen, das ist unser Beschluß, daß, wenn die Bewegung ausbrechen soll, vielleicht an einem schon sehr nahen Tage, dieser Ausbruch nicht in abgebrochenen Stößen erfolgen wird, sondern in Eindruck machender Gesamtheit. Unsere Haltung, die man als Schwäche auslegen möchte, ist im Gegenteil **unsere starke Taktik." Das heißt, die Führer wollen noch abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, mit Gewehr bei Fuß.**

Paris, 10. Mai. In Toulon erklärten sich mehrere Syndikate, darunter das der Bäckergesellen, mit den Postbeamten solidarisch. In Lyon wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt, besonders seitens der sozialistischen Partei. Die Unterbeamten der Posten und Telegraphen erklärten sich bereit, falls das Zentralkomitee einen neuen Streik verfügen sollte, diesen sofort zu beginnen. Gleiche Beschlüsse faßten die Postbeamten von St. Etienne und Bordeaux.

Zu den Steuer-Irrungen.

Eine Steuer auf alkoholfreie Getränke

verlangt die Deutsche Tageszeitung. Das Bündlerblatt meint, daß eine solche Steuer einen „Akt ausgleichender Gerechtigkeit" gegenüber der Besteuerung des Bieres darstelle. Daß die Steuer nur 10—15 Millionen Mark einbringe, dürfe kein Grund sein, ihrer Einführung ernstlich näher zu treten. Die Steuer auf alkoholfreie Getränke ist von der Steuerkommission abgelehnt worden. Die Deutsche Tageszeitung hofft aber zuversichtlich, daß das Plenum des Reichstags anders entscheiden wird.

Wir wünschen das Gegenteil.

•

Das Erbrecht des Reiches.

Unter den Steuervorlagen, die dem Reichstage zugegangen sind, befand sich auch eine solche, die den Kreis der Erben im Interesse des Reiches enger ziehen wollte. Von diesem Entwurf ist in der letzten Zeit wenig mehr geredet worden. Es ist deshalb von Interesse, daß in einer Notiz anscheinend offiziösen Ursprungs erklärt wird, daß die Regierung an dieser Vorlage unter allen Umständen festhalte, und daß die neuerdings eingeleiteten Verhandlungen diesen Entwurf keineswegs unberücksichtigt gelassen haben.

•

Ein preußischer Konservativer für die Erbschaftssteuer.

Aus der Reihe tanzen will der konservative Reichstagsabgeordnete für Potsdam-Osthavelland, der Tischlermeister Pauli. Das Potsdamer Intelligenzblatt veröffentlicht einen längeren Artikel des „schlichten Mannes aus der Werkstatt", worin dieser, nachdem er die konservativen und liberalen Blockbrüder in gleicher Weise wegen ihrer Dickköpfigkeit in der Reichsfinanzreformfrage gescholten, zu der bindenden Zusage kommt, daß er für die Erbschaftssteuer stimmen will. Pauli sagt: „Die Herren von der konservativen Partei kennen die Stimmung im Lande nicht; würden sie dieselbe kennen, dann würden sie ihren Widerstand gegen die Erbschaftssteuer aufgeben." Zu dieser Stellungnahme des Abg. Pauli hat sicher nicht wenig der Umstand beigetragen, daß die konservative Wählerschaft von Potsdam, die zum erheblichen Teil aus Hoflieferanten und Beamten besteht, sich für die Steuerpläne der Regierung ausgesprochen und der konservativen Partei die Gefolgschaft gekündigt hat, falls sie bei ihrem Widerstand beharre. Es ist also die Angst um das Mandat, was Herrn Pauli veranlaßt, wider den Stachel seiner agrarischen Parteifreunde zu lecken.

Deutsches Reich.

Das Freibillett.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im preußischen Abgeordnetenhause tobte am Montag eine Schlacht um das Freibillett. Die Herren Abgeordneten wünschen von der Regierung als Volksvertreter ernst genommen zu werden, zu einem richtigen Volksvertreter gehört aber ein Freibillett, mit dem man so oft man will zwischen Berlin als dem Orte des Delikts und seinem Wahlkreis bezw. Wohnort hin- und herfahren kann. Da der Vertreter der Regierung die Erfüllung des Wunsches nicht ohne weiteres zusagen konnte, entstand eine sehr gereizte Stimmung auf beiden Seiten, wodurch sich der Regierungsvertreter Herr v. Falkenhayn zu der Aeußerung hinreißen ließ, er unterlasse es, auf die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Kirsch zu antworten aus Rücksicht auf das Ansehen des Hauses. Worauf Herr Arendt unter lebhaftester Zustimmung den historisch bedeutsamen Ausspruch tat:

Herr Geheimrat, das Abgeordnetenhaus ist selbst in der Lage, sein Ansehen zu wahren.

Wir müssen gestehen, daß uns ein Fall ähnlicher vollkommener Selbsttäuschung noch nicht vorgekommen ist. Hat man denn in jenem hohen Hause wieder vergessen, wie oft man schon die Staatsgewalt zur Wahrung des sogenannten Ansehens flehentlich herbeigerufen hat? Es kann ja kaum ein Artikel in einer sozialdemokratischen Zeitung erscheinen oder eine Rede gehalten werden, die sich mit den Taten des Abgeordnetenhauses beschäftigt, ohne daß dieses spornstreichs „zur Wahrung seines Ansehens" zum Staatsanwalt rennt!

Wie die Geschichte mit dem Freibillett ausgehen wird, ist noch ungewiß. Man kann auch im Zweifel darüber sein, wie man sich am besten zu dieser Forderung stellt. Daß einem Volksvertreter, einem wirklichen Parlamentarier und Abgeordneten die Gelegenheit gegeben sein muß, jederzeit von Berlin aus seinen Wohnort oder Wahlkreis aufsuchen zu können, ohne die Kosten aus seiner eigenen Tasche decken zu müssen, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite aber macht es keinen sehr erhebenden Eindruck, wenn eine gesetzgebende Herrengesellschaft, die auf keinem Rechtstitel basiert und die in ihrer übergroßen Mehrheit zu ihrem Glück im Lande ziemlich unbekannt ist, sich selber Benefizien bewilligt. Weiter ist zu bedenken, daß die meisten der Herren, die sich mit der Regierung um das Freibillett schlagen, doch enragierte Gegner der Freizügigkeit sind. So ließe sich noch manches für und wider anführen, doch ist es besser, wir brechen das Thema ab — im Interesse des Ansehens des Hauses.

Zur Beamtenbesoldung.

Die Budgetkommission hat die Vorlage über das Beamtenbesoldungsgesetz in erster Lesung beendet. Zunächst soll die Genehmigung des Gehalts nur an die im Besoldungsgesetz ausdrücklich genannten Beamten erfolgen. Kein Beamter darf mehr als eine der vorgesehenen Stellen bekleiden. Diensteinkommen für Nebenämter und Nebenbeschäftigungen, ebenso Zulagen, können nur insoweit bewilligt werden, als der Reichshaushalt es ausdrücklich bestimmt. Damit hat der Reichstag es in der Hand, bei der Beratung des Etats Zulagen und Einkommen aus Nebenämtern zu streichen und dem bisher vielfach bestandenen Sinekurenwesen entgegenzuwirken.

Ausgenommen von der Regelung nach Dienstaltersstufen sind die Beamten der Reichskanzlei, ferner die gesandtschaftlichen und die Konsularbeamten. Ihre Einreihung in die betreffenden Gehaltsstufen erfolgt nach dem Ermessen des Reichskanzlers. Diese Einrichtung ist angeblich getroffen worden, um die befähigten Diplomaten auch außer der Reihe auf wichtige Posten stellen zu können. In Wirklichkeit wird sie dazu führen, die einflußreichen und gut besoldeten Stellen als Botschafter und Gesandter auch ferner dem Adel zu sichern.

Die Besoldungsordnung umfaßt auch die Offiziere und bringt ihnen zum Teil wesentliche Erhöhungen.

Nach der Regierungsvorlage sollte kein Unterbeamter mit einem geringeren Gehalt als 1000 M. und dem entsprechenden Wohnungsgeldzuschuß zu beginnen haben. Die Kommission erhöhte diesen niedrigsten Satz um 100 M., so daß 1100 M. das niedrigste Anfangsgehalt ist. Die Erhöhung beträgt zum Teil bis zu 300 M., wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß hiervon die seit zwei Jahren gezahlten Teuerungszulagen in Abzug zu bringen sind. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt in der untersten Besoldungsstufe in der Ortsklasse A, also den Orten mit den teuersten Wohnungsverhältnissen, 480 M., in der Ortsklasse B 300 M., in der Ortsklasse C 240 M., in der Ortsklasse D 220 M. und in der Ortsklasse E 180 M. Das bisherige Wohnungsgeld betrug in den genannten Klassen 360, 270, 216, 162 und 108 M. Bei den mittleren Beamten erfährt hauptsächlich das Höchstgehalt eine Steigerung. Die Klasse 31, Oberpostpraktikanten, bleiben bei ihrem Anfangsgehalt mit 2500 M., steigen aber anstatt bis zu 4200 M. bis 4500 M. auf. Dabei sind sie aber in eine höhere Wohnungsgeldklasse aufgerückt, so daß zu dem Gehalte noch, je nach der Ortsklasse, 1350, 990, 810, 720 und 630 M. hinzukommen.

Auch beim Reichsheer ist eine nennenswerte Erhöhung eingetreten. Leutnants und Oberleutnants erhielten bisher 1290 bis 1890 M. und sollen künftig 1500 bis 2400 M., vom 18. Jahre ab 3200 M. erhalten, und das Wohnungsgeld in Klasse 4 mit 570 M. bis herunter zu 450 M. Das Gehalt der Hauptleute beginnt mit 3400 M., soll in Zukunft anstatt bis 4000 M. auf 5100 M. steigen. Außerdem werden alle Chargen früher in den Besitz des Höchstgehaltes gelangen. Der Wohnungsgeldzuschuß für Hauptleute beträgt 1350 M. bis herunter zu 720 M. — Die in den letzten beiden Jahren im Interesse der Offiziere, Beamten und deren Hinterbliebenen bereits gemachten Aufwendungen berechnete die Regierung auf rund 35 Millionen Mark. Die Kosten der jetzigen Vorlage hinzugerechnet, wird der Mehraufwand im Jahre 1909 gegen die früheren Jahre für Offiziere und Beamte 134 Millionen Mark betragen.

Ein Muster an Untertanenbravheit.

Der Präsident des Verbandes der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten, Oberpostassistent Zollitsch, hat dem Korrespondenten des Matin seine Weisheiten über den französischen Beamtenstreik ausgekramt und dabei Ansichten geäußert, die den französischen Beamten den richtigen Begriff von dem „Mannesmut" der deutschen Beamten geben dürften. Ein Glück, daß nicht alle Beamte wie Zollitsch denken, und daß auch in Deutschland die Entwicklung stärker ist als die dauerhafteste Bureaukratendemut nach oben und der geistesarme Hochmut nach unten.

Zollitsch erklärte dem französischen Pressevertreter:

Wir deutschen Postbeamten verurteilen die Haltung und Aufführung unserer französischen Kollegen. Wir sind der Ansicht, daß diese Haltung dem allgemeinen Interesse sowie dem besonderen Interesse der Beamten selbst schadet. Bei uns in Deutschland hat die Unzufriedenheit der Beamten bestimmte Ursachen. Die Lebensmittel, sowie das Leben überhaupt, sind teurer geworden. Die Arbeiter setzen die Erhöhung ihrer Löhne durch. Die Staatsbeamten dagegen, selbst solche, die z. B. jahrelang ein Gehalt von 150 bis 200 M. monatlich beziehen, konnten eine Erhöhung ihrer Gehälter nicht durchsetzen. Dreiviertel der deutschen Beamten stecken in Schulden. Diesem Zustand wollen wir eben ein Ende machen. Wir streben auch danach, das geistige und soziale Niveau zu verbessern. Wir wollen nicht, daß die Beamten außerhalb der Nation (?), sondern mit dieser in engster Fühlung stehen. Wir Beamten wollen keinen Staat im Staate bilden. Wir werden uns niemals den Sozialisten zuwenden, denn wir teilen ihre revolutionären Anschauungen nicht.

Zollitsch benützte dann die Gelegenheit, eine öffentliche Erklärung zu dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren abzugeben:

Er selbst sei nicht der Urheber des Artikels, wegen dessen gegen ihn eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden sei; er sei deshalb in Untersuchung gezogen worden, weil er die Veröffentlichung des betreffenden Artikels nicht verhindert habe. Der Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten stehe nicht ungerüstet da. Der Verband verfüge über ein Vermögen von mehr als 1½ Million Mark, das ihm gestattet, seine Interessen zu verteidigen. Wir verlangen nur das Notwendigste und hoffen, es zu erreichen. Der König hat uns in seiner Thronrede eine Erhöhung der Gehälter zugesagt. Das preußische Abgeordnetenhaus hat sie bewilligt und das Herrenhaus wird früher oder später das gleiche tun müssen.

Vor solchen braven Leuten wie Zollitsch braucht Preußen nicht zu zittern. Anstatt die gute Seele mit einem Disziplinarverfahren zu ängstigen, sollte man ihn bei der nächsten besten Gelegenheit dekorieren. Er wird dann noch zahmer und noch vaterlandsfreudiger gestimmt Hurra sagen.

Der Berliner Polizeisumpf.

Unsern Berliner Parteigenossen ist es abermals gelungen, einen Polizeispitzel, der sich in die Organisation eingeschlichen hatte, zu entlarven. Unter dem Namen „Versicherungsagent Hans Kraus" trat der

Kriminalbeamte Hans Schrott

im Jahre 1904 dem Wahlverein des 5. Kreises bei. Es gelang ihm, mit dem Posten eines Bezirksführers betraut zu werden. Später, als ein anderer Spitzel entlarvt wurde, verschwand er von der Bildfläche, nachdem er vorher auch dem Handlungsgehilfenverbande beigetreten war. Im Jahre 1908 tauchte er wieder auf, diesmal als Techniker Jakob Gruber; er hatte diesen Namen im Einverständnis mit dem wirklichen Träger desselben angegeben; der wirkliche Jakob Gruber mußte als Ausländer wohl oder übel damit einverstanden sein. Das Bild des Spitzels ist in Berlin in den Parteispeditionen zum Aushang gebracht.

Steigende Getreide- und Fleischpreise.

Nach der Zusammenstellung des Reichsanz. sind die Preise aller Getreidesorten im April d. J. weiter gestiegen. Der Weizen hat einen beispiellos hohen Preis erreicht; er kostete im Durchschnitt von 58 Marktorten 28,45 M. für 100 Kilogr. gegen 22,94 M. im März d. J. und 20,72 M. im April v. J. Der Roggen hat im Durchschnitt von 70 Marktorten seinen Preis gegen den März d. J. von 16,61 auf 17,04 M. erhöht. Der Preis ist seit Januar d. J. im Steigen, nachdem er vorher erheblich zurückgegangen war; im April v. J. hatte er 18,15 M. betragen. Die Gerste hat im April d. J. im Durchschnitt von 58 Marktorten einen Preis von 17,72 M. gehabt gegen 17,18 M. im März d. J. und 15,90 M. im April d. J. Der Hafer hat seinen Durchschnittspreis, an dem 58 Marktorte beteiligt sind, von 17,21 auf 18,03 M. erhöht; im April 1908 hatte er nur 15,71 M. gekostet. Hiernach ist im letzten Monat teurer geworden der Roggen um 43 Pf., die Gerste um 54 Pf., der Hafer um 82 Pf. und der Weizen um 121 Pf. Im Vergleich zum April v. J. sind gestiegen die Gerste um 1,73 M., der Hafer um 2,32 M. und der Weizen um 2,78 M., während der Roggen noch um 1,11 M. billiger war als vor einem Jahre.

Die Tabelle der amtlichen Statist. Korresp. zeigt, daß die Kleinhandelspreise für Fleisch in der zweiten Hälfte des April meist etwas gestiegen sind. Das Rindfleisch hat, trotzdem der Großhandelspreis von 122 auf 120 M. für 100 Kilogr. zurückgegangen ist, seinen Kleinhandelspreis im Durchschnitt von 50 Hauptmarktorten von 1,58 M. auf 1,54 M. für 1 Kilogr. erhöht. Das Kalbfleisch hat seinen Durchschnittspreis von 1,71 M. behauptet. Das

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hammelfleisch kostete 1,64 M. gegen 1,68 M. in der ersten Monatshälfte. Das Schweinefleisch ist im Durchschnitt aller Orte von 1,54 M. auf 1,55 M. gestiegen.

Vom „Selbstverwaltungsrecht" der Gemeinden. In Bensberg (Reg.-Bez. Köln) war an Stelle des zurückgetretenen ersten Bürgermeisters ein Regierungsbeamter kommissarisch bestellt worden. Zur endgültigen Neubesetzung reichten Gemeinderat und Kreisausschuß, den Bestimmungen der Landgemeindeordnung entsprechend, eine Vorschlagsliste ein. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat aber jetzt gegen den Willen der Gemeinde- und Kreisvertretung den bisherigen Kommissar, der gar nicht auf der Vorschlagsliste stand, endgültig zum ersten Bürgermeister ernannt, und zwar, wie das die rheinische Landgemeindeordnung vorsieht, auf Lebenszeit.

Der Herr Reservist. Nach einer Verfügung des Kriegsministers wird in Zukunft auf den Adressen der dienstlichen Schriftstücke, die den Reservisten zugestellt werden, die Bezeichnung „Herr" vor dem Namen des Adressaten gesetzt werden. Der Inhalt der Schriftstücke wird durch die Verfügung nicht berührt.

Bisher galten nur die Vorgesetzten vom Unteroffizier an als „Herren". Alles andere gehörte in die Klasse der „Gemeinen".

Vergehen gegen die Religion. Das Landgericht in Regensburg verurteilte einen 16 Jahre alten Bauernburschen wegen Religionsvergehens zu 14 Tagen Gefängnis. Der Bauernbub hatte in seiner Dorfkirche aus Langerweile Nüsse gegessen und einmal die Kirche mit brennender Zigarre betreten.

Hoffentlich lehrt ihn diese Erfahrung in Sachen „Kirchenfrevel" die ungastliche Stätte meiden.

Die Nachforschungen nach den Reisenden Brunhuber und Schmitz haben, wie aus Peking amtlich telegraphiert wird, bisher folgendes Ergebnis: Die Reisenden waren Anfang Dezember vorigen Jahres von Toenahe in das Gebiet der unabhängigen Eingeborenenstämme gereist. Wegen schlechter Bergwege hatten sie Mitte Dezember elf Packpferde unter Begleitung chinesischer Diener nach Weihsi gesandt. Dort wollten sie nach drei Monaten nach einem Zuge durch das Gebiet des Nustammes eintreffen. Außer diesen Nachrichten läßt sich bisher weiter nichts feststellen.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer Meldung aus Zürich hat der Kantonsrat mit 110 gegen 104 Stimmen den Gesetzentwurf über den **Schutz der Arbeiterinnen**, den gesetzlichen Ladenschluß und den Schutz des weiblichen Ladenpersonals angenommen. — Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse aus Spalato hat die Anwesenheit des Wiener Bürgermeisters Dr. Lueger den Sozialisten, Demokraten und Kroaten Anlaß zu großen Demonstrationen gegeben. Dr. Lueger, der Bürgermeister und der Abgeordnete von Spalato wurden ausgepfiffen. — In der Montagssitzung des englischen Unterhauses entspann sich bei der Beratung des Budgets eine lebhafte Diskussion über die Resolution, einen höheren Abgabentarif für die Gewährung von Schankkonzessionen einzuführen. Die Opposition bekämpfte den Antrag aufs heftigste. Die Diskussion zog sich bis in die frühen Morgenstunden hin. Die Resolution wurde schließlich mit 206 gegen 123 Stimmen angenommen. — Im spanischen Ministerium des Aeußeren wird eine Nachricht über den Abbruch der Verhandlungen zwischen der spanischen Gesandtschaft in Fez und dem Sultan für unrichtig erklärt.

Ausland.

Italien.

Neue Militärausgaben.

ld. Der Kriegsminister Spingardi ist jetzt endlich mit den seit langem angedrohten neuen Forderungen für die Armee herausgerückt. Nachdem erst im vorigen Jahre über 200 Millionen für den Armee-Etat an Extraausgaben bewilligt worden sind, begnügt man sich diesmal mit einer Vermehrung des ordentlichen Budgets um 10 Millionen für 1908/1909 und um 16 Millionen für 1909/1910. Durch diese Mehrausgabe soll die normale Heeresstärke von 205 000 auf 225 000 Mann erhöht werden. Für das außerordentliche Budget, das auch im vorigen Jahre den Löwenanteil davontrug, werden diesmal 125 Millionen gefordert, auf fünf Verwaltungsjahre verteilt. Die größten Summen soll hier wieder die Artillerie verschlingen. Für die Feldartillerie und Gebirgsartillerie werden 30 Millionen gefordert, für die Verteidigung der Küsten und der Grenzen 50 Millionen, für Forts und Militärstraßen 14 Millionen. Für tragbare Schußwaffen sollen 13 Millionen bewilligt werden, für das Ingenieurkorps ebenfalls 13 Millionen, und schließlich 3 Millionen für Pferde und Maulesel und 2 Millionen für neue Militärbauten. Bei der heutigen Regierungsmehrheit im Parlament werden diese Summen glatt bewilligt werden. Man kann es ja dann an Schulen, öffentlichen Bauten und sonstigen Kulturforderungen wieder sparen.

Militärjustiz.

Vor dem Militärgericht in Piacenza wurde am 6. Mai der Hauptmann Ercolani vom 75. Infanterieregiment zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Soldaten zweimal geohrfeigt hatte. Anlaß zu dieser Brutalität war ein Streit gewesen, den der Soldat am Tage vorher mit einem Zivilisten gehabt hatte. — Fast zur gleichen Zeit wurde von dem römischen Militärgericht ein Soldat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er seinen Feldwebel einen Dummkopf genannt hatte! Wie man sieht, erwartet die Militärjustiz mehr Selbstbeherrschung vom Soldaten als vom Offizier.

Türkei.

Die Feier der Schwertumgürtung.

Konstantinopel, 10. Mai. Die Feier der Schwertumgürtung ist ohne Zwischenfall verlaufen. Zur Feier innerhalb der Ejubmoschee, die etwa eine Stunde dauerte, hatten Fremde keinen Zutritt. Der Sultan wurde auf dem ganzen Wege von den Truppen und der Volksmenge lebhaft mit dem Rufe: „Lang lebe unser Padischah!" begrüßt.

Schmerzensgeld.

London, 10. Mai. Londoner Banken, die mit der österreichisch-ungarischen Regierung in Verbindung stehen, haben der Kaiserl. Ottomanischen Bank Kredite im Höhe von 2 500 000 Ltr. überwiesen, welche Summe der Türkei von Oesterreich-Ungarn infolge der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina versprochen worden ist. Die formelle Ausführung dieser Operation wird heute in Konstantinopel erfolgen.

Mazedonien.

Belgrad, 10. Mai. Die türkische Regierung hat im Wilajet Kossovo die Zügel wieder straff angezogen. Die Kaimakane von Stowipasar und Tetowo sowie der Polizeikommissar in Tetowo wurden wegen reaktionärer Treibereien **abgesetzt** und über Uesküb nach Konstantinopel abgeführt, um vor Gericht gestellt zu werden. In Katschane wurde ein Tschandsch (Sergeant) verhaftet, weil er gegen die Jungtürken als Ungläubige zu hetzen trachtete.

Saloniki, 10. Mai. Zur Hintanhaltung der Landung griechischer Banden und der Ausschiffung von Waffen und Sprengmitteln in mazedonischen Gewässern, wird die **Entsendung einiger Kriegsschiffe verlangt.** Infolge des Auftauchens mehrerer Banden an der Bahnlinie Saloniki—Monastir zwischen Ostrowo und Sarmiowitsch ist die Bahnaufsicht behindert. Die Bahnaufseher und Streckenarbeiter wurden verjagt.

Kleinasien.

Paris, 10. Mai. Die französischen Konsulatsdepeschen bestätigen die **Fortdauer der Metzeleien im Golf von Alexandrette** ungeachtet des Erscheinens der europäischen Sanfte. Die jungtürkischen Komitees haben trotz ihrer Zusagen, die Gewalttaten zu unterdrücken, keine wirksamen Maßregeln getroffen. Infolgedessen erdreut in dem offiziösen Petit Parisien, dem Sprachrohr des Auswärtigen Amtes, aufs neue die dringliche Aufforderung an die neue Regierung, energisch zu handeln. Es sei die Aufgabe der jungen Türkei, Recht und Ordnung zu schaffen. Beim neuen Sultan ist eine armenische Abteilung erschienen, um energische Maßregeln zum Schutze der Armenier zu heischen.

Dagegen meldet ein Berliner Telegramm der Köln. Zeitung: Es scheint, daß es den Bemühungen der neuen türkischen Regierung gelungen sei, in Kleinasien wieder Ordnung zu schaffen. Der gegenwärtigen türkischen Regierung könne allerdings keine Schuld an den Greueltaten in Adana beigemessen werden. In französischen Berichten werde zugegeben, daß die Armenier durch herausfordernde Haltung die Türken gereizt haben und somit an den Ausschreitungen eine gewisse Schuld tragen. Die neue türkische Regierung habe durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie das Geschehene entschieden mißbillige und zu einer nötigenfalls rücksichtslosen Unterdrückung der Unruhen bereit sei.

•

Konstantinopel, 10. Mai. Bei der Pforte eingelaufenen Meldungen zufolge ist in Bitlis und anderen in der Umgebung Wanses gelegenen Orten eine Scheriatbewegung ausgebrochen. Die **Mohammedaner drohen, die Christen niederzumetzeln,** falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Kurdenscheiche haben bei der Pforte telegraphisch militärische Hilfe verlangt.

Abdul Hamid.

Saloniki, 10. Mai. Die Bewachung Abdul Hamids in seinem Exil ist durch Heranziehung einer weiteren Zahl von Offizieren verschärft worden. Personen, die in der Villa zu tun haben, werden vorher durchsucht.

Konstantinopel, 10. Mai. Der Minister des Aeußern hat türkischen Blättern zufolge Befehl erhalten, Schritte zu tun, damit von den **Depots Abdul Hamids** und seiner Kinder bei ausländischen Banken **nichts abgehoben** werde, bis die Kammer einen Beschluß darüber gefaßt hat.

Rußland.

Stolypin.

Petersburg, 10. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichsrates teilte der Reichssekretär mit, daß die von der Reichsduma und vom Reichsrate genehmigte Gesetzesvorlage über den Etat des Marine-Generalstabes vom Kaiser nicht bestätigt worden ist.

Die Ministerkrisis ist dadurch wieder akut. Sollte Stolypin sich augenblicklich dem Willen des Zaren beugen, so dürfte sein Abgang doch nur eine Frage der Zeit sein.

Persien.

Täbris und die Verfassung.

Täbris, 10. Mai. Die Erfolge der Nationalisten in Reicht, Kaswin und Ispahan haben in Täbris bewirkt, daß beschlossen wurde, die vom Schah verliehene Konstitution nicht anzunehmen, vielmehr die Wiederherstellung der ursprünglichen Konstitution zu verlangen.

Japan.

Der Zuckerskandal.

Tokio, 10. Mai. (L.-A.) Der Zuckerskandal nimmt immer größere Dimensionen an. Die Regierung geht ohne Gnade vor und läßt selbst einflußreiche Politiker, die in die schmutzige Affäre verwickelt sind, ohne weiteres verhaften. Ein Parlamentsmitglied nach dem andern wird ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert und die Ueberzeugung derer, die bisher in den japanischen Parlamentariern unbestechliche Vertreter des Rechts sahen, ist arg ins Wanken geraten. Am stärksten in die Korruption verwickelt ist die Verfassungspartei der Seyukai, die bei den vorigen Wahlen einen ganz ungewöhnlichen Erfolg zu verzeichnen hatte. Sie ist Regierungspartei, obgleich der Premierminister aus einer anderen Partei hervorgegangen ist. Doch auch die rein ministerielle Partei hat Verluste zu beklagen. Zwei ihrer Mitglieder sitzen bereits hinter Schloß und Riegel, während die Verhaftung anderer Abgeordneter jeden Augenblick zu erwarten ist. Im ganzen sind über 50 Parlamentarier vom Zuckertrust bestochen worden.

Volkswirtschaft.

Der Siegeszug der Standard-Oil-Company.

k. Vor kurzem schien es in Deutschland zwischen dem amerikanischen Petroleumtrust (Standard-Oil-Company) und der österreichisch-ungarischen Petroleumindustrie zu Konkurrenzkämpfen kommen zu wollen. Der amerikanische Trust hatte durch seine deutsche Tochtergesellschaft, wie wir berichteten, nun auch in Berlin damit begonnen, Petroleum unter Umgehung des Engroshandels direkt an die Detaillisten zu verkaufen. Durch dieses schon in den meisten deutschen Städten geübte Vorgehen sollte das Eindringen österreichischen Petroleums am Berliner Platze verhindert werden. Nach den Mitteilungen der Handelspresse hatten die österreichischen Petroleuminteressenten gleichfalls große Anstrengungen gemacht, um das eroberte Absatzgebiet zu verteidigen und für die steigende Petroleumproduktion Galiziens eine entsprechende Zunahme der Ausfuhr nach Deutschland zu sichern. Jetzt wird dem Berliner Lokalanzeiger aus Wien berichtet, daß die Aussichten für den Zusammenschluß der österreichischen und ungarischen Petroleumindustrie nach dem vor einigen Jahren erfolgten Zusammenbruch des österreichischen Petroleumkartells noch niemals so günstige gewesen sind wie heute. Aber es handelt sich nicht allein um eine Verständigung der österreichischen und ungarischen Produzenten untereinander, sondern um die **weit größere Aufgabe, mit der amerikanischen Petroleumindustrie zu einem Uebereinkommen zu gelangen.** Die hervorragendsten Petroleumetablissements in Oesterreich und in Ungarn haben ein Komitee gewählt, das mit der Aufgabe betraut wurde, mit den Vertretern der Standard-Oil-Company, die schon seit längerer Zeit in Wien weilen, die Vereinbarungen abzuschließen. Die Meldung betont, daß die Aussichten für eine Verständigung günstig sein sollen. Auch der Bericht über die Wiener Börse hebt hervor, daß Petroleumaktien lebhafter umgesetzt wurden, da die Chancen der Kartellbildung optimistischer beurteilt wurden.

An dem Zustandekommen des Abkommens zwischen der Standard-Oil-Company und den österreichischen Petroleuminteressenten dürfte kaum noch zu zweifeln sein, dafür spricht auch, daß die Vertreter der österreichischen Petroleumindustrie in Deutschland sich über den Petroleumkrieg gegen den Trust in jüngster Zeit ganz ausschwiegen, nachdem sie vorher Mitteilungen über ihre Rüstungen für den angeblich bevorstehenden Wettbewerb reichlich ausstreuten.

Daß die österreichische Petroleumindustrie der Herrschaft der Standard-Oil-Company ausgeliefert wird, denn nur darauf kann das Abkommen hinauslaufen, ist im Interesse der deutschen Petroleumverbraucher außerordentlich zu bedauern. Nachdem die russische und rumänische Petroleumproduktion unter der Führung der deutschen Großbanken der Kontrolle des amerikanischen Trusts unterstellt wurde, stand in Deutschland der Monopolmacht des Trusts als Konkurrenz allein die österreichische Petroleumindustrie gegenüber. Deutschlands Einfuhr an gereinigtem Petroleum aus Oesterreich ist beträchtlich gestiegen, sie betrug im Jahre 1902 rund 17 000 Tonnen, 1905 50 000 Tonnen, im Jahre 1907 82 000 Tonnen und 1908 110 000 Tonnen. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug 1902 752 000 Tonnen, 1908 810 000 Tonnen. Das österreichische Petroleum hätte für die Versorgung Deutschlands von größter Bedeutung werden können, es hätte bei planmäßiger Unterstützung durch die wirtschaftlichen Großmächte Deutschlands die unbeschränkte Macht des Trusts durchbrechen können. Daß auch die österreichische Petroleumindustrie sich dem Trust unterstellt, ist nicht zuletzt der Tätigkeit der deutschen Großbanken zuzuschreiben, die ihm die Wege für seinen Siegeszug durch Europa geebnet haben.

Letzte Nachrichten.

Dresden, 11. Mai. In voriger Nacht gegen 3 Uhr brach die aus der Provinz stammende Arbeiterin Ida Nellner, die nach der Frauenklinik wollte, an der Ecke der Hertelstraße zusammen. Sie wurde von der Geburt eines Kindes überrascht und von hilfsbereiten Personen in die Frauenklinik gebracht.

Gestern nachmittag wurde auf der Windmühlenstraße ein etwa acht Jahre altes Mädchen von einem radfahrenden Soldaten umgerissen und überfahren. Das Kind trug eine Gehirnerschütterung und andere Verletzungen davon.

Letzte Telegramme.

Die Tabaksteuer in der Finanzkommission.

Berlin, 11. Mai. (Privattelegramm.) Die für die Tabaksteuer eingesetzte Subkommission hat bekanntlich das von der Regierung vorgeschlagene Banderolensystem abgelehnt und dafür eine Erhöhung des Zolles und der Inlandsteuer, nach dem Werte abgestuft, vorgeschlagen. Anstatt der verlangten 75 Millionen würden nach den Vorschlägen der Subkommission nur 30 Millionen mehr erreicht werden. — Abg. v. Richthofen (kons.) erklärt, daß seine Fraktion gegen das von der Subkommission vorgeschlagene Wertzollsystem sei, da die Steuer zu wenig eindringen würde. — Abg. Ledebour wendet sich aus anderen Gründen gleichfalls gegen die Subkommissionsvorschläge und weist nach, daß die Art der Besteuerung, den Tabak nach seinem Werte zu bemessen, unmöglich sei. Der nationalliberale Abg. Schultz bestreitet, daß die Besteuerung einen Rückgang des Konsums zur Folge haben könnte. Die Raucher hätten hier nicht, wie beim Getränk, eine Auswahl; wer rauche müsse die Steuer bezahlen. — Abg. Müller-Fulda erklärt, daß der niedrige Satz mit Rücksicht auf die Arbeiter und das Kleingewerbe in der Tabakindustrie vorgeschlagen worden sei, um keinen starken Konsumrückgang herbeizuführen.

Von konservativer Seite wird ein Antrag eingebracht, der eine Erhöhung der von der Subkommission vorgeschlagenen Steuersätze will. Danach soll die Zigarettensteuer von 800 M. auf 1000 M. erhöht werden, feingeschnittener Tabak und Zigarren von 400 auf 700 M., Roh- und Schnupftabak von 300 auf 450 M., Karotten und Stengel auf 200 M., Tabakblätter bearbeitet von 190 auf 225 M., unbearbeitet von 85 auf 125 M. — Die Debatte geht noch weiter.

Vertagung der Finanzkommission?

Berlin, 11. Mai. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung der Frankf. Ztg. soll eine Vertagung der Finanzkommission beabsichtigt sein.

Die französische Post- und Telegraphenbeamtenbewegung.

Paris, 11. Mai. Das Petit Journal meldet, daß einzelne Streckenarbeiter der Telegraphenverwaltung ihre Einlagen von den Sparkassen zurückgezogen hätten. Man erblickt hierin ein Anzeichen dafür, daß zum mindesten die Streckenarbeiter ernstlich zum Ausstande entschlossen seien.

Paris, 11. Mai. Gestern abend wurden **weitere elf Post- und Telegraphenbeamte,** darunter der frühere Sekretär der Allgemeinen Vereinigung der Post- und Telegraphenbeamten Subra, wegen der von ihnen gehaltenen Reden vorläufig ihres Amtes enthoben.

Paris, 11. Mai. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die sozialistischen Abgeordneten Willm und Semhat, die heute über die Absetzung der sieben Postbeamten interpellieren werden, die Absicht, bei der Begründung ihrer Anfrage ganz bestimmte Anklagen gegen die Postverwaltung zu erheben. Die Gegner der Regierung behaupten, daß infolge dieser Anklagen die Mehrheit der Kammer trotz des gegenteiligen Beschlusses des gestrigen Ministerrates für die Einsetzung einer Untersuchungskommission stimmen werde.

Die Stolypin-Krisis.

Petersburg, 11. Mai. In einem Reskript des Kaisers an den Ministerpräsidenten Stolypin heißt es: Da ich den Gesetzentwurf über den Etat des Marinegeneralstabes nicht sanktionieren kann, beauftrage ich Sie, in Gemeinschaft mit dem Kriegs- und Marineminister binnen Monatsfrist in den von den Staatsgrundgesetzen angewiesenen Grenzen Regeln auszuarbeiten, die bestimmen sollen, welche legislativen Angelegenheiten der Kriegs- und Marinebehörden meiner unmittelbaren Entscheidung in der vom Artikel 96 dieser Gesetze vorgeschriebenen Ordnung unterliegen und welche mir zur Sanktion zu unterbreiten sind. Diese Regeln müssen nach ihrer Feststellung im Ministerrate mir unterbreitet und, nachdem sie von mir sanktioniert sind, unbeugsam befolgt werden. Die ganze Tätigkeit des unter Ihrem Präsidium befindlichen Ministerrates, die meine volle Billigung verdient und auf die Festigung der Grundlagen der von mir unerschütterlich aufgestellten Staatsordnung gerichtet ist, bürgt mir für Ihre erfolgreiche Ausführung auch dieses meines Auftrages laut meinen Anweisungen. Ich verbleibe Ihnen beständig wohlwollend Nikolaus.

Türkei.

Köln, 11. Mai. Die Köln. Ztg. meldet aus Saloniki: Der Albanierhäuptling Riza Bei aus Djakowa ist in Aleppo verhaftet und nach Smyrna geschafft worden. Er wird, einem Beschlusse des Komitees entsprechend, nach Konstantinopel gebracht werden. Seine Verhaftung soll in Albanien verheimlicht werden, weil darüber große Aufregung entstehen würde.

Aufstände in China.

Hongkong, 11. Mai. Der Gouverneur von Kuangsi teilt mit, daß in Tsokong und Wallum eine aufständische Bewegung ausgebrochen ist. Den Unzufriedenen haben sich meuternde Truppen angeschlossen. Aus Kanton sind nach dem Aufstandsgebiete Soldaten entsandt worden.

Gerüsteinsturz.

Altenburg, 11. Mai. Im Dorfe Weißenborn bei Eisenberg stürzte gestern während der Arbeitszeit das Gerüst eines Neubaues vollständig in sich zusammen, die auf ihm beschäftigten Maurer mit sich reißend. Ein Arbeiter war sofort tot; ein anderer erlitt lebensgefährliche Verletzungen und zwei weitere wurden leichter verletzt. Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht festgestellt werden.

Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdem. Verein Dresden-Altst.

Freitag den 14. Mai, abends 9 Uhr:

3 Bezirks-Versammlungen

Bezirke 1 und 5: **Volkshaus**

Soziale Probleme der Gegenwart.

Referent: Genosse Redakteur **Fleissner.**

Bezirke 2 und 3: **Adams Restaurant,** Kaulbachstr

Religion und Sozialismus.

Referent: Genosse Redakteur **Rob. Grötzsch.**

Bezirke 4 und 6: **Restaurant Feldschlößchen**

Einnahmen u. Ausgaben im Reichshaushalts-Etat.

Referent: Genosse Arbeitersekretär **Buck.**

Weitere Tagesordnungspunkte in allen Versammlungen: **Bericht aus den Vorstandssitzungen** und **Vereinsangelegenheiten.** — Nur Mitglieder haben Zutritt! **Der Vorstand.**

Bauarbeiter!

Donnerstag den 13. Mai, abends 7 Uhr

Versammlung

im großen Saale des **Volkshauses.**

Tages-Ordnung:

1. **Wahl der Delegierten zur Bankonferenz in Chemnitz.**
2. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Einberufer.**

Raucht Ring Cigaretten

Blindheit!

Eine Warnung ist es, wenn man zu Augengläsern greifen muß.

Die Natur hat dem Menschen Augen verliehen, damit er hell und scharf sehen kann, es lag aber nicht in ihrer Absicht, daß er sich dazu der Augengläser bedienen solle. Wer aber solche künstlichen Hilfsmittel bedarf, hat in 97 von 100 Fällen selbst schuld dran, weil er seine Augen nicht richtig gepflegt hat. Die Sehnerven und Augenmuskeln bedürfen einer gewissen Stärkung, und diese wird durch eine von einem Gelehrten erdachte Methode leicht und bequem erreicht. Die Regeln sind so einfach, daß ein Kind sie befolgen kann. Keine Salbe, keine Medizin, nichts Schädigendes und dabei von vielen Aerzten warm empfohlen.

Fort mit den Augengläsern!

Die Methode besteht in einer Massage der Augen. Der folgende Brief eines Herrn ist ein Beispiel von den zahlreichen Anerkennungen, die täglich eingehen:

Sehr geehrter Herr!

Dreiundzwanzig Jahre lang trug ich Augengläser, und meine Augen wurden dennoch immer schlechter. Immer wieder mußte ich schärfere Gläser nehmen. Ich litt viel an heftigem Kopfschmerz und Nervosität, aber keine Medizin konnte mir helfen. Schon am dritten Tage nach Beginn Ihrer Behandlung fühlten sich meine Augen bedeutend besser. Ich konnte schon ein paar schwächere Brillen benutzen, die ich vor einigen Jahren fortgelegt hatte. Nachdem ich alsdann einige Wochen lang Ihre Massage-Methode fortgesetzt hatte, konnte ich meine Brille ganz entbehren und gebrauche sie jetzt nur noch, wenn ich ganz kleinen Druck lesen muß. Selbst dann sind sie eigentlich gar nicht notwendig, und ich bin überzeugt, in einem Monat werde ich auch dies nicht mehr tun. Außerdem hat sich mein Kopfschmerz und meine Nervosität gelegt. Mein Arzt ist für Ihre Methode ganz begeistert und gibt unumwunden zu, daß meine Schmerzen sicher durch den schlechten Zustand meiner Augen verursacht waren. Ich bin ganz glücklich, Ihre Methode angewendet zu haben; sie hat mir bereits manche glückliche Stunde verschafft, denn nicht nur die Kopfschmerzen usw. waren es, sondern ich hatte eine beständige Furcht, noch einmal blind zu werden.

Ihr dankbarer

Josef Sattler.

Er wird bald blind sein.

Jeder, der Augengläser oder eine Brille trägt oder dessen Augen nicht ganz tadellos sind, sollte sich sogleich das interessante Büchlein kommen lassen, das die Gesellschaft, deren Direktor ich bin, soeben veröffentlicht hat und das gratis versendet wird. Es bereitet denen wahren Sonnenschein, die früher den Wert einer richtigen Augenmassage nicht kannten. Es ist dies keine Kurpfuscherei. Die Methode ist auf vernunftgemäßen Lehren basiert und entspricht den neuesten Forschungen. Der Erfinder kann wahrlich als Feind der Augengläser bezeichnet werden. Er sagt, Augengläser sind nichts als Krücken für die Augen. Man braucht diese ebensowenig, wie ein fauler, schwacher oder müder Mann gleich Krücken zu tragen braucht. Er behauptet ferner, daß fast ein jeder, der eine Brille trägt, sie müßte entbehren können, und erklärt den Grund hierfür in eben genanntem Büchlein.

Ein wertvolles Buch gratis.

Dieses lehrreiche Buch, das sehr populär geschrieben ist, wird gratis und franko an jeden verschickt, der auf einer Postkarte darum bittet. — Zuschriften sind zu richten an:

J. Allwermann Berlin S. 42

Haus Nr. 861.

Cabaret Troubadour

Schweidnitzer Keller

Galeriestraße 4.

Täglich: Grosse Cabaret-Vorstellung.

Anfang wochentags 5 Uhr, Sonn- und Festtags 4 Uhr.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Miekten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten. Raum bis 120 Personen. Asphaltkegelbahn Freitag u. Sonnabend frei. Achtungsvoll **Watzke.**

Geschäfts-Uebernahme.

Allen Freunden, Bekannten und Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Restaurant Ehrlichstr. 8

vorm. **Reinhold Geissler,** käuflich übernommen habe. Ich bitte, das mir früher geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch auf diesen neuen Wirkungskreis übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Anna verw. Herzog**

früher Restaur. Deutscher Reiter, Dresden-N., A. d. Dreikönigskirche 6.

Trinkt

Dresdner

Felsenkeller-

Biere!

Curt Wilkerling, Pieschen, Mohnstr. 2.

Tischler- und Polstermöbel in großer Auswahl. Lieferung ganzer Ausstattungen, auch auf Teilzahlung. Umarbeitung sämtlicher **Polstermöbel. Grosses Stuhl- u. Spiegellager.** Reelle Bedienung.

Paul Kaden, Dr.-Pieschen, Torgauer Str. 33

Wäsche, Manufaktur- und Modewaren

Feine Herren-Wäsche; **täglich** Eingang moderner Krawatten. **Anfertigung** von Schulturnanzügen, **Bekleidung für Turner u. Turnerinnen.**

Arzenei- und operationslose Behandlung

von **Frauenleiden,** Vorf., Hartleib., Kopfschmerz, Krampfaderl., Beinschäd. 2c. **Thure-Brandt-Massage.** Langjährige erfolgr. Praxis. Hausbesuche Schwerkranker.

Konstanze Ripberger

Naturheilkundige, früher Dresden u. Weißer Hirsch, jetzt: **Oberwartha** bei Coßebaude (nahe Osterberg), Dorotheenstr. Montag, Mittwoch, Freitag 3—5 U. Berück. wenig Bemittelter.

Rover.

neu	von M.	48.— an
gebr.	„ „	10.—
Mäntel	„ „	1.85 „
Schläuche	„ „	1.75 „
Pedale	„ „	1.45 „
Ketten	„ „	1.15 „

Sämtliche Ersatzteile spottbillig.

Reparaturen, Vernickeln, Emaillieren, Löten usw. konkurrenzlos bei

Hugo Spreer, Bautzner Str. 33 neben Ballhaus.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 2.— M. an, **Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. hygien.**

Frauen-Artikel

Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

37 Am See 37

Ecke Dippoldiswalder Platz.

Man achte auf die Firma.

Ein **Kinderwagen** billig zu verkaufen **Wickten,** Lößnitzstraße 20.

Sofas, gut gepolstert, von 35—60 M.

Garnitur von 30 M. an.

Chaiselongue 22 M.

Starer

Wilsdruffer Str. 33, I.

Globus Putzextrakt

ist der **beste sparsamste** und deshalb **billigste** Metall-Putz der Welt.

Herren-Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei

E. Köhler, An Ecke 13.

Kinderwagen billig zu verkaufen **Tharandter Strasse 46, I. b. Kuhne.**

Naturheilverein Schmiedeberg u. U.

Donnerstag, 13. Mai, abends 8 Uhr

Grosser Vortrag

im **Gasthof Schmiedeberg.**

Herr Naturheilkundiger **Herm. Wolf,** Deuben, spricht über:

Nervenleben — Nervenleiden.

Die Vielseitigkeit des gestellten Themas verspricht einen interessanten Abend. **Gäste herzlich willkommen.** Eintritt frei.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein **Der Vorstand.**

Schenke z. Wilddieb

Güterbahnhofstr. 18.

Renoviert. — Blumengrotte. Feine Bedienung.

Restaur. Domsch

Papiermühlengasse 2.

Jeden Mittwoch:

gr. Schlachtfest.

Mutterspritzen

Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe und alle **Hygienischen**

Frauenartikel

Preis-Liste gratis u. diskret.

Rich. Freisleben

Postplatz.

Man achte genau auf Firma, da auf diese Annonce **Rabatt.**

Gute Plüschsofas 35 u. 50 M., Stühle, Stoffsofas 15 u. 20 M., Ausziehtisch, Trumeaus 28 M., gr. Spiegel 8 M., Vertiko, Schrank, Kommode, Bettst., Matr. 10 u. 15 M., Wasch- u. Nähtisch, Küchenschrank u. -tisch, Stehtisch 8 M., billig zu verk. **Weißegasse 4, I.**

Hutblumen

und Ranken von 30 Pf. bis 4 M. **Kleine Brüdergasse 8, 1.**

Meine Uhr

geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu

H. Lorenz

nur Schöffergasse Nr. 4 neben Herzfeld

vom Altmarkt aus rechte Seite

wo man alle Uhren gut und billig repariert. **Preisangabe sofort. Neue Uhren billigst.**

Trauringe in grosser Auswahl

und in allen Preislagen.

Bitte auf die Firma genau zu achten.

K. Dittrichs Kinderwagen

Sport-, Sitz- u. Liegwagen sind vorhanden. Viel billiger wie in Laden oder in großen Konkurrenz-Reklamegeschäften. Jahre Überzeuge sich vor Ankauf.

Liliengasse 8, pt.

zunächst d. Postplatz u. Am See.

Anzüge

herrschaftl., wenig getr., von 10 M. an, Sommerüberzieher v. 6 M. an, Jackett-, Rock- u. Frackanzüge, Hosen u. Schuhwerk in gr. Auswahl kauft man billigst **Breite Straße 12, 2. l. Eingang.**

Wer borgt Parteigenossen auf kleines Hausgrundstück 800 M. 2. Hypothek, 5 proz. Verzinsung, innerhalb der Brandkasse stehend (nach Erbschaftsregulierung). Offerten bitte unter **E. E.** i. d. Dr. Volksztg. abzugeben.

Gesucht an jedem Ort

Leute auch Frauen, welche Lust, erstkl. hocheleg. Artikel übern. Hoher Verdienst. Auch lohn. Nebenerwerb. Auskunft vollst. gratis und frank. **Herm. Wolf, Zwickau Sa.,** Postfach 8.

Geübte Ballearbeiterinnen

einige gewandte Arbeiterinnen sowie Lehrmädchen sucht ins Haus

M. Schaffrath, Konfekt- u. Früchtefabrik, Neustadt i. S.

Näheres durch Frau O. Roth, Heidenau, Karolastraße 6.

Kufeke

-Kindernahrung

-Krankenkost

Tausendfach bewährte Nahrung bei:

Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Schwepnitz

Wir suchen per sofort für Schwepnitz und Umg. zum Vertrieb der **Dresdner Volkszeitung** sowie unserer sonstigen Literatur einen tüchtigen und zuverlässigen

Kolporteur.

Reflektierende wollen ihre Mitteilung umgehend an unsere Expedition, Dresden-A., Zwingerstraße 21, gelangen lassen.

Expedition der Dresdner Volkszeitung.

Eine angesehene **Zigarren-Fabrik** sucht für Dresden einen tüchtigen, jüngeren

Werkmeister

bei sehr guter Bezahlung. Absolut solide, energische Zigarrenmacher nicht ausgeschlossen.

Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Alter usw. unter **H. H. 23** an die Exped. d. Ztg.

Am 9. Mai, nachmittags 3½ Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau **Henriette Voigt geb. Schneider.**

Schmerzerfüllt zeigt dies hierdurch an

Ockerwitz, den 10. Mai 1909.

Ernst Voigt, zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 12. Mai, nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, des Herrn

Karl Donath

sagen wir allen lieben Freunden, Bekannten, Kollegen, den Vereinen sowie seinen Mitarbeitern und dem Personal der Firma Mitz & Co. für das letzte Geleit unsern herzlichsten Dank.

Leuben, den 10. Mai 1909.

Die tieftrauernde Witwe nebst Kindern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden-Reugruna. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden. Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106. | Dresden, Dienstag den 11. Mai 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Das neue Feld- und Forst-Strafgesetz.

Eine Probe agrarkonservativer Gesetzgebung.

II.

Der § 14 ist dem § 19 durchaus ebenbürtig. Er lautet:

Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 123 des Strafgesetzbuchs und des § 18 dieses Gesetzes

1. ein Grundstück dem Verbote des Berechtigten zuwider unbefugt betritt,
2. wenn er ohne Befugnis auf einem Grundstücke verweilt, es auf die Aufforderung des Berechtigten nicht verläßt.

In den Fällen der Nr. 1 tritt Straflosigkeit ein, wenn der Täter oder Teilnehmer ohne sein Verschulden keine Kenntnis von dem Verbote besitzt.

Dieser Passus, der das Spazierengehen im Walde unter Umständen zu einer strafbaren Tat macht, ist erst von der Ersten Kammer in das Gesetz eingefügt und von der konservativen Mehrheit des Dreiklassenparlaments mit schmunzelndem Behagen akzeptiert worden. Und auch hier war die konservative Mehrheit eifrig darauf bedacht, jede Milderung abzuwenden. Es fiel daher auch der Antrag des Abgeordneten Döphel, der nur dann eine Bestrafung zulassen wollte, wenn ein Grundstück „wissentlich" dem Verbote zuwider betreten worden ist. Mit welchen Argumenten die agrarisch-konservative Clique kämpfte, um den Passus gegen die Spaziergänger durchzusetzen, sei nur durch eine Probe aus einer Rede des Abgeordneten Opitz beleuchtet, der unter anderem betonte:

Ein mir benachbarter Besitzer großer Wälder hat auf diesem Gebiete so schlechte Erfahrungen gemacht, daß er erklärt hat, er gehe tatsächlich Sonntags deshalb nicht vom Hause weg, weil er seinen Sonntag — das ist ja die Gelegenheit, wo sich die städtische Bevölkerung in den Wald ergießt — sicher sei, daß nicht Brände in seinem Walde entstehen.

Mit solchen Schauergeschichten operierte man ernstlich, um den wahrhaft volksfeindlichen Passus durchzudrücken, der eine Handhabe zu den ärgsten Schikanen gegen die erholungsbedürftige Bevölkerung bietet.

Setzt jetzt ein Spaziergänger den Fuß in einen Wald, macht er sich strafbar, wenn das Betreten dieses Waldes verboten war, das heißt, wenn in irgend einem Amtsblatte ein solches Verbot von dem Besitzer des Waldes bekannt gemacht worden ist. Die Ausrede, von diesem Verbote habe er nichts gewußt, nützt dem Spaziergänger nichts, es sei denn, daß er nachweist, daß er ohne sein Verschulden von dem Verbote keine Kenntnis erlangt habe. Wie soll er aber dafür den Nachweis antreten? Man wird in Zukunft einige Jahrgänge der Amtsblättchen einer Gegend genau studieren müssen, ehe man einen Spaziergang im Wald wagt. Aber auch dann ist noch niemand sicher vor einer Strafung. Wenn er auch glücklich die verbotenen Wälder seitab und meidet; im Walde, wo sich die Grenzen zwischen den einzelnen Besitzungen gar nicht feststellen lassen, kann er doch wider Willen auf verbotenes Gebiet kommen und dadurch in Strafe fallen.

Zu Schikanen verschiedener Art bietet auch der § 20 des Gesetzes eine Handhabe. Demnach wird bis zu 60 Mark Geldstrafe oder bis zu zwei Wochen Haft bestraft, „wer in einem Walde außerhalb eines ihm gestatteten Weges mit einem Werkzeuge, ausgenommen zum Fällen, Roden, oder Beschädigen des Holzes oder zum Bringen von Moos oder Gras, oder mit einem Geräte, das zum Sammeln oder Wegschaffen von Holz oder anderen Walderzeugnissen seiner Beschaffenheit nach bestimmt ist, betroffen wird, ohne einen erlaubten Zweck nachweisen zu können."

Hier hat man die **Verdachtsstrafe**, die man sonst glücklich aus dem Strafrecht beseitigt hat, wieder aufleben lassen. Ein Arbeiter, etwa ein Zimmermann, der mit seinem Werkzeug, von der Arbeit kommend, durch einen Wald geht und vielleicht die Gelegenheit benutzen will, sich neben den gestatteten Wegen nach Pilzen umzusehen, macht sich strafbar, unter Umständen muß er vier Wochen in Haft. Das sollte man nicht für möglich halten: Unter der Herrschaft der konservativen Polizei ist eine solche Bestimmung aber doch Gesetz geworden.

Der neue Entwurf enthielt auch ein besonderes Pfändungsrecht. Nach der Regierungsvorlage sollte auch das mittelalterliche Personenpfandrecht von neuem eine Auferstehung feiern. Es war nämlich in § 39 bestimmt, daß, wer auf einem Grundstück betroffen wird, ohne daß ihm ein Recht zum Betreten zusteht, durch Abnahme von Sachen gepfändet werden kann. Die Deputation hatte den Passus gestrichen, die agrar-konservative Gruppe wollte ihn aber wieder aufgenommen haben. Doch blieb sie diesmal, da ihr nicht alle Konservativen folgten, in der Minderheit.

Aus den obigen Andeutungen geht hervor, daß dieses Feld- und Forstdiebstahlsgesetz eine wahre Musterleistung einer agrarischen und volksfeindlichen Gesetzesmacherei ist. Nur um die Privatinteressen der Waldbesitzer, zumeist der größten Agrarier, besonders zu schützen, ist ein Gesetz geschaffen worden, das eine Gefahr für die Allgemeinheit, besonders für alle Spaziergänger, für alle Erholungsbedürftigen ist, die Gesundung im Walde suchen. Der Volksgesundheit muß durch ein solches Gesetz schwer Schaden zugefügt, kleinlicher Bosheit gegen die erholungsbedürftige Menschheit müssen hundert Schliche eröffnet werden.

Ein freisinnig-nationalliberales Wahlbündnis.

Die Freisinnigen in Dresden sind offensichtlich bemüht, den Block wenigstens teilweise auch für die kommenden Landtagswahlen herzustellen; sie streben ein Bündnis mit den Nationalliberalen an. Auswärtigen Zeitungen wird darüber aus Dresden berichtet:

„Der Verein der Freisinnigen Volkspartei zu Dresden veranstaltete eine Versammlung, um über die Stellung zu anderen Parteien bei den kommenden Landtagswahlen zu beraten. Die Nationalliberale Vereinigung hatte sich gewillt gezeigt, bei der Bearbeitung und Besetzung der Dresdener Wahlkreise mit der Nationalliberalen Partei in Unterhandlung zu treten.

Nach einer längeren Aussprache, in der mehrfach Bedenken gegen ein solches Zusammengehen, das gewissermaßen als ein Kompromiß zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen bezeichnet wurde, geäußert wurden, da ein derartiger Beschluß vor das Forum der Landesversammlung gehöre, beschloß die Versammlung, mit der Nationalliberalen Partei in Unterhandlung zu treten. Es sollen von der Freisinnigen Volkspartei zwei städtische Wahlkreise, wenngleich auch die Einteilung der einzelnen Wahlkreise nach dem neuen Wahlrecht immer noch nicht erfolgt ist, in Anspruch genommen werden, und zwar Dresden-Johannstadt und Dresden-Altstadt. In aussichtslosen Wahlkreisen sollen eigene Kandidaten nicht aufgestellt werden. Ueber die Kandidatenfrage selbst kam die Versammlung noch zu keinem definitiven Endresultat. Wahrscheinlich wird aber in einem der Dresdner Wahlkreise der Stadtverordnete Bezirksschullehrer Beck kandidieren. Ueber die grundsätzliche Haltung der Partei bei den Wahlen wird die am 22. und 23. Mai in Leipzig stattfindende Hauptversammlung beschließen. Auf ihr wird ferner Professor Dr. Rahn folgende Anträge vertreten: Einführung eines Zentral-Arbeitsnachweises im Königreich Sachsen, Sicherstellung der in ehrenamtlicher Stellung befindlichen Arbeiter im Staatsbetriebe und Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbe-Inspektion."

Danach liegt also die Sache offensichtlich so, daß die Freisinnigen ein Bündnis mit den Nationalliberalen herbeisehnen. Es fragt sich nur noch, ob die Nationalliberalen dazu Neigung haben. Das ist aber sehr fraglich, denn die Dresdner Freisinnigen haben sehr wenig als Gegenleistung zu bieten, wenn sie eine „sichere" Kandidatur in einem Kreise und Unterstützung der Nationalliberalen hierfür beanspruchen sollten. Das aber ist offenbar der Zweck des freisinnigen Kuhhandels.

Für die Fraktion Günther-Beck ist die ganze Geschichte im höchsten Maße blamabel. Offen tritt dadurch zutage, daß ihr bisher zur Schau getragener Radikalismus nur Theaterdonner war. Im andern Falle würden sie sich nie mit einer Partei fusionieren wollen, die dem sächsischen Volke das Pluralwahlunrecht mit beschert hat.

Die Meinungsfreiheit der Postbeamten.

Bei einer Fahnenweihe des Vereins der Postunterbeamten und Telegraphenarbeiter in Reichenbach hielt ein Pastor Uhlmann die Weiherede; er ging dabei sogar soweit, die Lohnbewegung unter den Pariser Post- und Telegraphenbeamten als eine — „Schande" zu bezeichnen. Nach ihm kam ein bayrischer Postbeamter, der mit einigen anderen die Feier als Gast besucht hatte, auch auf die Wichtigkeit der Organisation der Postunterbeamten zu sprechen und forderte die Anwesenden auf, sich dieser Organisation anzuschließen. Dieses Thema ging jedoch dem Ehrenvorsitzenden der Feier, einem Reichenbacher Postdirektor, über die Hutschnur und er unterbrach den bayrischen Redner mit der Bemerkung, daß dieses Thema nicht zu der Feier gehöre und deshalb auch nicht besprochen werden dürfe. Diese Unterbrechung war den Zuhörern selbstverständlich unangenehm, zumal die meisten von ihnen eine solch offene Sprache von einem Beamten noch nicht gehört hatten, und man zollte dem bayrischen Kollegen ob seines Mutes lebhaften Beifall. Die bayrischen Postbeamten verließen jedoch ob dieser recht zweifelhaften Gastfreundschaft den Saal. — Hieraus ist aber klar ersichtlich, wie traurig es mit dem freien Meinungsaustausch unter den sächsischen Beamten bestellt ist. Der „kühne Bayer" galt den armen sächsischen Postbeamten als ein — wahres Wundertier! Bemerkenswert ist auch, daß der Pastor die Pariser Kollegen ungemaßregelt beschimpfen durfte, während eine Aufforderung zum Zusammenschluß der Postbeamten als anstößig gerügt wurde. Und die Postbeamten ließen diese Bevormundung auch über sich ergehen.

Die Ausführungsverordnung für das Pluralwahlunrecht

soll nach der Mitteilung eines Dresdner Blattes in den letzten Wochen im Ministerium des Innern fertiggestellt und auch bereits vom Grafen Hohenthal unterzeichnet worden sein, so daß das Gesetz mit den Ausführungsbestimmungen voraussichtlich bereits in der nächsten Woche veröffentlicht werden dürfte. Ebenso wird in den nächsten Tagen ein erläuternder Artikel über die Handhabung des neuen Wahlgesetzes für die Behörden, Wahlvorsteher und Wahlkommissare in den beiden Regierungsblättern Dresdner Journal und Leipziger Zeitung erscheinen.

Eine Erklärung für die Reform des Religionsunterrichts

wird in Leipziger Zeitungen veröffentlicht. Der Zweck der Kundgebung, die mit gegen 2000 Unterschriften von Gelehrten, Beamten und Angehörigen anderer Berufe versehen ist, soll sein, die Lehrer in ihrem Kampfe für die bekannten Zwickauer Thesen zu unterstützen. Die Erklärung lautet:

„Den sächsischen Volksschullehrern, die in Zwickau mit seltener Einmütigkeit für eine Reform des Religionsunterrichts eingetreten sind, sprechen wir hiermit öffentlich unsere warme Sympathie aus.

Auch wir wollen, daß die christliche Religion ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand der Volksschule bleibt und wben das höchste Ziel des Religionsunterrichts darin, die Gesinnung Jesu in den Kindern lebendig zu machen. Auch wir, teilweise Eltern evangelischer Schulkinder, wollen, daß in den gesetzlichen Bestimmungen das Recht unserer Lehrer zum klaren Ausdruck kommt, Inhalt und Methode des Religionsunterrichts diesem Ziele anzupassen.

Insbesondere fordern wir im Interesse einer einheitlichen Geistesbildung und Charakterbildung unserer Jugend, daß auch der Religionslehrer in der Berücksichtigung der wissenschaftlichen Forschung innerhalb des seitgesetzten Lehrplans seinem pädagogischen Gewissen unbehelligt folgen darf, und finden es dem Wesen der Kindesseele allein angemessen, daß der Religionsunterricht von solchen Bildungsstoffen, in denen dem Kinde religiöses und sittliches Leben anschaulich entgegentritt, ausgeht und auf sie das Hauptgewicht legt und nicht auf dogmatische Formulierungen.

Weiter verlangen wir, daß es dem Volksschullehrer freistehe, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen.

Endlich begreifen wir das Streben der Lehrer nach Befreiung von der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen und setzen in unsere Lehrerschaft das Vertrauen, daß sie auch ohne eine solche ersprießlichen Religionsunterricht erteilen wird."

Das ist im Grunde eine Kundgebung für jene Halbheit, die der ganzen Bewegung der Lehrer für die Reform des Religionsunterrichts anhaftet.

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen.

In einer am gestrigen Sonntag in Treuen abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 22. Reichstagswahlkreis wurden für die fünf für diesen Wahlkreis in Betracht kommenden Landtagswahlkreise folgende Kandidaten für die sozialdemokratische Partei proklamiert: Für den 21. städtischen Landtagswahlkreis (Reichenbach-Kirchberg) Parteisekretär Robert Findewirth in Reichenbach; für den 22. städtischen Wahlkreis (Mylau-Netzschkau) Konsumvereinsgeschäftsführer Franz Rohleder in Eisterberg; für den 41. ländlichen Wahlkreis (Reichenbach-Land) Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes Gustav Zwahr in Kirchberg; für den 43. ländlichen Wahlkreis (Auerbach-Land) Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes Max Winkler in Reichenbach; für den 48. ländlichen Wahlkreis (Landbezirke Reichenbach und Auerbach) Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes Hugo Rödel in Plauen. — Für den 15. städtischen Wahlkreis (Glauchau-Lichtenstein-C.) haben die Parteigenossen den Stadtverordneten Genossen August Wilde in Glauchau aufgestellt.

Einen Rückgang des Viehbestandes

hat die letzte Viehzählung in Sachsen ergeben. Es wurden ermittelt am 2. Dezember 1908: 170 692 Pferde, 720 603 Rinder, 637 748 Schweine, 64 162 Schafe und 136 414 Ziegen bei 174 623 Viehbesitzern im Königreich Sachsen. Dagegen wurden gezählt am

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen
2. Dezember 1907	171 518	731 159	66 039	743 306	144 832
1. Dezember 1906	169 832	707 436	63 669	707 365	138 493
1. Dezember 1904	167 973	683 771	61 863	639 818	128 711
1. Dezember 1900	166 730	688 953	74 628	576 953	139 796

Bei den Pferden ist sonach die Abnahme nur unbeträchtlich, mehr fällt sie schon bei den Rindern ins Auge, doch wird der Stand von 1906 noch weit überschritten. Die bereits seit Jahrzehnten beobachtete Rückwärtsbewegung in der Schafhaltung hatte im Jahre 1904 einen Stillstand erfahren, und man konnte bei den beiden letzten Zählungen sogar eine Vermehrung der Stückzahl konstatieren. Diesmal ist jedoch wiederum, mit Ausnahme des Verwaltungsbezirks Leipzig, ein Rückgang zu verzeichnen. Ein ziemlich erheblicher Ausfall zeigt sich bezüglich der Schweine, deren Zahl sogar hinter der Zählung von 1904 zurückbleibt.

Nachrichten aus dem Lande.

Posta. (Telephonische Meldung.) Im Schmidtschen Steinbruche in der Herrenleithe verschüttete eine zu zeitig hereinbrechende Wand einen Arbeiter. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Brand. Schwer verunglückt ist am Sonntag nachmittag der hier beschäftigte Kistenbauer Uhlig. Er stürzte in Berthelsdorf mit dem Rade so unglücklich, daß er, am Kopfe schwer verletzt, besinnungslos liegen blieb. Er wurde mit Geschirr nach Brand gebracht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Gablenz bei Krimmitschau wurde in einer Düngergrube des Rittergutes der Leichnam eines neugeborenen Kindes gefunden. Die unnatürliche Mutter desselben, eine ledige Arbeiterin mit Namen Wozniak, die heimlich geboren hatte und ihr Kind auf diese Weise beiseite geschafft hatte, wurde in das Amtsgericht eingeliefert. — Durch das Automobil der Firma Körner u. Nammensee wurden auf der Landstraße von Greiz nach Fraureuth die beiden 10 bezw. 11 Jahre alten Kinder des Webers Ludwig in Reudnitz bei Greiz überfahren und schwer verletzt. Der Chauffeur Treuter aus Greiz ließ die Kinder liegen und versuchte mit seinem Automobil zu entkommen. Dabei fuhr er gegen einen Baum, wodurch der Wagen defekt wurde. Der Chauffeur wurde verhaftet. Von einem aus Leipzig kommenden Automobil wurden die Kinder zu einem Arzte gefahren. — Der aus Langgrün bei Geyer stammende Viehhändler Müller wurde im Hause Hegelstraße 15 in Plauen tot aufgefunden. — Der auf Neundorf bei Schleiz gebürtige Schlosser Wockel wurde am Elsterufer in Plauen mit einer Schußwunde im Kopf ebenfalls tot aufgefunden. — Am Sonntag abend gegen ½11 Uhr verließ der Techniker Stiebler mit zwei Personen das Etablissement Ritterhof in Mittweida, um sich nach Hause zu begeben. In der Nähe des Restaurants Hottestelle wurden die drei von mehreren Radfahrern überholt. Im Vorbeifahren schlug einer der Radfahrer den Techniker Stiebler auf den Kopf. Hierbei verlor der Radfahrer das Gleichgewicht und kam zum Stürzen, während die anderen weiterfuhren. Stiebler verletzte nun dem Radfahrer für seinen Angriff eine Tracht Prügel. Schließlich entwand sich der Radler den Händen seines Gegners und flüchtete in der Richtung nach dem Ritterhof zu, dabei Rad und Mütze am Kampfplatze zurücklassend. Stiebler setzte dem Flüchtigen nach; plötzlich wandte sich letzterer um und gab einen Revolverschuß auf den Techniker ab. Stiebler wurde in die Brust getroffen — die Verletzung ist leichter Natur — und ist dann mittels Krankenwagens nach seiner Wohnung gebracht worden. Das von dem noch unermittelten Revolverhelden benutzte Rad war von einem Mittweidaer Fahrradhändler geliehen. — Das aus Plauen gebürtige, in Mylau in Diensten stehende Dienstmädchen Frida E. wollte sich am Montag vor den Augen zahlreicher Passanten bei Mylau von der Göltzschtalbrücke (Die bekannte große Brücke der Linie Leipzig—Hof, die von den Lebensmüden des Vogtlandes mit Vorliebe benutzt wird. Die Red.) herabstürzen. Ein Bahnarbeiter konnte das Mädchen noch fassen, es mußte mit Gewalt von der Brücke entfernt werden. Der Vorgang erregte großes Aufsehen. — Am Sonntag nachmittag wurde in Kesselsdorf ein sechzehnjähriger Radfahrer durch ein Automobil aus Leipzig überfahren und getötet. Das Automobil hatte angeblich die Nummer III 1712. Der Inhaber ist jedoch noch nicht ermittelt. Der Ueberfahrene war bei einem Bäckermeister in der Lehre und wollte seine Eltern besuchen. Er war sofort tot. — Die 41 Jahre alte Ehefrau des in Stötteritz bei Leipzig wohnhaften Steindruckers Pieper, die schon längere Zeit leidend war, übergoß am Sonnabend, nachdem ihr Mann auf Arbeit gegangen war, ihre Kleider mit Spiritus und setzte sie dann in Brand. Im Nu stand die Frau in Flammen. Auf ihre Hilferufe eilten die Nachbarn herbei, die ihr die brennenden Kleider vom Körper rissen und dann den in der Nähe arbeitenden Mann verständigten. Die Frau, die die Tat beging, weil sie glaubte, in einer Heilanstalt untergebracht zu werden, erlitt äußerst schwere Brandwunden am ganzen Körper. — Unweit des Bahnhofes Kupferhammer-Grünthal wurde am Sonnabend nachmittag eine Frau aus Böhmisch-Katharinenberg von einer Lokomotive erfaßt, als sie Geschirren ausweichen wollte. Die Unglückliche erlitt schwere Verletzungen am linken Fuße und außerdem Kontusionen am Kopf und den Armen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik.

Auch eine Totenfeier.

Am 9. Mai war es ein Jahr, daß der von dem Baumeister Schring in Charlottenburg im Auftrag der Stadtgemeinde Görlitz aufgeführte Musikhallen-Neubau in Görlitz einstürzte und unter seinen Trümmern eine Anzahl der auf diesem Bau beschäftigten Stukkateure und Arbeiter begrub. Von den Verschütteten waren drei Dresdner Stukkateure und zwei Görlitzer Arbeiter durch die eisernen Teile erschlagen worden. Verschiedene noch mit verschüttete Stukkateure hatten mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten und waren sämtlich noch am Unfalltage aus den Trümmern von den Hilfskolonnen befreit und nach dem Stadtkrankenhause Görlitz gebracht worden. Die tödlich verunglückten Stukkateure Luis Engmann, Artur Fleischer und Ernst Zopf wurden am 16. Mai 1908 auf hiesigem St. Paulifriedhof gemeinsam bestattet.

Die hiesigen Kollegen der Verstorbenen, die alle drei tätige Partei- und Gewerkschaftsgenossen waren, haben gestern durch eine schlichte Feier den Hinterbliebenen einen Denkstein übergeben. Um 1 Uhr mittags hatten sich einige Hundert Personen auf dem St. Paulifriedhofe an der gemeinsamen Grabstätte eingefunden. Neben den Angehörigen waren die Berufskollegen der Verunglückten fast vollzählig erschienen, ebenso eine größere Anzahl Parteigenossen.

Der Gesangverein der Bildhauer und Stukkateure leitete die Feier durch den Gesang des Liedes: „Stumm schläft der Sänger", würdig ein. Genosse Buck, ein Berufskollege der Verstorbenen, wies in einer warm empfundenen Ansprache auf das tragische Geschick hin, das die drei Kollegen, die mit zu den Besten zählten, entrissen hat. Das schlichte Denkmal, das den Angehörigen übergeben wurde, solle ein Zeichen der Dankbarkeit sein, die den Verstorbenen für ihre kollegiale Tätigkeit geschuldet ist. Ein Mahnstein dafür, daß die Förderung des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter immer wieder laut und deutlich erhoben werde und daß immerdar das, wofür die Verstorbenen in idealer Begeisterung und aus Ueberzeugung kämpften, erreicht werde. — In der Blüte des Lebens, 37, 34 und 32 Jahre waren die Verunglückten alt, mußten sie ihr Leben lassen, nachdem sie kurz vorher gemeinsam mit ihren Dresdner Kollegen einen vierwöchigen Streik durchgeführt hatten.

Der Gesang des Liedes „Schlummre sanft!" beendete die Feier, die Zeugnis davon ablegte, daß am 9. Mai, als die Dresdner Arbeiterschaft die Gefallenen von 1849 ehrte, auch die auf dem Felde der Arbeit Gefallenen nicht vergessen waren. Die Friedhofsverwaltung hatte auf ein Gesuch die Abhaltung einer kurzen Gedächtnisfeier gestattet, die Verwaltung des Stukkateurverbandes hatte mit Rücksicht darauf, daß von der Friedhofsverwaltung dem Gesuchsteller eröffnet war, daß aller durch Ansammlung einer größeren Menschenmenge an den Gräbern und sonstigen Friedhofsanlagen entstehende Schaden von dem Gesuchsteller zu ersetzen sei, die öffentliche Bekanntgabe der Gedächtnisfeier unterlassen.

Der an dem Einsturz des Musikhallen-Neubaues Schuldige ist von der Staatsanwaltschaft noch nicht ermittelt worden. Wir sind begierig darauf, ob und wann es werden wird, denn die überlebenden Stukkateure, die durch den Einsturz auch noch einen bedeutenden Sachschaden gehabt, wollen von dem Schuldigen den Schaden ersetzt verlangen, der ihnen durch Verlust und Beschädigung ihres Werkzeuges entstanden ist.

Das Dresdner Arbeitersekretariat

besuchten im Monat April 1909 an 24 Auskunftstagen 1022 Personen, die insgesamt 1067 Fragen resp. Aufträge vorbrachten, so daß auf einen Tag 42,5 Besucher entfallen. Von den 1067 Fragen wurden 146 schriftlich erledigt. Die Auskünfte verteilen sich auf folgende Gebiete: Arbeiterversicherung 250, Dienstvertrag, Gewerbe- und Gesinderecht 143, bürgerliches Recht 337, Strafrecht 77. Unter den Besuchern sind verzeichnet 152 weibliche, organisiert waren 841, nicht organisiert 181, darunter 72 Ehefrauen, 24 Witwen, 18 Invaliden, 20 Selbständige, 11 Dienstboten, 5 Lehrlinge, 10 Korporationen usw., 10 Arbeiterinnen, 11 Sonstige. Auf die einzelnen Gewerkschaften entfallen: 225 Metallarbeiter, 90 Holzarbeiter, je 55 Fabrikarbeiter und Zimmerer, 53 Maurer, 51 Bauarbeiter, 33 Transportarbeiter, 26 Gemeindearbeiter, 21 Maler, 16 Buchdrucker, je 15 Bäcker und Konditoren, Brauereiarbeiter und Schuhmacher, je 13 Lithographen und Steindrucker und Schmiede, 11 Buchbinder, 10 Druckereiarbeiter, 9 Hutarbeiter, je 8 Glasarbeiter, Maschinisten und Heizer, Steinarbeiter und Tabakarbeiter, je 6 Schneider und Töpfer, je 5 Gärtner und Kupferschmiede, je 4 Bildhauer, Dachdecker, Sattler und Stukkateure, je 3 Blumenarbeiter, Böttcher, Glaser, Hafenarbeiter, Handlungsgehilfen, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, Tapezierer und Textilarbeiter, je 2 Barbiere, Gastwirtsgehilfen, Hoteldiener, Kürschner und Mühlenarbeiter, je 1 Bergarbeiter, Büreauangestellter, Fleischer, Lagerhalter, Polierer, Steinsetzer, Zigarrensortierer und Musiker.

In Dresden wohnten 791, in 111 Orten der näheren und weiteren Umgebung 235 Besucher resp. Anfragende, davon in Coschütz 11, Potschappel und Radebeul je 8, Gorbitz und Gittersee je 7, Heidenau, Mügeln, Niedersedlitz je 5, Zschachwitz und Zschieren je 4, Blasewitz und Stetzsch je 2. Persönliche Vertretung von Besuchern resp. Auftraggebern erfolgte 9mal, und zwar 5mal vor dem Schiedsgericht, 2mal Gewerbegericht und je 1mal Landesversicherungsamt und Kreishauptmannschaft.

Das Sekretariat ist werktäglich geöffnet von 11 bis 1 und von 5 bis 7 Uhr. Die Besucher sollen diese Zeit beachten und bei jedem Besuche die auf den vorgebrachten Fall bezüglichen Schriftstücke, als Bescheide, Strafverfügungen, Urteile, Steuerzettel, Mietverträge, Statuten, Arbeitsordnungen usw. mitbringen bez. einsenden und bei auswärtigen Anfragen Rückporto beilegen. An Dresdner Einwohner wird in der Regel briefliche Auskunft nicht erteilt.

Wünsche und Beschwerden in bezug auf das Arbeitersekretariat sind an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Herrn Richard Hiekmann, Rabenauer Straße 25, 1., zu richten.

Aerztliche Untersuchung der Schulkinder.

Es wird berichtet: „Herr Dr. med. Hofmann hat im vergangenen Jahre in den hiesigen Volksschulen 490 Kinder der zwei jüngsten Jahrgänge untersucht und festgestellt, daß von diesen 490 Kindern nicht weniger als 102 Geschwister gestorben waren. Im Einklange mit dieser hohen Kindersterblichkeit stehen die Angaben über die Art der Ernährung im ersten Lebensjahre. Von 490 Müttern haben 167 (34 Proz.) nicht einen Tag ihre Kinder gestillt, und nur 57 haben solange gestillt, als es vor ein bis zwei Menschenaltern selbstverständlich war." — Die Notiz bezieht sich auf Aue im Erzgebirge. In Dresden lehnte man kürzlich einen sozialdemokratischen Antrag auf umfassende ärztliche Untersuchung der Schulkinder ab. Dafür ist Dresden auch die größte und die Hauptstadt des Landes.

Ein gemeiner „Scherz".

Am Sonntag befand sich in den Dresdner Neuesten Nachrichten folgendes Inserat:

40—50 Arbeiter
bei hohem Lohn gesucht. Zu
melden Sonntag früh 6 bis 8
Großzschachwitz, Carolastr. 5, 1.

Aus Großzschachwitz wird uns dazu geschrieben: Auf Grund dieser Annonce hatten sich früh 3/4 6 Uhr zwölf arbeitslose Männer, deren Zahl sich bis 1/2 8 Uhr ungefähr auf 40 steigerte, eingefunden. Leider vergebens, denn wie sich herausstellte, hatte ein bis jetzt Unbekannter sich einen schlechten „Scherz" erlaubt, um einen bei Kelle u. Hildebrand jung verheirateten Beamten zu ärgern. Es entstand nach und nach ein förmlicher Menschenauflauf, so daß in der ganzen Nachbarschaft sehr bald die Empörung sich steigerte. Ein Arbeiter kam sogar aus der Gegend von Riesa nach hier und hatte sein letztes Geld verfahren. Dieser Scherz ist um so verwerflicher, als dadurch eine große Anzahl armer Arbeiter geschädigt und getäuscht worden ist. Die meisten haben sich ans Gemeindeamt und an die Gendarmerie gewendet. Sollte es der Polizei gelingen, diese übermütigen „Spaß"macher zu ermitteln, so wäre es am Platze, daß ihnen ein gehöriger Denkzettel zuteil würde, damit es ihnen vergehen möchte, zu solchen albernen Hochzeitsscherzen die Notlage der Arbeiter zu benutzen.

Den Urheber dieser Niederträchtigkeit zu ermitteln, könnte unseres Erachtens nicht schwer sein, denn man darf doch annehmen, daß die Neuesten Nachrichten derartige Anzeigen nicht anonym aufnehmen. Zumal da Fälle ähnlicher Art auch früher schon vorgekommen sind.

Eine Warnung

vor der sogenannten Allgemeinen deutschen Kranken- und Begräbnis-Versicherungsanstalt in Eisenach erließ das hiesige Arbeitersekretariat in Nr. 89 unseres Blattes. Wie uns mitgeteilt wird, ist diese „Anstalt" zur Zeit in Dresden auf der Suche nach Agenten. Sie kann aber nur solche brauchen, die imstande sind, Kaution zu stellen. — Es erscheint zweckmäßig, noch einmal auf die erwähnte Warnung hinzuweisen und sie von neuem in Erinnerung zu bringen.

Waldschutz.

Die Bezirksschulinspektion Dresden III hat an die Schulen ihres Bezirks folgende Verordnung ergehen lassen: „In den Waldungen des hiesigen Bezirks nehmen die von Schulkindern und von der schulentlassenen Jugend insbesondere durch Abbrechen und Abschneiden von Zweigen, durch Anschneiden von Bäumen, durch Anprellen an Bäume mit Knütteln und Steinen, durch Herausziehen junger Bäume, durch Abstreifen von Laub usw. verübten Beschädigungen überhand. Auch Waldbrände sind — in neuester Zeit wiederholt — durch Schulkinder verursacht worden. Die Herren Schuldirektoren und dirigierenden Lehrer werden deshalb veranlaßt, dafür besorgt zu sein, daß durch Ermahnung und Verwarnung der Schüler, Schülerinnen und Fortbildungsschüler der nicht nur im Interesse der Waldbesitzer, sondern auch im öffentlichen Interesse gelegene Waldschutz gefördert werde."

Ratsbeschlüsse. Der Rat beschloß unter der Voraussetzung, daß die vorgesehene Bebauungsplanänderung für Strehlen festgestellt wird, die Reicker Straße bis zur Stadtgrenze auf Kosten der Anlieger auszubauen und zu beschleusen, und bewilligte für die erforderliche Vorflutbeschaffung 160 000 M. vorschußweise aus Anleihemitteln. — Für die im Laufe dieses Sommers vorzunehmende Befestigung der Wilsdruffer Straße mit Hartholz wurden außer bereits früher bewilligten 4000 M. weitere 15 000 M. aus Position 50 des Haushaltplans und 41 724 M. zu Lasten des Erweiterungsfonds der Straßenbahn, für den dabei erforderlichen Gleisumbau 25 000 M. aus dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn bewilligt. — Die Geschäfte des Waisenamtes haben sich seit Bestehen der gesetzlichen Vormundschaft so gesteigert, daß der Rat beschlossen hat, im Laufe des Jahres zwei besoldete Pflegerinnen, drei weitere Arbeitskräfte für den Kanzleidienst und eine solche für den Aufwarte- und Botendienst anzunehmen.

4. Kreis. Da die Gemeinderatsmitglieder Dürrleder und Weikert in Naundorf in jüngster Zeit Vorlagen ihre Zustimmung gegeben haben, die mit den Forderungen unseres Parteiprogramms und den Grundsätzen unseres kommunalen Programms in direktem Widerspruch stehen, sieht sich der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis veranlaßt, diese beiden Gemeinderatsmitglieder nicht mehr als Vertreter der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen.

Vermischte Nachrichten. Vermißt wird seit Montag den 3. Mai der in den weitesten Kreisen bekannte Buchhändler Hugo Colditz. Es wird befürchtet, daß dem sehr kurzsichtigen und seit längerer Zeit schwer nervenleidenden Herrn ein Unfall zugestoßen ist oder daß er sich ein Leid zugefügt hat. — Am Sonnabend nachmittag wurde von Passanten in der Nähe der Bienertschen Hofkunstmühle der Dachdecker Heinrich Thilo aus Deuben in völlig ermattetem Zustande aufgefunden. Dem Aermsten waren im vergangenen Winter die Füße erfroren und infolge Eiterung jetzt aufgebrochen, so daß er nicht in der Lage war, sich fortzubewegen. Thilo wurde, nachdem man ihm seitens der Wohlfahrtspolizei die Füße verbunden, dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt.

Aus der Umgebung.

Stetzsch. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Lindenhof öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Radebeul. Herr Gemeindevorsteher Werner schreibt uns zu der Notiz in Nr. 103 über den Pensionsanspruch des vormaligen Nachtschutzmanns Baumann: „In der früheren Gemeinde Serkowitz hat eine Bestimmung, nach der die Gemeindebeamten Unkündbarkeit erlangten, überhaupt nicht bestanden; es ist etwas Derartiges auch von Baumann nicht behauptet worden. Sowohl Herr Dr. Kuntze wie Herr Bezirksarzt Obermedizinalrat Dr. Hesse haben Baumann, abgesehen von seiner Neurasthenie und rheumatischen Beschwerden, für voll erwerbsfähig (nicht wie Sie schreiben „nicht als vollständig erwerbsunfähig") bezeichnet. Die Gemeinde hat sich zur Gewährung einer Unterstützung an Baumann bis jetzt noch nicht bereit erklärt."

Kötzschenbroda. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat die 59jährige Fabrikarbeitersehefrau Sp. ihre Wohnung verlassen. Nach vorgefundenen Briefen zu urteilen, hat die Frau den Tod jedenfalls in der Elbe gesucht. Ein langwieriges Kehlkopfleiden soll der Grund sein.

Zitzschewig. Mittwoch den 12. d. M., abends 8 Uhr, findet in Börners Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Wichtige Tagesordnung.

Potschappel. Oberhalb des Ortsteils Leisnitz wurde Montag nachmittag abermals ein Buschbrand durch zwei Lokomotiven des bergwärts fahrenden Güterzuges der Windbergbahn verursacht. Bahnarbeiter und auf den Feldern befindliche Leute des Rittergutes unterdrückten in kurzer Zeit den Brand, der jedoch wiederum ein großes Stück Areal mit der dort bald typisch werdenden schwarzen Färbung überzogen hatte.

Birkigt. Von einem herabstürzenden Bruchstück wurde gestern Montag in dem Dyckerhoff u. Widmannschen Steinbruche dem hiesigen Arbeiter Stahn der Brustkorb eingedrückt, so daß sofort sein Tod eintrat. Der Verunglückte ist 39 Jahre alt und verheiratet. Er hinterläßt außer seiner Witwe noch zwei Kinder. — Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung im Gasthof, Zimmer 1. Etage, statt.

Lockwitz. Mittwoch den 12. Mai, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Unter-Gasthof. Das Gesuch von Mitgliedern der Gemeindekrankenversicherung kommt mit zur Beratung.

Niedersedlitz. Gestern Montag ereignete sich im Betriebe der hiesigen Firma Hoentsch u. Komp. ein schwerer Unfall. Einem Schmied wurden vom Dampfhammer drei Finger gequetscht.

Niedersedlitz. Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Rathaus. Tagesordnung ist am Ratsbrette bekanntgegeben.

Heidenau. Im hiesigen Rathause wird morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, Gemeinderatssitzung abgehalten.

Leubnitz-Neuostra. Mittwoch den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Sitzungszimmer Gemeinderatssitzung statt.

Coswig. Auf hiesigem Bahnhofe hat sich vorgestern vormittag gegen 10 Uhr eine etwa 30 Jahre alte unbekannte Frau anscheinend mit Absicht vor die Lokomotive des von Dresden einfahrenden Personenzuges geworfen und ist tödlich überfahren worden.

Versammlungskalender für Mittwoch.

Gruppe Zschachwitz. Abends 8 1/2 Uhr Gruppenversammlung in Hermanns Restaurant, Großzschachwitz.

Ortskrankenkasse für Kleinzschachwitz u. Umg. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Gasthof Großzschachwitz.

Zentralverband deutscher Freidenkervereine. Oeffentliche Versammlung in Kämpfes Restaurant, Löbtau.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Ausbeutung der Unwissenheit. Zwei Schwestern, Fabrikarbeiterinnen, wohnten bei der Aufwärterin Katharine gesch. Uhlemann. Bei ihrem Wegzuge blieb die ältere 8 M. Miete schuldig, mußte sie ihren Reisekorb mit Inhalt als Pfand zurücklassen mußte. Ihre jüngere Schwester ließ ihren Korb freiwillig da, denn es war gerade Sonntag und die beiden Mädchen hatten noch keine neue Wohnung. Bald darauf kam die jüngere, um die beiden Reisekörbe abzuholen. Sie bezahlte die rückständige Miete und außerdem eine Mark. Die Frau händigte dem Mädchen aber nur den eigenen Korb aus und behielt den ihrer Schwester, trotz der erfolgten Schuldentilgung zurück. Sie wollte den Korb nur herausgeben, wenn ihr noch weitere 6 M. Lagergeld hierfür bezahlt werden. In ihrer Unkenntnis der Rechtsverhältnisse glaubten die Mädchen, die Wirtin habe ein Recht zu einer solchen Handlungsweise, und sie zahlten noch weitere 3 M. Lagergeld, ohne den Korb zu erhalten. Die Frau aber unterschlug die in dem verschlossenen Reisekorb befindlichen Sachen und benutzte den Korb dann selbst, als wenn er ihr Eigentum wäre. Nachdem sie in eine andere Wohnung umgezogen war, verlangte sie für den Transport des Korbes weitere 1,50 M. von den Mädchen. Schließlich kam deren Stiefmutter dahinter, und als ihr die Frau in dem Bestreben, die Sache in Ordnung zu bringen, Hindernisse in den Weg legte, erstattete sie Anzeige. Das Mädchen hat von ihren Sachen nur den Korb und — das Gesangbuch wiedergesehen. Die Wirtin wurde wegen Unterschlagung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Hätten die Mädchen statt eines Gesangbuches das bürgerliche Gesetzbuch in Händen gehabt, und wäre die Mühe des Gesangbuch-Verslernens lieber zur Beibringung der elementarsten Rechtsgrundsätze verwandt worden, dann würden sie wahrscheinlich vor dieser Enttäuschung bewahrt geblieben sein.

Landgericht.

In die Zustände einer Gemeindeverwaltung auf dem Lande leuchtete eine Verhandlung gegen den 69 Jahre alten Gemeindevorsteher und Gutsbesitzer Gießmann aus Weißtropp bei Wilsdruff. Der alte Mann hatte sich wegen Unterschlagung im Amte, das er über 15 Jahre verwaltete, so gut aber so schlecht es ging zu verantworten. Der Vorgänger im Amte war sein Bruder, der Gemeindevorsteher-Rentier in Weißtropp scheint also sozusagen erblich in der Familie zu sein. Der Angeklagte geriet in Schulden, wirtschaftete mit den Gemeindegeldern infolgedessen mehr in seinem Interesse, pumpte überdies auch seinen Bruder um 1800 M. an, weil er dem Sohn eine Wirtschaft kaufen wollte. Diese Summe deckt sich mit der, um die er die Gemeinde in Oktober 1908 gebracht haben soll. Es handelt sich um eingenommene Steuerbeiträge. Der gesamte Fehlbetrag belief sich jedoch auf 4168 M., die Bücher waren aber so unordentlich geführt, daß genügende Klarheit über den Verbleib des übrigen Geldes nicht geschaffen werden konnte. Die Staatsanwaltschaft war in diesem Falle recht nachsichtig. Sie erhob wegen der Buchführung keine Anklage wegen des hohen Alters und der Vergeßlichkeit Gießmanns, der schließlich unter weitgehender Annahme mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Militärgericht.

Aus Not zum Dieb. Wegen verschiedener geringfügiger Unterschlagungen hatte sich der Soldat Oskar Artur Walter vom 102. Königl. Infanterie-Regiment vor dem Kriegsgericht zu verantworten. In zwei Fällen waren dem Angeklagten anderen Soldaten gehörige Lederkoppel in die Hände gefallen und von ihm für 2 M. und 1,50 M. weiterverkauft worden. Als ihm sein Waschlappen abhanden gekommen war und er nicht in der Lage war, einen andern zu erstehen (Preis 10 Pf.), eignete er sich einen im Waschhause liegenden an. Außerdem hat er noch, als er einmal als Patrouillenaufseher auf dem Schießplatz kommandiert war, einige Geschosse als Militärandenken für sich behalten. In der Verhandlung erklärte Walter, daß er das Kind armer Leute sei, keinen Zuschuß erhalte und aus Not gehandelt habe. Bei der Aneignung der Geschosse habe er sich nichts Schlimmes gedacht. Das Gericht erkannte in diesem Falle auf Freispruch und schickte den Mann wegen der Unterschlagungen auf 5 Wochen in Mittelarrest. — Der Soldat Richard Brill, ebenfalls vom 102. Infanterie-Regiment, hatte keine Mittel zur Bezahlung seiner Wäsche. Da er weder ein noch aus wußte — auch seine Eltern leben in den dürftigsten Verhältnissen — vergriff er sich an dem im offenen Schranke liegenden Portemonnaie eines Kameraden. Der Inhalt betrug 5 M. Er bezahlte seine Wäsche und erstand für den Rest Lebensmittel. Das Urteil lautete auf vier Wochen Mittelarrest.

Korruption in den Verkaufsstellen. Vor einiger Zeit wurde der Verkäufer Eifert von der Verkaufsstelle I des Leib-Garderegiments

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Regiments wegen Betrügereien — er hatte nicht weniger wie 368 M Defizit gemacht, davon aber 100 M. von seinem Vorgänger „übernommen" — zu 6 Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Soldatenklasse verurteilt. Aus dem Gefängnis richtete Eifert verschiedene Eingaben an die Militärbehörde, die zur Erhebung der Anklage wegen Beihilfe zum Betrug gegen zwei Grenadiere namens Mehlig und Peitsch führten. Die beiden Soldaten waren ebenfalls eine Zeitlang als Verkäufer in anderen Verkaufsstellen abkommandiert gewesen. Eifert hatte einst seinem Kameraden Mehlig bei einer Inventur geholfen. Bei dieser Gelegenheit war ein Ueberschuß von 30 M. erzielt und von den beiden geteilt worden. Als einmal eine Revision der Warenbestände in der Verkaufsstelle Eiferts bevorstand, rannte der Grenadier schleunigst zu seinen beiden Kameraden und borgte sich zur Vervollständigung seiner Bestände Geld und Waren. Mehlig sowohl wie Peitsch hatten Mitleid mit Eifert und gaben das Verlangte her. Später, nach beendigter Revision, wanderte das Geborgte wieder an Ort und Stelle zurück. Zum Dank für ihre Gefälligkeit sind sie nun von Eifert denunziert worden. Während der Verhandlung bestritten beide Angeklagten jede Schuld und erklärten, sich bei dem Borgen des Geldes und der Waren nichts Böses gedacht zu haben. Sie hätten lediglich dem in Not befindlichen Kameraden helfen wollen. Außerdem habe ihnen Eifert noch erzählt, daß er 100 M. von Haule erwarte und von einem Küchen-Unteroffizier 50 M. erhalte. Eifert versuchte seine Kameraden hineinzulegen und sagte aus, daß sie von den Betrügereien Kenntnis gehabt hätten. Der Gerichtshof schenkte seinen Angaben wenig Glauben und setzte die Vereidigung aus. Statt Beihilfe zum Betrug nahm man nur Beihilfe zur Falschmeldung an und erkannte gegen Mehlig auf 5 Wochen und gegen Peitsch auf 8 Tage Mutelarrest. Bei Mehlig kam noch wegen des Treibens des bei der Inventur gemachten Ueberschusses Unterschlagung in Frage.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 1. Vierteljahr 1909.

ssc. Die vom Kaiserlich Statistischen Amt alljährlich veröffentlichten Nachweise über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden zeigen für das 1. Vierteljahr 1909 ein leises Nachlassen des auf dem Arbeitsmarkt lastenden schweren Druckes. Da dies jedoch in eine Jahreszeit fällt, in der überhaupt eine Zunahme der Arbeitsgelegenheit einzutreten pflegt, so kann von einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage kaum gesprochen werden: die mitgeteilten Arbeitslosenziffern übertreffen denn auch die aller Vergleichsquartale der früheren Jahre. An der Statistik sind diesmal 50 Gewerkschaftsverbände mit 1 302 706 Mitgliedern beteiligt. Davon waren am 27. März 40 719 als arbeitslos am Ort und 3714 auf der Reise gemeldet, das sind 3,5 Prozent. Am Schlusse der 8. Quartalswoche waren die entsprechenden Ziffern 49 325 und 3587 oder 4,1 Prozent und am Schlusse der vierten 50 601 und 3410 oder 4,2 Prozent. Ein Vergleich mit den früheren Stichtagen ergibt folgendes Bild:

1904		1905		1906	
31. März	2,0	31. März	1,6	31. März	1,1
30. Juni	2,1	30. Juni	1,5	30. Juni	1,2
				28. Juli	0,8
				25. August	0,7
30. September	1,8	30. September	1,4	29. September	1,0
				28. Oktober	1,1
				24. November	1,1
31. Dezember	2,4	31. Dezember	1,8	29. Dezember	1,6

1907		1908		1909	
26. Januar	1,7	25. Januar	2,9	23. Januar	4,2
23. Februar	1,6	22. Februar	2,7	20. Februar	4,1
30. März	1,3	28. März	2,5	27. März	3,5
27. April	1,3	25. April	2,8		
25. Mai	1,4	23. Mai	2,8		
29. Juni	1,4	27. Juni	2,9		
27. Juli	1,4	25. Juli	2,7		
24. August	1,4	22. August	2,7		
28. September	1,4	26. September	2,7		
26. Oktober	1,6	24. Oktober	2,9		
23. November	1,7	21. November	3,2		
28. Dezember	2,7	26. Dezember	4,4		

Die höchsten Arbeitslosenziffern an allen drei Stichtagen wiesen die Glaser (17,5 Prozent am 27. März), Bildhauer (16,2) und Friseurgehilfen (11,6) auf. Bedeutend über dem Durchschnitt standen ferner noch die Kupferschmiede (7,4), Tapezierer (6,7), Senefelder Bund (5,9), Bäcker (5,6). Der deutsche Metallarbeiterverband zeigt sogar eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, indem die Arbeitslosigkeit, die Ende des letzten Quartals 4,2 Prozent betragen hatte, auf 4,8, 4,6 und 4,5 Prozent an den drei Stichtagen stieg. Dagegen ist die ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffer des Holzarbeiterverbandes (9 Prozent am 26. Dezember v. J.) im Laufe des Quartals auf 7,1, 5,7 und 4,5 Prozent herabgegangen. Im Bergbau sind die Arbeitsverhältnisse dauernd gut: 0,4 und 0,2 waren hier die Prozentziffern der Arbeitslosen an den ersten beiden und am letzten Stichtage.

Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Vierteljahres auf je 100 Mitglieder darstellt, war diesmal die größte aller bisher gefundenen. Sie betrug 12,7 gegen 11,2 im 4. und 9,2 im 1. Quartal 1908. Dabei trafen auf die weiblichen Mitglieder nur durchschnittlich 7,2 Fälle. Da die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise 3 273 948 betrug, so kamen also auf den einzelnen Fall durchschnittlich 22,7 Tage gegen 17,6 im vorhergehenden Quartal.

Hoffentlich bringt die nun einsetzende wärmere Witterung eine vermehrte Arbeitsgelegenheit, die die unter der Verteuerung und der langen Krise schwer leidenden Volksmassen sich wirtschaftlich etwas erholen läßt.

Lokales.

Tabakarbeiterstreik.

In der Zigarrenfabrik von Fieweger, Mehefelder Straße, legten am Sonnabend 29 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Die Veranlassung zum Streik liegt in den niedrigen Löhnen, die im gesamten Betriebe gezahlt werden. Als die Arbeiter eine Erhöhung der Löhne, die erheblich geringer wie in anderen Betrieben am Orte sind, verlangten, erklärte der Fabrikant kategorisch: wer nicht zu den alten Löhnen weiterarbeiten wolle, müsse aufhören. Den Vertretern der Arbeiter erklärte der Unternehmer, lieber seinen Betrieb schließen zu wollen, als eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Anstatt jetzt Lohnerhöhungen zu fordern, hätte man lieber fleißig arbeiten sollen, damit sowohl der Fabrikant als auch die Arbeiter vor der kommenden Steuererhöhung noch etwas verdienen könnten. Herr Fieweger gibt also offen der Meinung Ausdruck, daß eine neue Belastung der Industrie durch Lohndruck wieder ausgeglichen resp. auf die Arbeiter abgewälzt werden müßte. Gegen derartige Unternehmerpläne wird sich die Arbeiterschaft der Tabakindustrie zu wehren wissen. Die Tabakarbeiter sind mit Herrn Fieweger der Meinung, daß ihr Leben jetzt schon elend genug ist und werden weitere Verschlechterungen nicht ohne den heftigsten Kampf hinnehmen. Will Herr Fieweger gerade jetzt besonders viel produzieren, so mag er die Forderungen der Arbeiter bewilligen. Solange das nicht geschieht, werden sie im Streik verharren, selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Fieweger sich entschließt, seine Kenntnisse in der Zigarrenmacherei praktisch zu betätigen und seinen Bedarf höchst eigenhändig herzustellen. Die Tabakarbeiter werden um Solidarität ersucht. — Zuzug ist fernzuhalten!

Ausland.

Beschlüsse der Unternehmerverbände zur Maifeier.

Der Zufall ließ uns einen Blick in die gedruckten Berichte zweier Versammlungen der Vereinigung Schleswiger Arbeitgeberverbände tun, die insofern größeres Allgemeininteresse haben, weil daraus auf die Stimmung der Unternehmer zur Maifeier im allgemeinen geschlossen werden kann. Die Versammlungen haben vor der diesjährigen Maifeier stattgefunden, um eine einheitliche Stellungnahme der Unternehmer zu vereinbaren. In der ersten Versammlung begründete ein Redner die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens. Verschiedentlich sei eine Aussperrung der Maifeiernden angedroht, aber nicht ausgeführt, das dürfe nicht vorkommen, da die Androhung dann mehr schade als nütze. Freiherr v. Reiswitz, Generalsekretär des Hamburger Arbeitgeberverbandes, meinte: Die Frage könne seines Erachtens vorläufig nur lokal geordnet werden. Was aber einmal beschlossen sei, das müsse auf jeden Fall durchgeführt werden. Die lokalen Verhältnisse seien zu verschieden, als daß schon jetzt genau alle Bestimmungen für den ganzen Bezirk durchführbar seien. Die Maifeier soll nach den Beschlüssen der Sozialdemokratie in 25 Jahren den Kapitalisten sagen, daß das Proletariat den Kapitalismus niedergerungen habe. Die Maifeierfrage sei sehr ernst und müsse demgemäß ernst behandelt werden. Alle Verbände müßten zu dieser Frage Stellung nehmen. — Ein anderer Redner meinte, die Maifeier sei ein überwundener Standpunkt. Selbst einzelne sozialdemokratische Organisationen geben ihren Angestellten den Tag nicht frei. Ein Hauptmann a. D. erklärte: Als überwunden könne die Maifeier noch nicht bezeichnet werden, aber nachdem nunmehr die Gewerkschaften schwankend geworden seien und den Feiernden keine Entschädigung mehr bezahlen, hätten die Arbeitgeber das Heft in Händen und müßten die Gelegenheit ausnutzen. Ein Redner erklärte es für verkehrt, den Arbeitern den 1. Mai freizugeben, wenn nicht ganz zwingende Gründe dies veranlaßten. Jeder, der mit feiere, müsse ausgesperrt werden. Er stelle deshalb den Antrag, alle Maifeiernden auf drei Tage auszusperren. Die Durchführbarkeit dieses Antrages wurde bezweifelt und dann beschlossen, daß alle Verbände sich zunächst zu dieser Frage äußern und bestimmt Stellung nehmen sollen. In der zweiten Versammlung wurde dann mitgeteilt, daß die Sache im Vorstande beraten worden sei, eine einheitliche Aussperrung der Maifeiernden für alle Branchen aber nicht für durchführbar gehalten wurde.

Freiherr v. Reiswitz wies darauf hin, daß der Zeitpunkt für die Durchführung solcher Beschlüsse günstig sei, einmal, weil die Gewerkschaften keine Unterstützung der Maifeiernden mehr bezahlen, und dann wegen der allgemeinen schlechten Geschäftslage. Die Metall- und Holzarbeiter feiern nicht mehr, und das Baugewerbe feiert nur noch zum Teil, liegt aber so flau, daß die Androhung einer Aussperrung zweifellos jede Maifeier verhindern würde. — Von anderer Seite wurde die Durchführbarkeit einer allgemeinen Aussperrung bezweifelt. Einem derartigen Beschlusse würden nicht alle Mitglieder Folge geben können, und deshalb würde er mehr schaden als nützen. Es müsse der dringende Wunsch an die Mitglieder gerichtet werden, möglichst eine dreitägige Mindestaussperrung der Maifeiernden durchzuführen. Herr v. Reiswitz meinte, in vielen Orten sei die Aussperrung beschlossen, so in Hamburg, Harburg, Lübeck, Kiel, Neumünster, Itzehoe, Kellinghusen und anderen. Es müßte dieses gerade so gut in den Städten der Vereinigung möglich sein.

Bei der Abstimmung für den Beschluß einer einheitlichen Aussperrung stimmte nur ein Verband dafür; die übrigen Verbände stimmten für die Empfehlung einer Aussperrung. Der Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes der Landwirtschaft bedauerte lebhaft diesen Beschluß und trat nochmals warm für die Aussperrung ein. Weiter wurde der Vorschlag gemacht, zu empfehlen, im kommenden Jahre nach dem 1. Mai (jetzt) eine Rundfrage bei den Mitgliedern zu halten, ob der 1. Mai gefeiert worden sei und ob Aussperrungen vorgekommen seien, um auf Grund dieses Materials im nächsten Jahre eventuell einen definitiven Beschluß über diese Frage zu fassen.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und -arbeiterinnen

wird mit dem 1. Juni d. J. ins Leben treten. Den Vorsitz im Verbande übernimmt der Genosse Georg Schmidt, z. Z. Vorsitzender des Verbandes der Gärtner, Berlin. Die Redaktion des Verbandsorgans Der Landarbeiter ist dem Genossen Franz Faß, Arbeitersekretär in Pforzheim, übertragen. Gauleiter sind die Genossen Alfred Hille-Velten in der Mark für Mitteldeutschland mit dem Sitz in Magdeburg, Michael Keibitz-Friedrichsfelde für Bayern und Jakob Harder, ebenda, für Württemberg, Baden usw. Der Sitz des Hauptvorstandes ist Berlin, Engelufer 21, II. Daselbst erscheint auch das Verbandsorgan. Zuschriften sind zu richten an den Verbandsvorsitzenden: Georg Schmidt, Berlin SO. 16, Engelufer 21, II.

Die Steinarbeiter Leipzigs

haben am Montag den 10. Mai vormittags die Arbeit niedergelegt zur Abwehr der von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterung der Akkordsätze. Ausständig sind 200 Mann bei 17 Unternehmern. Zuzug ist fernzuhalten!

Tarifstreitigkeiten in der Mainzer Brauindustrie

bestehen schon seit zehn Monaten; sie wurden namentlich in der Mainzer Aktienbrauerei durch das rücksichtslose Vorgehen des Betriebsleiters verschärft. Der alte, unzulängliche Tarif war bereits am 1. Juli v. J. gekündigt worden, und seitdem bemühen sich die Brauereiarbeiter vergebens um Schaffung eines den heutigen Verhältnissen angepaßten Arbeitsvertrages. Nachdem Anfang voriger Woche die Arbeiter der Unionbrauerei Großgerau die Arbeit eingestellt hatten, fand eine Versammlung statt, deren Folge war, daß — wie wir schon gemeldet haben — am Freitag etwa 60 Brauer und Fuhrleute der Mainzer Aktienbrauerei die Arbeit niederlegten.

Die seither gezahlten Löhne bezifferten sich auf 18 bis 21 M., angestrebt werden Mindestlöhne von 25 bis 26 M. Auch die Arbeitszeit, die seither für die Fuhrleute 16 bis 20 Stunden betrug, soll reduziert werden.

Ueber die Brauerei ist jetzt der Boykott verhängt worden.

Ein Kampf der Mühlenarbeiter

im Industriegebiet Nürnberg und Fürth-Erlangen steht bevor. Im Herbst wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, bei dem die Arbeiter die Forderung auf Festsetzung von Mindestlöhnen fallen ließen, nachdem die Unternehmer auf Ehrenwort erklärten, daß sie nicht daran dächten, die Löhne herabzudrücken. Das Ehrenwort wurde nicht gehalten. Seit einiger Zeit wird in einer großen Anzahl von Betrieben versucht, die Löhne um 2 bis 6 M. pro Woche zu reduzieren. Dadurch sahen sich die Arbeiter gezwungen, eine Vorlage zu unterbreiten, die eine Neuregelung der Löhne verlangt. Die Unternehmer ließen durch ihren Syndikus schroff erklären, sie würden, falls die Arbeiter die Reduzierungen nicht ruhig hinnähmen, zu einer solidarischen Aktion greifen. Also Drohung mit Aussperrung!

Die Arbeiter, die auch das letzte Mittel zur friedlichen Schlichtung nicht unversucht lassen wollen, haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Beharren auch hier die Unternehmer auf ihrem trotzigen Standpunkte, so wird der Streik erklärt. Zuzug ist schon jetzt fernzuhalten!

Der Streik der Berliner Bauklempner dauert fort.

Es haben bereits 83 Firmen den Vertrag der Organisation unterzeichnet. Die Arbeitgeber machen große Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen. Bis heute aber ist die an diese Bemühung geknüpfte Hoffnung der Arbeitgeber nicht erfüllt. — Im Streik stehen noch 371 Mann.

Die Tarifbewegung der Berliner Bauanschläger

konnte mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet werden. Nach Aufhebung des Streiks haben Verhandlungen stattgefunden. Nachdem die Arbeitgeber während dieser Verhandlungen eingesehen hatten, daß irgendwelche Abzüge an den bisherigen Akkordpreisen nicht zustande kamen, gaben sie diesen Versuch auf. Es wurde folgender Vergleich von der Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen: Der Tarif für Bauanschlägerarbeiten vom 1. April 1905 wird bis zum 31. März 1912 neu abgeschlossen, und zwar mit der Aenderung, daß der bisherige Stundenlohn von 65 Pf. auf 70 Pf. erhöht wird. Der erneute Tarif trat am 5. Mai in Kraft. Die Verhandlungen über die Aufstellung eines neuen Lohntarifs werden am 1. Oktober 1911 aufgenommen. Eine Versammlung der Bauanschläger vom 8. Mai erklärte sich mit dieser Vereinbarung einverstanden.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Maler in Wurzen haben mit der Innung einen Tarif abgeschlossen. Da auch die übrigen nicht der Innung angehörenden Unternehmer diesen Tarif anerkennen, ist es nach mehreren vergeblichen Versuchen gelungen, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. — Fast sämtliche organisierten Schuhmachergehilfen in Düsseldorf sind wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. — Der Zimmererstreik in Stade ist beendet. Der Lohn wird von 52 auf 56 Pf. sofort und vom 1. Juli d. J. auf 57 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9½ Stunde herabgesetzt worden. Der Vertrag dauert bis zum 31. März 1910. — Aus St. Nazaire wird gemeldet, daß 300 Leute der Bemannung von vier Postdampfern der Compagnie Transatlantique in den Ausstand getreten sind. Sie verlangen u. a. Lohnerhöhungen und einen wöchentlichen Ruhetag auch zu Lande. — In Marseille konnten zwei Postdampfer der Compagnie Transatlantique, die den Dienst mit Algier und Tunis versehen, nicht abgehen, da die Stewards in den Ausstand traten, weil ihnen die Ruhetage an Bord nicht bezahlt wurden.

Ausland.

Der Sieg der römischen Ziegelarbeiter.

Der am 7. März d. J. proklamierte Ausstand der römischen Ziegel- und Terrassenarbeiter hat am 6. d. M. mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet. Der neue Tarif erhöht den Akkordlohn um 7,20 Lire für 1000 Steine; der Taglohn der Terrassenarbeiter liegt um 40 und 45 Centesimi für den zehnstündigen Arbeitstag. Der schwer errungene Sieg wurde durch einen Ausflug ins Grüne und eine Versammlung im Volkshause gefeiert. Durch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Ziegeleien hört auch die Beschäftigungslosigkeit der Maurer auf, denen seit einigen Wochen das Material fehlte.

Parteiangelegenheiten.

Die Sozialdemokratie in Steiermark.

sc. Bei den Landtagswahlen, die dieser Tage in Steiermark für die vierte Wählerklasse stattfanden, hat die Sozialdemokratie glänzende Erfolge erzielt. Zu wählen war in 10 Bezirken. Gewählt sind vier Sozialdemokraten und einer ist in aussichtsvolle Stichwahl gelangt. In Graz wurde der Genosse Johann Resel mit 6916 Stimmen gewählt, während die Kandidaten der beiden anderen Parteien, Klerikale und Nationale, zusammen nur 2812 Stimmen erhielten. Nicht weniger glänzend ist der Sieg unserer Genossen in Bruck-Leoben, wo von 12 398 abgegebenen Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Schacherl nicht weniger als 8678 Stimmen entfielen. Die Stichwahl findet am 14. Mai statt und bringt unseren Genossen hoffentlich noch einen weiteren Sieg.

Verkauf sozialistischer Blätter auf Bahnhöfen.

Auf eine Interpellation des Genossen Vandervelde in der belgischen Deputiertenkammer teilte der Eisenbahnminister Helleputt mit, daß demnächst eine neue Regelung des Zeitungsverkaufs auf den Bahnhöfen Platz greifen werde. Danach werden alle Zeitungen, ohne Unterschied der politischen Richtung, von Angestellten der Eisenbahnverwaltung auf den Bahnhöfen zum Verkauf gelangen. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf die sozialistische Presse. In Preußen-Deutschland ist bekanntlich nicht bloß die sozialdemokratische Presse vom Bahnhofsverkauf ausgeschlossen, sondern auch eine Anzahl bürgerlich radikale — und Witzblätter, die es jemals unternommen hatten, die preußische Hierarchie zu kritisieren.

Bauarbeiterschutzkonferenz für Hessen.

K. Darmstadt, 9. Mai 1909.

Zum ersten Male tagte eine Bauarbeiterschutzkonferenz unter der Teilnahme von Behörden. Veranlassung zu der Tagung gab die unverständliche, geradezu auf Düpierung hinauslaufende Haltung der hessischen Regierung. Zum zweiten Male hat diese gelegentlich der Eröffnung des hessischen Landtags in der Thronrede feierlich die landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes in Aussicht gestellt, ohne daß bis jetzt etwas geschaffen ist. Anscheinend wird in dieser hochwichtigen Sache in absehbarer Zeit überhaupt nichts geschehen. — Die Tagesordnung lautet: 1. Der gesetzliche Bauarbeiterschutz. Referent hierzu ist der Zentralvorsitzende für die Bauarbeiterschutzkommissionen Deutschlands, Heinke-Hamburg. 2. Die Handhabung des Bauarbeiterschutzes in Hessen. Referent: Geschäftsführer Delp-Darmstadt. 3. Diskussion und Anträge. — Anwesend sind 70 Delegierte aller Berufe des Baugewerbes; vertreten sind ferner die sozialdemokratische Fraktion des hessischen Landtags und das sozialdemokratische Landeskomitee durch je 1, das Ministerium des Innern, die Hessen-Nassauische Baugewerksberufsgenossenschaft und die Baupolizei der Stadt Darmstadt durch je 2 Delegierte.

In großzügiger Rede verurteilt Heinke-Hamburg das Schneckentempo der Regierung in puncto Bauarbeiterschutz. Die Petition der Unternehmer und mittleren Baubeamten, die Arbeiter als Baukontrolleure ausgeschaltet wissen wollen, wird durch ihn gebührend beleuchtet und gefordert, daß den Berufsgenossenschaften, deren totale Unfähigkeit erwiesen ist, die Unfallverhütung abgenommen wird. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien erkennen die Notwendigkeit einer Reform des Bauarbeiterschutzes an; solange von Reichswegen nichts geschieht, müssen die Bundesstaaten für Regelung sorgen. Die Morbilitäts- und Mortalitätsziffer der Bauarbeiter steigt fortgesetzt, die Unfälle häufen sich und die Lebensdauer sinkt herab. Die Mehrzahl der Bauarbeiter geht an Berufs- und Volkskrankheiten zugrunde. Deshalb sind gewählte Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen eine unbedingte Notwendigkeit zum Wohle eines großen Teiles der deutschen Steuerzahler und Volksgenossen!

Der zweite Redner schildert speziell die Zustände im Baugewerbe Hessens und die Handhabung der behördlichen Aufsicht bei Ueberwachung der Unfallverhütung. Eine Resolution, in der die Forderungen der Konferenz enthalten sind, findet einstimmige Annahme, ebenso ein Antrag, für Hessen eine Landes-Bauarbeiterschutzkommission ins Leben zu rufen. Das Protokoll der Konferenz soll gedruckt dem Ministerium und den Behörden zugestellt werden. Die Regierungsvertreter hielten bis zum Schluß aus, sprachen aber nicht zu den Referaten.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 10. Mai. Ein Ehedrama, dessen Hergang noch nicht ganz aufgeklärt ist, spielte sich gestern am Kottbusser Damm ab. Gegen 12 Uhr mittags kam die 21jährige Arbeiterfrau Marwitat blutüberströmt aus dem Hause Kottbusser Damm 88 auf die Straße gestürzt und bat schreiend um Hilfe. Passanten brachten die Verletzte nach dem Krankenhause, wo ihr eine vollständig plattgedrückte Revolverkugel aus der linken Kopfseite herausgezogen wurde. Der Rixdorfer Kriminalpolizei machte Frau Marwitat folgende Angaben: Ihr Ehemann habe sich infolge eines Zwistes der beiden Gatten erschießen wollen. Sie habe ihm die Schußwaffe entreißen wollen, dabei habe sich die Waffe von selbst entladen und die Kugel sei ihr in den Kopf gedrungen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Breslau, 10. Mai. Als im Elektrizitätswerke Waldenburg drei Monteure mit Umschaltung der Starkstromleitung beschäftigt waren, gelangte ein Strom von 10000 Volt in die Leitung. Ein Monteur wurde sofort getötet, ein andrer erlitt schwere Verletzungen.

Hamburg, 10. Mai. Der Spezialitätentheatersänger Wittmack wurde von einem 20jährigen Burschen, der ihn zu berauben beabsichtigte, überfallen, jedoch nur leicht verletzt. Der Täter entkam.

Hamburg, 10. Mai. In der vergangenen Nacht verletzte ein Besucher eines Freudenhauses in der Schützenstraße ein Freudenmädchen durch drei Schüsse schwer und tötete sich dann selbst.

Varel, 10. Mai. Der Rentier Inhülsen betrog den Konsumverein um 14 000 M. und tötete sich dann selbst.

Köln, 10. Mai. In der verflossenen Nacht brach auf dem unweit der Mülheimer Schiffbrücke vor Anker liegenden Frachtschiff Theresia Feuer aus, das das gesamte Schiff in Flammen setzte. Die Kölner Berufswehr, die herbeieilte, mußte den Brand vom Wasser aus bekämpfen. Dabei schlug ein Nachen mit 6 Feuerwehrleuten um, sämtliche Personen, von denen bereits einige mit dem Tode rangen, wurden gerettet.

Wiesbaden, 10. Mai. Unter der Anklage des Mordes wurden heute der Eisenbahnschaffner Burckhard und wegen Beihilfe dessen Sohn Philipp vor das Schwurgericht geführt. Am 13. Januar d. J. war die Arbeiterfrau Thamer auf der Landstraße bei Nieder-Höchstadt im Taunus tot aufgefunden worden. Die Ermittelungen ergaben, daß Burckhard seit sechs Jahren ein Liebesverhältnis mit der Ermordeten unterhielt. Er überließ der Frau die Hälfte seines Wochenverdienstes, während seine Familie Not leiden mußte. Da B. das Verhältnis zu Frau Th. teilweise löste, erstattete sie mehrfach Anzeige gegen ihn bei seiner vorgesetzten Behörde. Der Sohn Philipp, der erst 16 Jahre alt ist, hat eingestanden, daß sein Vater ihn beauftragt habe, ihm einen Revolver von dem Gärtner Hartmann zu besorgen. Er habe daraufhin den Revolver auch bei Hartmann entwendet und ins Schlafzimmer des Vaters gelegt. Nach der Tat habe dieser ihm die Waffe wieder zurückgegeben. Der alte B. leugnet die Tat auf das entschiedenste. Er versuchte die Schuld auf seinen Sohn abzuwälzen.

Bamberg, 10. Mai. Vom Würgauer Felsen im fränkischen Juragebirge stürzte gestern der 22jährige Sohn Adam des Großkaufmanns Oechsner in Würzburg, der mit den Mitgliedern der dortigen Alpenvereinssektion eine Bergtour unternommen hatte, aus einer Höhe von 40 Metern ab und wurde lebensgefährlich verletzt in das Bamberger Krankenhaus geschafft.

München, 10. Mai. Am Sonnabend nachmittag erschienen in einem Juweliergeschäft in der Maximilianstraße zwei vornehme Frauen, um Schmuckstücke zu besichtigen. Als sie sich wieder entfernt hatten, vermißte man einen ziemlich wertvollen Brillantschmuck. Der Geschäftsinhaber verständigte die Polizei, und die beiden Diebinnen wurden verhaftet. Bei einer Durchsuchung ihres Gepäcks fand man eine größere Geldsumme und viele Brillanten, die von Diebstählen herrühren dürften.

Die unter dem Verdachte des Juwelendiebstahls verhaftete Baronin ist die 67jährige Bankiersfrau Gabriele v. Zdekauer aus Prag. Sie erklärt, von den Diebstählen ihrer Gesellschafterin keine Ahnung gehabt zu haben. Diese, ein Fräulein v. Zemack, hat inzwischen gestanden, daß sie in München und anderswo Juwelendiebstähle verübt habe, so auch in Bozen und Meran.

*

Antwerpen, 10. Mai. Vom Tannenwalde Braschat brannten 200 Hektar nieder. 500 Soldaten sind an den Löscharbeiten beteiligt.

Troyes, 10. Mai. Ein deutscher, in Köln aufgestiegener Ballon landete auf einem Felde bei Villenauxe. Es kam zu Kundgebungen der Bevölkerung. Die Luftschiffer, zwei Ingenieure und ein Offizier, traten nach Bezahlung der Zollgebühren die Rückreise an, nachdem ihr Gepäck von Gendarmen durchsucht worden war.

Versammlungen.

Reichenberg. Am Sonntag den 2. Mai fand in der Königsbrauerei eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Religion, Gott und Mensch. Der Referent, Genosse P. Richter-Dresden, entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglichster Weise. Die Debatte hielt sich im Rahmen des Vortrags. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Von Zeit zu Zeit sind Diskussionsabende abzuhalten, zu welchen sich vor allen Dingen die freireligiösen Mitglieder einzufinden haben, um sich in den Fragen der Kindererziehung gegenseitig zu belehren.“ (Eing. 8./5.)

Bureauangestellte. In der am 5. Mai stattgefundenen gut besuchten Versammlung sprach Kollege Radestock über: Die moderne Entwicklung des Volkskonsums. An der Hand seiner eigenen reichen Erfahrungen schilderte Redner die Entwicklung der Genossenschaften im Ausland und in Deutschland. Zum Schluß seines beifällig aufgenommenen Referats forderte Redner die Erschienenen auf, im Sinne des Genossenschaftswesens tätig zu sein und zu wirken. — Kollege Schreiber gab den Kassenbericht über das 1. Quartal. Der Mitgliederbestand steigerte sich um 43. Die Mitgliedschaft wird künftig durch zwei Delegierte im Gewerkschaftskartell vertreten sein. Als 2. Vertreter wurde Genosse P. Schulze, als Ersatzmänner Luhe und E. Lehmann gewählt. — Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde noch auf die geplante Neugründung einer Landesorganisation der „nationalen“ Kassenangestellten hingewiesen, der wir „viel Glück“ wünschen. Nachdem die Vereinigungen der nationalen Beamten der Leipziger und Dresdner Ortskrankenkasse Fiasko erlitten haben, wird auch diese aus den beiden genannten Vereinigungen bestehende „Landesorganisation“ nur zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation führen. Die Dresdner Kassenangestellten werden zu der „Reichsversicherungsordnung“ und dem von unserem Verband einberufenen Kongreß der Kassenangestellten in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Zum Schluß wurde noch zur Beteiligung an der am 9. Mai stattfindenden Gedenkfeier der Maigefallenen aufgefordert. (Eing. 8./5.)

Briefkasten.

M. F., Bünaustraße. Während dieser Zeit wurde der Reichstag zweimal aufgelöst. Vorschriften dieser Art bestehen für den Kaiser nicht.

O. L., Oberfrauendorf. Das kommt auf die ärztlichen Bestimmungen darüber an. Von hier aus läßt sich das nicht beurteilen.

P., Uebigau. Steuern verjähren in vier Jahren.

W. St. 100. Darum können wir uns nicht kümmern.

E. B., Kl. Das Gedicht ist nicht verwendbar. Auch ist die Geschichte zu unappetitlich, als daß man nötig hätte, sie noch anzudichten.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
am 11. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 755. Veränderlich.
Thermometer: + 15 ° R.
Thermometrograph: Min. + 5, Maxim. + 15.
Hygrometer: 60 %.
Wasserstand: — 49.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 12. Mai 1909.

Westliche Winde; wolkig; Temperatur wenig geändert; zeitweise Regen.

Dresdner Polizeibericht vom 11. Mai.

Gestern früh brach auf der Leipziger Straße ein in den mittleren Jahren stehender Tiefbauarbeiter während der Arbeit plötzlich zusammen und verschied infolge innerer Krankheitsursache.

Im Großen Garten stürzte vorgestern auf der Radfahrbahn an der Herkulesallee ein Wachszieher von seinem Rade und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels.

Eisenbahn-Fahrplan.

Vom Hauptbahnhof Dresden abgehende Züge nach:
(Die Nachtzeit von 6 Uhr abends bis 5 Uhr 59 Minuten morgens ist fett gedruckt.)
(Den zuschlagspflichtigen Schnellzügen ist ein * beigefügt.)

Arnsberg: 4,10 (Sonn- u. Festtags vom 13. Juni bis mit 12. September) 5,37* 6,25 7,20* 11,11* 12,25 3,0 (5,5 Werktags bis Erdmannsdorf, Sonnabends bis Wolkenstein) 6,0* (Werktags bis Erdmannsdorf) 7,45 8,20.

Arnsdorf: 12,20 5,45 6,3 7,0 8,8 8,58 9,39 10,53 12,10 12,21 1,20 2,5 2,50 3,8 4,4 5,10 5,23 (6,35 ab Dresden-N. bis Radeberg) 7,0 (7,42 bis Radeberg) 8,0 8,16 9,6 9,34 (10,8 ab Dresden-N. bis Radeberg) 10,50.

Bautzen-Göltzt: (12,20 b. Bautzen) 1,30* 6,3 (7,0 b. Bautzen) 8,45 8,58 10,19* 12,21 (1,13 b. Bischofswerda) 3,3 5,0* 5,23 8,0 (8,16 bis Bischofswerda) 9,34 (10,25 bis Bischofswerda u. Bautzen).

Bergschlößchen-Hellerau: 7,3 9,45 12,47 5,0 8,12 (11,5 Sonn- u. Festt.).

Brix (über Röderau): 2,42 7,20* 2,18 4,20* 7,7* 9,55.

Brix (über Elsterwerda): 6,23 8,5 10,0* 2,12 2,42 6,0* 7,26.

Bärenbach: 12,15 2,30* (3,45 Sonn- u. Festtags vom 16. Mai bis mit 29. August und am 1. Juni) 6,0 7,3 (8,30 Sonn- und Festtags und am 1. Juni) 9,45 11,30* 12,8* 12,47 2,20 (4,35 Sonn- und Festtags und am 1. Juni) 5,0 6,35 7,5* 8,12.

Dresden: 1,30* 6,3 8,45 8,58 10,19* 12,21 3,3 5,0* 5,23 9,34.

Glauchau, Glauchau, Zwickau, Zwickau i. S.: 12,45 4,10 5,37* 6,25 7,20* 8,45* (ohne Halten in Glauchau) 9,5 11,11* 12,25 3,0 5,5 6,0* 7,45 8,20 10,45*.

Hippolismühle, Hyslorf: an Werktagen: 6,0 8,50 (12,30 nur am 1. Juni) 1,45 3,48 6,30 (7,50 bis Rabenau) 11,15; an Sonn- und Festtagen: 6,0 (7,27 vom 16. Mai bis mit 12. Septbr.) 8,50 9,40 (10,40 vom 16. Mai bis mit 12. Septbr.) 12,30 1,45 2,38 3,48 6,30 (7,50 bis Rabenau) (9,0 vom 16. Mai bis mit 12. Septbr.) 11,15.

Freiberg: 6,25 9,5 3,0 8,20.

Freiberg: 12,45, 4,10 5,37* 6,25 7,20* 9,5 11,11* 12,25 3,0 5,5 6,0* 6,30 7,45 8,20 10,45* 11,15.

Freising-Allenberg: 6,0 (6,44 Sonn- u. Festtags) 9,13 (12,16 Sonn- u. Festtags) 1,55 (3,8 Sonn- u. Festtags bis Burkhardtswalde-W.) 4,35 (5,55 Sonn- u. Festtags vom 16. Mai bis mit 29. August bis Burkhardtswalde-W.) 9,0 (11,5 nur Sonn- u. Festtags vom 30. Mai bis mit 29. August).

Großenhain (über Priestewitz): 12,14 2,42 5,50 8,15 9,23 11,29 2,18 2,25 6,18 7,21* 7,56 10,30.

Großenhain (über Köhlschenbroda-Weinböhla): 6,23, 10,0* 2,42 7,26.

Großenhain (über Coßebaude): 6,0 8,5, 2,25 5,0 6,22.

Dresden-Heller: Site-Pirna: 7,4 10,53 2,2 (2,30 u. 4,5 Sonn- u. Festtags) 6,22 9,10 (11,22 Sonn- u. Festtags sowie Mittwochs).

Heinichen (über Freiberg): 4,10 6,25 9,5 12,25 3,0 5,5 6,0* 8,20 (über Meißen): 7,44 12,16 2,37 7,47.

Hof: 12,45 4,10 5,37* 6,25 7,20* 8,45* 9,5 11,11* 12,25 (3,0 bis Mehlbauer) 5,5 6,0* 7,45 (8,20 bis Plauen i. V.) 10,45*.

Kamenz: 6,3 9,39 12,21 4,4 7,0 8,16 10,50.

Karlsbad (über Aussig-Teplitz): 12,15 2,30* (3,45 Sonn- u. Festt. vom 16. Mai bis mit 29. Aug. u. am 1. Juni) 7,3 (12,8* 12,47 5,0.

Klotzsche-Langebrück: 12,20 (2,46 b. Klotzsche nur am 1. Werkt. jed. Woche) (3,33 bis Klotzsche nur vom zweiten bis letzten Werktag jeder Woche) 5,45 7,0 (7,7 bis Klotzsche) 8,0 (8,11 ab Dresden-N. b. Klotzsche) 8,58 9,39 10,53 (11,6 bis Klotzsche) 12,10 1,13 1,20 2,05 (2,31 bis Klotzsche) 2,50 4,4 5,10 (5,29 bis Klotzsche), 6,35 ab Dresden-N.) (6,59 ab Dresden-N. bis Klotzsche) 7,0 7,42 (8,24 b. Klotzsche) 9,6 (10,8 ab Dresden-N.) 10,50 (11,30 ab Dresden-N. Sonn- u. Festt. bis Klotzsche) (11,31 bis Klotzsche).

Königsbrück-Schwepnitz: (2,46 am 1. Werkt. jed. Woche bis Königsbr.) (3,33 bis Moritzdorf nur v. 2. b. letzten Werktag der Woche), 7,7 (8,11 ab Dresden-N. bis Cunnersdorf b. Mod.) 11,06 (2,31 b. Königsbrück) 5,29 (6,59 ab Dresden-N. b. Moritzdorf) 8,24 (11,30 ab Dresden-N. Sonn- u. Festt. b. Königsbrück am 16. u. 31. Mai, 13. und 27. Juni, 11. u. 25. Juli, 8. und 22. August, 5. und 26. Septbr. bis Schwepnitz).

Königstein: wie Schandau mit Ausnahme 11,30* 12,8* 7,5* 10,10.

Kreuzes, Frankfurt a. O.: 2,42 5,50 9,23 2,18 (7,56 bis Kottbus).

Kötzschenbroda: 12,14 2,42 5,20 6,23 (6,36 Werkt. ab Dr.-N. bis Radebeul), 6,50 7,24 8,15 9,05 9,23 10,23 11,29 11,44 12,26 1,9 1,58 2,18 2,25 2,42 (2,46 bis Radebeul), 3,41 4,10 4,35 5,37 6,23 6,40 7,26 7,56 8,12 9,0 9,27 (10,35 Werktags, 11,5 Sonn- u. Festtags), 11,54.

Leipzig (über Döbeln): 5,40 7,44 11,13 12,16 2,37 5,5 7,47 (9,0 bis Leisnig, Sonn- u. Festtags bis Grimma, außerdem am 5. Mai, 2. Juni, 7. Juli, 4. Aug. u. 1. Septbr. bis Großbothen) (11,06 Sonn- u. Festtags bis Leisnig).

Leipzig (über Riesa): 12,14 3,41* 5,50 7,15* 8,0* 8,15 (9,23 bis Riesa) 10,34* 11,29 2,25 4,0* 6,08 7,21* 7,56 10,30.

Lommatzsch (über Riesa): 3,41* 5,50 8,15 11,29 2,25 4,0* 7,56 (über Nossen): 5,40 7,44 12,16 5,5.

Meißen: (5,20 bis Coswig) 5,40 6,50 (7,24 bis Coswig) 7,44 9,5 10,23 11,13 11,44 12,16 (12,26 bis Coswig) (1,9 bis Coswig, Sonn- u. Festtags sowie am 29. Mai u. 1. Juni bis Meißen) 1,58 2,37 3,41 (4,10 b. Coswig) 4,35 5,5 5,37 6,28 (6,40 bis Coswig) 7,47 (7,56 mit Umst. in Coswig) (8,12 bis Coswig) 9,0 (9,27 bis Coswig, Sonn- u. Festtags u. am 1. Juni bis Meißen) (10,25 Werktags, 11,5 Sonn- und Festtags), 11,54.

Meißburg-G., Zeitzburg: 6,50 (7,24 nur am 12. Mai, 30. Mai u. 3. Aug.) 9,5 11,44 (1,9 Sonn- und Festtags) (1,58 bis Moritzburg-G.) 3,41 (4,35 Sonnab.) (6,23 bis Moritzburg-G.) 7,56 (10,35 Werktags, 11,5 Sonn- und Festtags).

München (üb. Hof): 12,45 4,10 5,37* 6,25 7,20* 8,45* 11,11* 12,25 6,0* 8,20 10,45*.

Neustadt-Strehlitz (-Jenbitz †): 3,58 6,0 7,4† 8,5 9,5 10,30† 12,18 1,23† 2,25 (3,01† Sonn- u. Festtags) 3,41† 5,0 6,22 7,21† 9,0 (10,5† Sonn- u. Festtags und am 1. Juni) 11,15.

Pirna: 12,15 2,30* (3,45 Sonn- u. Festtags vom 16. Mai bis mit 29. August und am 1. Juni) 5,0 6,0 6,24 6,44 7,3 (7,30 Werktags) 8,0 (8,30 Sonn- u. Festtags und am 1. Juni) (8,37 Werktags) 9,18 9,45 (10,20 Werktags bis Mügeln) 10,48 11,30* 12,16 12,47 (1,20 Werktags) 1,55 2,20 2,40 3,08 (3,40 Werktags) 4,35 5,0 (5,15 Werktags bis Mügeln, Sonn- und Festtags und am 1. Juni bis Pirna) 5,55 6,35 7,10 7,50 8,12 9,0 9,45 10,17 11,5.

Pirna-Zittau, Bertsd.: 4,10 5,37* 9,5 12,25 3,0 7,45.

Reichenbach-Plauen: 12,45 4,10 (5,5 Werktags) 6,0 7,27 8,50 9,5 9,40 10,40 11,55 12,30 (1,25 Sonn- und Festtags und am 1. Juni) 1,45 2,38 3,48 4,30 5,23 (6,14 Werktags) 6,30 (7,12 Werktags außer Sonnabends) 7,20 7,50 (8,45 Werktags) (9,0 Sonn- u. Festtags) 9,21 10,12 11,15 (11,50 Sonn- und Festtags).

Schandau: 12,15 2,30* (3,45 Sonn- u. Festtags vom 16. Mai bis mit 29. August und am 1. Juni) 6,0 6,24 7,3 8,0 (8,30 u. 9,18 Sonn- u. Festtags und am 1. Juni) 9,45 10,48 11,30* 12,8* 12,47 1,55 2,20 (2,40 Sonn- und Festtags und am 1. Juni) 3,8 4,35 5,0 6,35 7,5* 8,12 10,10* 11,5.

Schönau (über Schandau): 2,30* (3,45 Sonnt. u. Festt. vom 16. Mai bis mit 29. Aug. u. am 1. Juni) 7,3 10,48 11,30* 2,20 5,0 6,35 7,5* 10,10* (11,5 nur am 9. Mai, 31. Mai, 20. Juni, 4. Juli, 8. August u. 5. Septbr., an diesen Tagen bietet der 10,10* keinen Anschluß).

Stolpen-Neustadt (über Arnsdorf): 5,45 9,29 2,05 5,28 9,34 (über Pirna): 5,0 7,3 10,48 11,30* 2,20 5,55 (9,45 Werktags) (11,5 Sonn- und Festtags).

Teplitz (über Bodenb.-Aussig oder Dux-Bodenb.): 12,15 2,30* (3,45 Sonn- u. Festt. vom 16. Mai bis mit 29. Aug. und am 1. Juni) 5,0 7,3 (8,20 Sonn- und Festtags und am 1. Juni) 9,45 12,08* 12,47 5,0 7,5* 8,12.

Tetschen: 12,15 2,30* 7,3 9,45 11,30* 2,20 6,35 8,12 10,10*.

Zittau: 6,25 9,5 12,25 3,0 5,5 7,45 8,20.

Zittau (üb. Tetschen): 12,15 2,30* (7,3 bis Tetschen) (9,45 bis Zittau) 11,30* 2,20 (6,35 bis Leitmeritz) 10,10*.

Zittau (über Bodenbach, Prag u. Brünn): 12,15 2,30* (3,45 Sonn- und Festtags vom 16. Mai bis mit 29. Aug. und am 1. Juni bis Prag) 7,3 (8,30 Sonn- und Festtags und am 1. Juni bis Prag) 11,30* 12,47 7,5*.

Zittau: 6,0 (7,27 Werkt.), 10,40 1,45 4,30 7,50 11,15.

Zittau (üb. Löbau-Herrnhut): 1,30* 6,3 8,58 10,19* 12,21 3,3 5,0* 5,23 8,16 10,25.

Victoria-Salon.
Die Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“
von Ferd. Bonn.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül.

Wichse die Schuhe nur mit Pilo
Es entspricht den Wünschen jeder Hausfrau, die auf elegant glänzende Schuhe und welches, dauerhaftes Leder hält.
Vertreter **Max Pelz**, Dresden-A., Rietschelstr. 8, I.

Günstiges Angebot für Bibliotheken!
In nur einigen Exemplaren sind tadellos neu, in Original-Bänden gebunden, folgende Werke billig abzugeben:
Illustrierte Weltgeschichte 6 Bände statt 33.— M. für 20.— M.
Buch der Erfindungen 8 Bände, Leinen, statt 52.— M. für 27.— M.
Buch der Erfindungen 8 Bände, Leder, statt 60.— M. für 33.— M.
Lassalle, Reden und Schriften 3 Bände, Leder, statt 14.50 M. für 8.50 M.
Der gesunde und kranke Mensch statt 18.— M. für 6.50 M.
Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21.

Achtung! Leuben und Umgeg.!
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Jakob, Postillion, Glühlichter, Neue Zeit, In freien Stunden sowie auf alle Partei- und Fachliteratur nimmt entgegen
Ernst Ettling
Buchhandlung
Leuben, Bahnhofstrasse 17.

Schmiedeberg u. U.
Bestellungen
auf die Dresdner Volkszeitung, Wahren Jakob, Postillion, Freie Stunden, Neue Zeit usw. sowie Inserate und Druckaufträge nimmt entgegen
Oskar Albrecht, Schmiedeberg, Altenberger Str.

Künstlerischen Wandschmuck
für
Arbeiter-Wohnungen
sowie als Gewinne für Lotterien bei Arbeiterfestlichkeiten passend, empfiehlt
Die Volksbuchhandlung
Zwingerstrasse 21.

Parteigenossen empfehle ich meine vorzügl. Zigarren. Günstig für Wiederverk. Rabatt nach Uebereinkunft. Preisl. gr. u. franko.
Ernst Wenzel, Schlesien a. S.

Eheleute
verlangt neuesten, großen Katalog 1909 nebst Anerkennungsschreiben über hygien. Bedarfsartikel gratis u. franko. F. Schmuck Nachfl., Leipzig 4.

Kinder- u. Sportwagen, e. gebr. Bade- und Waschwanne Turgauer Str. 16.

W. Rohfleisch und diverse Wurstwaren, täglich frisch, empfiehlt zu billigsten Preisen Bruno Ehrlich, Rohfleischerei, Hauptfiliale in Döbeln und Rosstrasse.

Neue und gebr. Anzüge, Ueberzieher, Röcke, Hosen verkauft Schneidermeister, Brühl 4, I.

Kaufe heute der Kasse **Hugo Sprott**, Rover Bautzner Str. 35, gleich neb. Balbach.

Nähmaschine (Schwarzenbach) 15 M. verk. Werderstr. 8, III.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 106 — Dresden 11. Mai — 1909

Brasilianische Erlebnisse eines Proletariers

7.

Die letzten Tage auf brasilianischen Boden.

Langsam vergingen die Tage, aber meine Barschaft nahm erschreckend schnell ab. Meistens fand aber sich ich am Hof und sah zu, wie ein mit Mandolinen besaiteter und mit Kaffee beladener Tafelwagen nach dem anderen im schnellen Trab angefahren kam und vor der Dankungsbrücke hielt. Wie sich die Hafenarbeiter wie eine Schar hungriger Aasvögel auf ihn stürzten, die Säcke herausrissen, davon mit im Trab über die Landungsbrücke liefen und an Bord des Schiffes angelangten, die Säcke durch die größtmöglichste Luke in den Raum hinabwarfen, um dann in größter Eile wieder über die Brücke hinüber zu stürmen. Kaum war der Wagen leer, so fuhr er auch schon im schnellsten Trab davon und ein anderer rückte an seine Stelle. Abends spätestens ging es vor sich in den Lagerhäusern zu. In größter Eile, als wenn das Magazin in Flammen stände, wurden die Kaffeesäcke herausgeschleppt und auf den Wagen geworfen, um dann in wilder Hast nach dem Hafen gefahren zu werden.

Gleich den ersten Tag nach meiner Ankunft hatte ich einen öffentlichen Garten entdeckt. Dorthin ging ich manchmal, um im Schatten der Bäume ein wenig Kühlung zu finden. Leider gaben die Bäume auch nicht viel Schatten, da die Hitze sehr besonders dicht war und die Sonne mehrere Stunden des Tages ihre Strahlen fast senkrecht herniederschickte. Abwechselnd lächelte das Wasser, welches man hier aus der Leitung entnehmen konnte, den brennenden Durst. Da ich mindestens 30 Grad Celsius Wärme hatte, obwohl es sonst wielleicht außergewöhnlich Dreihundert war. Mit wieder Mühe erfrug ich den österreichischen Konsul und begab mich zu ihm in der Hoffnung, vielleicht durch seine Hilfe auf einem Schiffe Beschäftigung zu finden. Doch auch diese Hoffnung erwies sich als eitel. Abends schlief ich wieder in einem Kanal.

Am vierten Tage nach meiner Ankunft hatte sich das bisher heitere Wetter geändert. Dunkle Wolken bedeckten den ganzen Tag den Himmel, um sich gegen Abend mit aller Heftigkeit zu entladen. Mehrere Stunden prasselten es schon wie aus Kannen und noch kein Ende des Regens abzusehen. Ich saß mit den beiden jungen Männern, welche einige Tage später nach Santos gekommen waren, in der Stadt Hamburg, aber jedoch etwas zu weitgehend, und sann nach, was ich nicht beginnen sollte, wenn der Regen nicht, bald nachließ. Endlich, es war schon gegen Uhr vorbei, und außer uns waren keine Gäste anwesend, trat der Wirt Rotellina zum Schließen des Lokals. Den beiden jungen Männern hatte er, in dem hinter dem Gastzimmer befindlichen, mit elektrisch Gasfunkel ausgestatteten Raum eine Lagerstatt zurecht gemacht. Da der Regen noch immer mit aller Macht herniederströmte, so erfaßte ich den Wirt, auch mich über Nacht bei zu behalten. Ich hatte allerdings auf den Steinfliesen des Fußbodens geschlafen und ihn gern bezahlt. Wahrscheinlich brauchte er mir das leicht nicht zu, da er mir meine Begehrung ausdrücklich abschlug. Kaum, daß er sich verbeugt, war ein auf den Landungsbrücke befindlicher, aus Wellblech und Brettern errichteter Verschlag zu gelegen, wo ich wirklich ein Unterkommen für die Nacht finden konnte.

So eilte ich denn schleunigst, um dem Unwetter zu entgehen, nach dem, in der Dunkelheit kaum erkennbaren, dem offenen Meeresufer, fand aber, daß angekommen, schon alle Winkel mit schlafenden Menschen besetzt. Endlich, nach vielem Suchen fand ich dennoch ein etwas geschütztes, jedoch unbesonnenes und enges Plätzchen, wo ich auch niederlegen konnte. Kaum war ich jedoch ein wenig eingeschlafen, so fühlte ich meine Schulter berührt, und als ich die Augen öffnete, sah ich bei dem Scheine einer Blendlaterne ein bildschönes Negermädchen über mich gebeugt. „Na, mein Jo!" bemerkte ich, den unerschrockenen Sieger an, nämlich er: „Ah, alemao" (deutsch Allemand), entgegnete und sich von dannen machte.

Der nächste Tag war ein Sonntag. Ich wurde bei mir gewahr, als ich auf einer Bank des schon erwähnten Gartens schlief, den Jaden Jhal erblickte, welcher nach langer Begrüßung meinen mir Platz machen, während er an anderen Tagen an dieser Zeit Seinen Stand neben der Musikhalle hatte. Als ich eine Weile später mit zwei jungen Deutschen am Tor sich sah, sah ich über der Hamburger Trompeter Wiedersehen, nun einem wenig kleinen Gesellschaftsmarsch gegangen, in Bewegung. Noch immer hatte ich im Sinn gehabt, vielleicht doch noch Aufnahme auf dem Schiffe zu finden. Nun das Wetter dies heute verhindert, war es mir dieser Hoffnung vorbei.

Den Tag zuvor hatte ich noch mit meinem Freunde gesprochen, der er, der Brauereiarbeiter Heller, beim deutschen Konsul gewesen war, und mußte in der Stadt Hamburg, wo ich mich gerade befand, einen Kaugenblick vorgesprochen hatte. Da er einige Monate auf Kredit Bäckereiwäsche ausgeschlagen, so hatte er sich eine 60 Milreis erspart. Ein recht unbegreifliches Mißtrauen hinderte ihn daran, das Geld bei dem portugiesischen Geldwechsler am Markt umzuwechseln, obwohl ihm dieser den Betrag, welchen er für sein brasilianisches Geld in englischem Geld bekommen sollte, schon genannt hatte. Schließlich äußerte er seine Bedenken dem Gastwirt der Stadt Hamburg gegenüber, worauf dieser ihm in echt „biederdeutscher" Weise den Vorschlag machte, ihm das Geld zu übergeben, er wolle es ihm umwechseln. Gestern hatte er sein Geld gehalt und alle Sachen gefunden, daß er von dem Gastwirt, dem deutschen Landsmann, viel weniger erhalten habe, als ihm der Portugiese gebracht.

Jetzt war mein Freund auf dem Wege nach der Heimat, während meine Heimreise nach sehr ungewiß war. Gleichzeitig schwenkte ich mein Taschentuch und bald darauf wurde mein Gruß von der Backseite des Mantelbeck aus erwidert. Auch einer der Deutschen hatte gehofft, auf dem Mantelbeck heimreisen zu können, und war daher nicht wenig auf den Kapitän des Schiffes ergrimmt. Unsere ganze Hoffnung beruhte nun darauf, daß wir auf dem Tijuka, auch ein Hamburger Dampfer, welcher heute oder morgen nach Santos kommen sollte, Aufnahme finden möchten. Wenn auch diese Hoffnung zerschrumpfen, so war ich entschlossen, zu Fuß nach Sao Paulo zurückzupilgern und mir dort oder in der Umgegend Arbeit zu suchen, und wenn bemerkenswert, der noch ein Wort vom Heimkehrenden zu mir sprechen würde.

Ungefähr zwei Stunden nach der Abfahrt des Mantelbeck lief der sehnlichst erwartete Tijuka in den Hafen ein, um sich Bord an Bord mit dem Prinzen, welcher an der Stelle des Mantelbeck gerückt war, der Ladung zu begeben; oder eigentlich, da kein Kader, wie gewöhnlich, an dieser Stelle hinausgeschafft wurde, am Lande „vertäut" zu werden, wie der Ausdruck lautet, wenn das Schiff mit zwei ungeheuren dicken Seilen am Lande befestigt wird. Da heute der Kapitän und die Offiziere wahrscheinlich alle Hände voll zu tun hatten, und es überdies Sonntag war, so verschoben wir unseren Besuch auf den nächsten Tag.

Nachmittags gingen wir mit einander nach dem öffentlichen Krankenhause, um dem daselbst befindlichen Genossen den beiden jungen Männer einen Besuch abzustatten. Das Krankenhaus, ein großes, stattliches Gebäude, ein ehemaliges Kloster, erhob sich am Abhange eines hohen, steilen Berges und war von einem ziemlich großen, mit tropischen Gewächsen geschmückten Garten umgeben. Die zwei oder drei breiten Terrassen des Gartens waren mit einem prachtvollen, feinsaftigen, wenn ich nicht irre, mannesmannschen Gebläse versehen, ebenso die breiten Treppen, welche sie mit einander verbanden und zum Eingang hinaufführten. Als wir uns eben vor der Tür des Krankenhauses befanden, entlud sich wieder ein heftiger Gewitter, wie schon den Abend vorher. Fast unaufhörlich zuckten die heftigen Blitzen an dem dunklen Gewölk entlang, der Donner rollte mit aller Wucht, auch verstärkt durch das Echo der umliegenden hohen und steilen Berge, während ein sintflutartiger Regen herniederprasselte.

Denk, daß wir uns in dem breiten, hohen Korridor im Treppenhaus befanden, warteten wir, bis das Gewitter vorüberzog, bis wir der Eintritt in die Krankenstube gestattet wurde. Hinter uns hinein kam noch eine Menge Neugier, besonders wurde. Endlich wurde uns die Erlaubnis erteilt, und nachdem Treppe. Endlich wurde uns die Erlaubnis erteilt, und nachdem wir uns mit einer gewissen Scheue einzeln sich der Schwelle der Schwelle durch wie ein entsetzlicher Strom eingeschlichen, wir hatten die unten und übereinander liegenden Krankengemächer bereits alle Zimmer durchstreift, ohne unseren Landsmann gefunden zu haben. Endlich, nach vielem Fragen entdeckten wir ihn in der ehemaligen Kloserkirche, welche eventuell zu einem Krankensaal umgewandelt worden war. Groß war jedoch diese Umwandlung nicht, gewandelt worden. Groß war jedoch diese Umwandlung nicht, einige einzelne Bettchen standen mit mit ein Kreuz gewesen, Altäre, Bildern entfernt, doch war noch alles so, wie es früher gewesen, Altar, Sammelmuschel und, wenn ich mich nicht irre, auch die Kanzel, alles war noch vorhanden, was mit den in ihren Betten liegenden Kranken einen seltsamen Kontrast bildete. Die Wenigen welche Kranken Landsmannes waren lebendig gerührt, die Mehrheit hatte er gar Landsmannes waren lebendig gerührt, die Mehrheit hatte er gar zusammengerollt bei den Zehen liegen. Da er nachdrücklich abwehrte zusammengerollt bei den Zehen liegen. Da er nachdrücklich abwehrte und immer Hoffnungslosigkeit wurde. Trotz dem aber sein Zustand gar nicht so bedenklich war, da er seine Heimat lebhaft erinnerte, gar nicht so bedenklich war, da er seine Heimat lebhaft erinnerte, und ihm wenigstens Hoffnung und sogar schließlich zum Abschied die und ihm wenigstens Hoffnung und sogar schließlich zum Abschied die Hand reichte. Als ich jedoch einst Tage darauf der Rheinländer besuchen wollte, war er schon tot und begraben. Der Kamel Gottes hatte er sich an Bord eines deutschen Schiffes begraben, um mit ihm der Heimatsee zuzusteuern, da merkte ihn erst eine tückische Krankheit ereilt und ihm ein jähes Ende in dem fremden Grabe bereitet.

Als wir wieder an unserem gastlichen Gastpunkt, am Kai, dem Dampfer Tijuka gegenüber, angekommen waren, habe einen ein entnommener portugiesischen Dampfer Kutter jenen vorüber. Zu beiden Augenseiten sprachen die Matrosen des Tijuka, welche ich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

mit einer Milchkannenmilch und einer Kannenmilch vergnügen, die Mutter aber Mühe, ausfindig zu machen, die Jungen zu füttern, denn Butter wurde für nicht mehr gerechnet, nicht aber manchmal das Blechkleid. Mit dem Jungfräulichen Schiff waren auch verschiedene Schwalben Einwanderer angekommen, welche eine Weile daher in der Stube Sommerburg einkehrten. Jos. Scholz, Ullersdorf.

Der Ankenteich

Roman von Gertrud Franke-Schieweldein.

Hans Martin hatte mit düsterem Gesicht gezuhört. In hoffnungsloser Traurigkeit starrte er zu Boden. Jetzt aber brach seine ganze Wildheit wieder hervor.

„Vertragen?" schrie er zornig. „Mit der? Nie! Herr Doktor!" fuhr er heftig gegen Richard los, „Sie stehen mich von sich! O, Sie — Sie verstehen mich nicht! Ich bin Ihnen zuwider! So ein Scheusal wie ich bin! So ein verruchter, nichtsnutziger Bengel!"

„Hans Martin!" sagte Volkmar streng. „Was redest du da!"

„Sagen mir's denn nicht alle Leute, daß an mir Hopfen und Malz verloren ist? Doktor Bittrich heut früh noch. Und eh ich zu Ihnen kam: flinkaus, frech, lodderig bin ich gewesen. Das wissen Sie ja selbst. — Vom Vater ist so früh geerben. Ich habe immer tun dürfen, was ich wollte. Und viel Geld gehabt. Und einen Haufen Freunde. Es waren nicht immer die besten. So bin ich schlecht geworden. Bis Sie mich vornahmen. Da krempelte ich mich um und um. Und wenn Sie mich jetzt im Stiche lassen —"

„Hans Martin," unterbrach ihn Richard jetzt mit der Stirne des Freundes und der Autorität des Lehrers zugleich, „ich hoffe dich nicht im Stich. Das wir gewissenlos von mir. Vertraue mir. Sei immer ganz offen. Denke, ich wäre dein Vater oder dein älterer Bruder." — Und so, ihn kräftig mit dem Arm umschlungen haltend, ging er noch ein Stück mit ihm vorwärts — er wußte, Lene wartete — und blieb an der nächsten Wegbiegung stehen.

Alles, was er sagte, wirkte beruhigend und ermutigend auf den wilden Knaben. Er fühlte das warme Interesse Richards heraus, und der Stolz über diese Auszeichnung leuchtete ihm immer heller aus den Augen.

Als Richard ihm adieu sagte, zögerte Hans Martin noch. „Herr Doktor," sagte er endlich schüchtern, „früher — da durft ich manchmal zu Ihnen kommen, in Ihr Haus. Da zeigten Sie mir allerlei. Das war mein Schonsten. Aber jetzt — seit Sie verheiratet sind —"

Ein heißer, zarter, unendlich rührender Vorwurf lag in den Worten. Und dazu die sprechenden, vertrauensvollen Augen!

Aber Richard Volkmar schnitt ihm die unausgesprochene Bitte mit einem heftigen „Nein!" ab. So wild aufbrausend, so hart und entschlossen klang dies Nein, daß Hans Martin ihn anstarrte, blaß, erschrocken, betrübt.

Um Gottes willen! Wenn der sich's einfallen ließe, zu kommen! Gerade jetzt! Da mußte er ein für allemal einen Riegel vorschieben!

Hans Martin blieb stehen. Seine Stimme steckte voll verhaltener Tränen; ganz gedrückt und in seinem tiefsten Gefühl gekränkt murmelte er ein Adieu.

„Jung!" rief Richard, von Reue ergriffen, „Jung, es tut mir leid! Es geht aber nicht. Nimm mir's nicht übel. Mach nicht solch Gesicht! Du weißt, ich bin dir gut!"

Und herzhaft, in seiner frischen, impulsiven Art riß er den schamhaft widerstrebenden Knaben an seine Brust und drückte ihm einen Kuß auf die Stirn. Dann ging er schnell nach Hause.

Lene merkte es ihm den ganzen Tag an, daß er etwas mit sich herumtrug. Aber sie selber war so mit sich beschäftigt, daß sie nur zu tun hatte, ihm ihre Unruhe zu verbergen.

Ihr war's, als rücke das große Ereignis ihr nahe; von Stunde zu Stunde unentrinnbar näher. Eine jähe Angst überfiel sie in manchen Augenblicken, als stürze eine Flut heißen Wassers über sie her. Es war ihr gemute, wie es einem Mann vor der Schlacht gemute sein muß oder vor einem Duell. Wer weiß, ob du's überlebst, ob du morgen noch lebst, dachte sie.

Als sie beide bei dem bescheidenen Abendbrot saßen, gestand es Richard über sich, ihr von Hans Martins Wünschen zu erzählen. Er zeigte ihr den Brief des Vormundes, eines reichen Hamburger Kaufmanns, der unter den vorteilhaftesten Bedingungen Richard ersuchte, sein Mündel in Pension zu nehmen.

„Der Junge ist in einem gefährlichen Alter, und bei seinem zügellosen Temperament ist es eine Lebensfrage für ihn, daß er in die rechte Hand kommt. So beryenigst er ist, so unberechenbar ist er auch. Sie sind der einzige Mensch, der sie Vertrauen auf ihn gesetzt hat. Ich bin zu jedem Opfer bereit. Der Junge hat einmal ein großes Vermögen zu erwarten. Mit den Erziehungskosten braucht nicht gespart zu werden. Sie können also ohne Bedenken Ihre Bedingungen stellen."

Richard ließ den Brief sinken und blickte zu Lene hinüber. Ihre Augen begegneten sich, und sie schlugen sie, wie über dem gleichen Gedanken ertappt, im selben Moment nieder.

Keiner wollte dem andern verraten, was in ihm vorging.

Sie schwiegen. Leise summte das Wasser in der Teemaschine. Lene scheuchte eine Biene, die von dem blühenden Lindenbaum ins offene Fenster getummelt war, mechanisch von dem Teekjenstrauß auf dem Tisch.

„Schade," murmelte sie, „tausendhundert Mark, die hätten wir brauchen können. — Und mir tut der arme Junge so leid," fügte sie nach einer Weile hinzu.

Richard zerbröckelte sein Brot, denn fuhr er aus seinen Sinnen auf.

Er seufzte tief. „Ja, siehst du, Lene, an dem hätt ich mein pädagogisches Meisterstück machen können!"

„Freilich. Es begabt. Und in deiner Hand wie Ton. Aber wenn er auch nicht bei uns wohnt, du kannst ihn auch so leiten."

Richard schüttelte den Kopf. „Sobald das „Bleib" anfängt, eine Rolle zu spielen . . . Und ich kenne die Berta. Der ist jeder recht. Selbst so ein Junge, wenn gerade kein Besserer da ist."

Er stand auf und trat ans Fenster. In der Linde summten die Bienen. Süße Düfte flossen herein. Die Sonne versank eben in unbeschreiblicher Klarheit. Der ganze Himmel war in Rosenschein getaucht.

Richard kehrte zu Lene zurück, die noch gedankenvoll am Tische saß.

„Lene," sagte er mit schmerzlichem Ernst, „da versäum' ich was. Aber es hilft nichts. Das muß mit in den Kauf genommen werden."

Sie antwortete nicht. Wie ein Signal, daß der Entscheidungskampf auf Leb und Leben beginne — durchfuhr sie eben ein schneidendes Weh. Aber zugleich fand es in ihr fest: Richard darf's nicht wissen. Er muß morgen früh in der Schule sein. Da darfst ihm die Nachtruhe nicht verderben. Jetzt war sie gefaßt. Heine, daß du ihn lieb hast, sagte sie sich.

Das war bei ihr ganz schlicht und selbstverständlich. Er kannte ihn doch nicht besser. Sie mußte sich selber durchringen. Und so biß sie die Zähne zusammen, mit dem passiven Heldenmut, dem Heldenmut des Weibes, und schwieg.

In der Nacht war's Richard ein paarmal, als habe er Lene leise stöhnen hören. Aber er konnte sich nicht vollkommen ermuntern. Sie war auch am Morgen vor ihm auf und bereitete das Frühstück wie gewöhnlich, und als er sie fragte, behauptete sie, ganz gut geschlafen zu haben.

Als sie beim Kaffee zusammensaßen, meinte sie: „Heut hast du deinen schwersten Tag. — Nur eine Stunde Mittagspause. Und es ist so heiß . . ."

„Ja — man kann's kaum schaffen. Der Weg ist so weit."

„Richard," sagte Lene, „du bleibst heut in der Stadt. Mittagessen gibt's ja überall. Und du ermüdest dich nicht so ab."

Er überlegte. „Ich hab' ja heut abend Dann Tennis mit den Jungens. Und vorher ein Wettschwimmen. Es kann acht Uhr werden. — Dann seh' ich dich den ganzen Tag nicht."

Sie lächelte, aber ihre Lippen verzerrten sich leise. „Desto besser," scherzte sie. Dann sah sie nach der Uhr. „Aber nun geh'!"

„Kannst du mich nicht früh genug los werden?"

„Nein. Lauf, lauf! Ich muß an die Arbeit."

Als er ging, begleitete sie ihn bis an die Tür. „Leb' wohl," sagte sie mit seltsamer Betonung.

Er küßte sie. „Du bist so blaß," meinte er besorgt.

Aber sie schob ihn hinaus. „Willst du zu spät kommen?"

Kaum war er die Treppe hinab — sie lauschte, die Uhr in der Hand, auf seine verhallenden Schritte —, da taumelte sie, einen Halt suchend, nach dem Pfosten und sank in die Knie. —

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Theater Zum Kampf zwischen Schauspieler- und Direktoren-Organisation. Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins (Hochschulverband) tagte am Sonnabend den 6. Mai in Düsseldorf unter dem Vorsitz des Direktors A. Hülsen-Haeseler. Vorwiegend waren die Mitglieder, deren Reihen gegenwärtig 107 aktive Mitglieder zählen. In Rücksicht auf die Leistungen des Vereins mit der Gesellschaft deutscher Bühnenangehöriger (Schauspielerverbandes) bei der Stadt Düsseldorf — so wurde wiederholt die bürgerliche Presse — zum ersten offiziellen Vorsitzenden Hans Albers genommen, da er mit den Maßnahmen des Bühnenvereins nicht einverstanden ist. Die Verhandlungen der Generalversammlung dauerten, daß der Verein auch heute noch auf den Boden der bekannten Beschlüsse vom 31. Januar d. J. Die Schauspieler haben noch Oberwasser, wenn sie auch bald bemerken, daß ihr Kampf sich nicht gegen die Bühnenangestelltenschaft richtet, sondern gegen das jetzige Institut der Gesellschaft richtet, daß „überall Geist wie automatisch handelt". Ein von acht Direktoren gestellter Antrag auf Aufhebung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung, die sich gegen die Verfassungsfrist der Gesellschaft deutscher Bühnenangehöriger richten, wurde vor Eintritt in die Verhandlungen zurückgezogen. Dagegen wurde eine Erklärung des Bonnes Puttig, daß der Verein einstimmig hinter seinem Vorsitzenden, Eugen Hülsen-Haeseler, stehe, mit Beifallsklatschen und Bravorufen entgegengenommen. Die Stimmung gegen die Bühnengenossenschaft kam am heftigsten zum Ausdruck bei der Beratung über die Gründung einer Unterstützungskasse des deutschen Bühnenvereins; zum Beginn dieser Kasse sollen die Vereinsmitglieder alljährlich eine obligatorische Beisteuerung geben. Ein Antrag des Direktors Dr. Brahm wollte nun den Mitgliedern gestatten, neben diesem Beitrag auch Beiträge für andere humanitäre Zwecke zu geben, aber bei diesen mitzuwirken. In der Begründung betonte Brahm, daß er damit hauptsächlich Beiträge für die Bühnengenossenschaft im allgemeinen beabsichtige, daß man aber die Unterstützungseinrichtungen der Genossenschaft nicht beeinträchtigen dürfe und für diese Beisteuerungen gesichert werde. Der Antrag wurde vom Direktor der Münchner Stadttheater und einigen anderen Herren lebhaft befürwortet, von anderen dagegen mit Entschiedenheit bekämpft. Man hörte der jetzigen Leitung der Genossenschaft kein Entgegenkommen zeigen, daß man als Schwäche aufgelegt werde. Direktor Greser erklärt: „Dieses Institutum hinten Gerichten." Der Antrag Brahm wurde mit 35 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Wie in der Debatte bekannt wurde, haben auch Genossenschaftsmitglieder aus der Kasse unterstützt werden. Jeweils einem rechtlichen Anspruch auf Unterstützung haben natürlich die Schauspieler nicht, wie sie wohl auch in der Verwaltung der Unterstützungskasse keine Vertretung haben — wenigstens ging das aus der Debatte nicht hervor — und so kann die geplante Kasse nur den Charakter einer Unterstützungskasse der Arbeitgeber haben, wie sie übrigens in industriellen Betrieben, allerdings beschränkt, bestehen. Im übrigen wurden alle Parole der Tagesordnung, die eine auf die bestehenden Differenzen hinüberspielen können, von der Tagesordnung abgesetzt. Das bisherige Hyperstitium, Herrn Puttig und Direktor Greser, wurde niedergemacht. Gegen ist bekanntlich einer der heftigsten Genossenschaftsbekämpfer. Weiter beschloß die Versammlung eine Eingabe an die Ministerien auf Änderung der Bestimmungen über die Konzessionierung von Theaterbetrieben, um eine bessere Sicherstellung der Bühnenangehörigen zu ermöglichen. Ein Antrag, wonach sich die Bühnenleiter verpflichten, auch nach 1913 Richard Wagners „Parsifal" nicht aufzuführen, solange das Bayreuther Festspielhaus unter der Leitung der nächsten Erben Wagners und der jetzigen Bewachung steht, wurde im zustimmenden Sinne einer Resolution überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag auf Schaffung einer Rechtsstelle, die mit dem Generalsekretariat und der Redaktion der Deutschen Bühne zu einem Zentralbureau des Deutschen Bühnenvereins in Berlin vereinigt werden soll.

Technisches Internationale Photographische Ausstellung Dresden 1909. Unter den vielen Gruppen dieser internationalen Schau verdient die am Eingange des Ausstellungsgebäudes in einer besonderen Halle untergebrachte Reproduktionstechnik nicht nur durch ihre Reichhaltigkeit, sondern auch durch die ganz neuartige Anordnung der Ausstellungsgegenstände besondere Beachtung. Während sonst in derartigen industriellen Schaustellungen die Gegenstände nach Ausstellern eingeteilt wurden, sind solche diesmal nach Techniken angeordnet, so daß jeder Besucher sofort einen guten Ueberblick über den derzeitigen Stand und die derzeitige Leistungsfähigkeit der einzelnen photomechanischen Verfahren, wie z. B. Strichätzung, Autotypie, Drei- und Vierfarbenautotypie, Tiefdruck, Kupferdruck, Kombinationsverfahren usw., gewinnt, zumal keine Schildchen, die unter jedem Rahmen angebracht sind, noch die Namen der einzelnen Techniken angeben. Aber nicht nur Drucke sind ausgestellt, sondern auch die für die Herstellung und Vervielfältigung der photomechanischen Druckplatten erforderlichen Maschinen und Apparate. Die in dem Musterateller, ausgestattet von Hub u. Hahne in Leipzig, aufgestellten Reproduktionskameras, von denen eine eine Länge von 6 Metern besitzt und die Aufnahme auf Platten von 80 × 80 Zentimetern ermöglicht, werden manchen Besucher durch ihre Größe und sinnreiche Konstruktion in Erstaunen setzen. Noch mehr noch dies aber der Fall sein bei der Vorführung, daß mit diesen „kleinen" Kameras mittels des Umkehrspiegels oder des Umkehrprismas gleichfalls um die Ecke photographiert werden kann. Eine Dunkelkammer, ein Korrektur- und Kopierraum zeigen weiter, welch gewaltige Apparate und Hilfsgegenstände heute in einer photomechanischen Kunstanstalt notwendig sind. In einem 850 Quadratmeter großen Druck- und Bearbeitungsraum sind die von der Schnellpressenfabrik Frankenthal, Albert u. Co., Aktiengesellschaft, Frankenthal ausgestellten Kegeldruckpressen, Buchdruck-, Lichtdruck-, Steindruck- und Zink-

[illegible] zur Bearbeitung und zur Vervielfältigung der Drucke hierzu [illegible] Maschinen übergeht [illegible] werden können. Die Halle Reproduktionstechnik bietet sehr viel [illegible] Bild über den Entwicklungsgang der heutigen Reproduktionstechniken, sowie der für ja arbeitenden Industrien, und bringt in besser Weise zum Ausdruck, welch hohe Bedeutung die photomechanischen Verfahren heutzutage für unser gesamtes Buch- und Schriftwesen, also für unsere Kultur, besitzen aber auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse besitzen.

Landwirtschaftliches Die Insektenpest der Obstbäume. Wie alle Kulturpflanzen leiden auch die Obstbäume unter einer Unzahl von Schädlingen, deren sich der Mensch nur schwer und unvollkommen zu entziehen vermag. Der großen Menge und Verschiedenartigkeit entspricht die Fülle der Mittel, die zu ihrer Bekämpfung empfohlen worden sind. Nachdem hermetische Stoffe sich meist als unwirksam erwiesen haben, hat man sich, namentlich in den großen amerikanischen Obstkulturgebieten, nicht gescheut, den Insekten sogar mit den schärfsten Giften, wie Blausäure und Arsenik, zu Leibe zu gehen, ein Beispiel, das man wohl mit gutem Grund in Europa nicht gefolgt ist. Von grundlegender Bedeutung versprechen auch in dieser Hinsicht die Forschungen zu werden, die auf der berühmten Versuchsfarm des Herzogs von Bedford in Woburn, die schon viele bedeutsame Ergebnisse für den Obstbau geliefert hat, ausgeführt worden sind. Ein neuer Bericht dieser Anstalt gibt eine ganze Reihe von Anweisungen zur Behandlung von Obstbäumen gegen Insekten. Sämtliche Bäume von Wollläusen gründlich befreit werden durch gehn Minuten langes Eintauchen in Wasser von einer 52 Grad Celsius, ohne daß die Pflanzen selbst dadurch leiden. Ebenso erfolgreich ist auch die Behandlung mit Petroleum, das aber eher auch für die Pflanzen schädlich wirkt. Räucherung mit Blausäure wird mit Recht als unsicher und bedenklich begeichnet. Große Bäume, die stark von Blattläusen angegriffen sind, können durch Spritzung mit leichtem Paraffin gereinigt werden; dennoch kann dies Verfahren nur in Kaufen empfohlen werden, weil die Blätter sehr darunter leiden. Man kann dasselbe Mittel auch so zur Anwendung bringen, daß man das Paraffin den Boden in der Umgebung des Baumes eingerührt, wodurch die Insekten im Bereich der Wurzel abgetötet werden, die durch ihre Wanderungen nach den Zweigen hin großen Schaden anrichten. Nikotin ist gut gegen Blattläuse, aber unwirksam gegen Raupen. Paraffinemulsionen dagegen sind sehr wirksam gegen die Raupen der Wintermotte, gegen die Eigelege der Apfelblütenstecher und gegen andere Blattwespen.

Gesundheitspflege Milch-Hygiene. Die großen Gefahren, die eine hygienisch bedenkliche Milch der Volksgesundheit bringt, hat mit Recht die Gesetzgebung fast aller Staaten aber vorwiegend jener, die den Bau Kulturstaaten natürlich verdienen, zu strengen Ueberwachungsbestimmungen veranlaßt, die sich sowohl auf die Milchwirtschaft selbst, als auf den Transport und den Vertrieb beziehen. Es wäre selbstverständlich gewiß und gar verfehlt, an derartigen Maßregeln rütteln zu wollen, denn die Milchfrage kann gar nicht streng genug gehandhabt werden. Die Gefahr einer Ansteckung durch die Milch ist, zu großen Massen betrachtet, eine riesige. Zunächst kann die Kuh, der die Milch entstammt, krank, mitbesondere tuberkulös, sein. Weiterhin können die Einrichtungen im Stall sowie das Melkerhalten einer Infektion Vorschub leisten. Drittens kann der Transport zu einer Krankheitsübertragung führen, und endlich der Vertrieb. Eine richtige Würdigung und damit auch eine richtige Beurteilung dieser verschiedenen Gefahren ist nur dem Praktiker möglich. Mehr Bücherweisheit führt hier wie so oft zu verkehrten Forderungen und Verordnungen. Der Milchergeiterte vergißt nur zu leicht, daß das Melkgeschäft in den ersten Morgenstunden, im Winter im Dunkel und in der Nähe erledigt wird, und daß viele Dinge, die sehr schön und wünschenswert sind, wie hinreichend geräumige und luftige Stallungen, dem kleinen Landwirt ganz unerreichbar sind, da sie ihm seine Wirtschaft so verteuern würden, daß er nicht mehr bestehen könnte. So manche Hygieniker haben in dem es sich gewissermaßen berechtigten Bestreben, die Gefahren der infizierten Milch zu vermeiden, mehr oder weniger über das Ziel hinausgeschossen, weil sie sich nicht gegenwärtig hielten, daß viele ihrer Forderungen praktisch nicht durchführbar sind, weil ihre Berücksichtigung die wirtschaftlichen Möglichkeiten überschreiten würde. Im allgemeinen ist hinsichtlich der Milchhygiene immerhin sehr viel getan worden. Im allgemeinen steht es noch um den Transport. Die gesetzlichen Bestimmungen entsprechen den Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, längst nicht immer in wünschenswertem Maße, und auch der Bahntransport steht in manchen Ländern noch nicht auf der Höhe, die verlangt werden muß. Mit Kühlvorrichtungen ausgestattete Wagen sind nur verhältnismäßig selten im Gebrauch. Auch bei dem Ausschenken der Milch wird noch nicht oft gefehlt. In den Milchgeschäften ist auch nicht immer alles, wie es sein soll. Das Verfahren, die Milch mit einer Schöpfkelle auszustellen aber sie, wie es bei keinem Händler nicht geschieht, auf dem Ladentisch mit anderen Waren gemischt in einem offenen Gefäß stehen zu haben, kann vom hygienischen Standpunkt nicht gebilligt werden. Immerhin sind solche Unfälle in der Tat, wo eine unbeabsichtigte Verunreinigung vorkommt, meist nur noch selten angetroffen. Der Gehalt der Milch an mikroskopischen Keimen wird gewöhnlich, soweit diese nicht zu den Krankheitserregern gehören, als unbedenklich be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090511/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG